Auf zum Kongress gegen Reaktion und Faschismus Seite 4/5

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Lander und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 4 vom 25. Januar 1980 | 14. Jahrgang | 1 DM



AEG-Arbeiter im Kampf. Auch am 15. Januar demonstrierten AEG-Arbeiter gegen den skrupellosen Rationalisierungsfeldzug der Konzernbosse von AEG-Telefunken. Vor der Kongreßhalle in Westberlin, wo die Aktionärs-Hauptversammlung des Elektrokonzerns tagte, versammelten sich die Kollegen und protestierten gegen das Sanierungskonzept von Dr. Cipa und Komplizen, das für weit über 13000 AEG-Beschäftigte noch in diesem Jahr den Verlust ihres Arbeitsplatzes bedeutet (weitere Informationen dazu auf Seite 8). Das Foto zeigt die Kollegen von AEG-Kanis in Nürnberg bei einem Streik im Juni vergangenen Jahres. Dort erreichte die Belegschaft, daß die geplante Stillegung des Werkes zunächst zurückgenommen wurde.

Benzinpreis bis zu 8 Pfennig pro Liter hochgetrieben.

Den Ölpreistreibern entgegentreten!

Der Staat beteiligt sich am Raubzug der Ölmultis

HAMBURG. — Seit einigen Tagen haben die deutschen Filialen der Ölmonopole wieder die Preise für Heizöl und vor allem für Benzin hochgetrieben. Dieser neuerliche Raubzug auf den Geldbeutel der werktätigen Bevölkerung ist dermaßen unverschämt und offen, daß selbst die bürgerlichen Zeitungen verhaltene Kritik anmelden: Öl, das seit Monaten auf Lager liegt, längst in Raffinerien verarbeitet ist, wird unter dem scheinheiligen Hinweis auf OPEC-Preiserhöhungen einfach verteuert.

Mit unverhohlener Dreistigkeit verfolgen die Ölmultis ihr Ziel, den Benzinpreis in diesem Jahr auf 1,40 Mark hochzutreiben, genauso wie sie es Ende letzten Jahres schon angedroht hatten. Die Regierung hat dazu bereits seit langem ihre völlige Zustimmung gegeben, und dafür im letzten Jahr die Rekordsumme von über 21 Milliarden Mark Mineralölsteuer eingestrichen, die den deutschen Energiemonopolen zur Verfügung gestellt werden.

Die deutschen Kapitalisten werden, wie stets, diese weitere Verteuerung des Ölpreises ihrerseits zum Anlaß nehmen, alle anderen Preise ebenfalls zu erhöhen, selbst wenn sie nur ganz entfernt oder gar nichts mit Öl zu tun haben. Eine neue Preiswelle rollt heran, die die drastischen Preiserhöhungen, zur Jahreswende angekündigt, fortsetzen wird.



Schon wieder überholt von der maßlosen Preistreiberei der Mineralölkonzerne sind diese Preisschilder.

Angesichts dieser Entwicklung wird es für die Werktätigen unseres Landes dringend nötig, den Kampf für eine echte Lohnerhöhung zu führen, das Propagandageschrei der Preistreiber zu ignorieren und die volle gewerkschaftliche Kraft in den Tarifauseinandersetzungen einzusetzen. Das ZK unserer Partei forderte bereits in seiner Erklärung zur Energiepolitik im August 1979:

- **Senkung der Mineralölsteuer!**
- **Erhöhung der Kilometerpauschale und des Heizölausgleichs!**
- **Rigorose Besteuerung der Profite der Ölmultis!**

(Kommentar auf S. 2)

Nur 4,3 Prozent geboten — Provokation!

Eine Verhöhnung der IGM. Schluß damit!

Metaller wollen endlich echtes Lohnangebot!

FRANKFURT/MAIN. — Angesichts des neuesten Raubzugs der Ölmultis kann man das 4,3-Prozent-„Angebot" der Metallunternehmer nur als Verhöhnung der Arbeiter verstehen. Jetzt wird es Zeit, daß die IG Metall auf diesen Provokationskurs mit Protestaktionen reagiert.

4,3 Prozent decken noch nicht einmal die 4,5- bis 5prozentige Teuerungsrate, wie sie für 1980 bereits von den bürgerlichen Konjunkturforschern angekündigt wurde. Dabei ist es noch eine andere Frage, wie hoch die Teuerung dann in der Realität ausfallen wird. Bestimmt nicht niedriger!

Und was ist mit der Preisexplosion vom letzten Jahr, die uns einen Abbau der Realeinkommen beschert hat? Und wer profitiert an der gestiegenen Arbeitsproduktivität noch zusätzlich?

Die Konzernherren haben im letzten Jahr durch niedrige Lohnerhöhungen und rücksichtslose Preistreiberei Milliarden an zusätzlichen Profiten geschеffelt. Jetzt lassen sie ihren Propagandaapparat in die Welt hinausposaunen, die neuen Ölpreissteigerungen würden den „Lohnspielraum verringern".

Die schwer arbeitende Masse der Bevölkerung soll also auch für diesen neuen Inflationsschub bluten, der den Bank- und Industriefürsten weitere Extraprofite bringen wird. Motto: doppelter Raub bringt noch fettere Beute.

Jetzt müssen die Metaller mit den Kapitalisten die Sprache sprechen, die sie verstehen. Kampf! Das Hohnangebot muß vom Tisch! Die Kollegen an den Maschinen, in den Fabrikhallen und am Schreibtisch wollen endlich ein wirkliches Lohnangebot sehen!

Gabelstaplerfabrik Still

Streik gegen Unternehmerwillkür

HAMBURG. — Am letzten Freitag um 10 Uhr morgens traten 700 Arbeiter und Angestellte in der Gabelstaplerfabrik Still in Hamburg in den Streik.

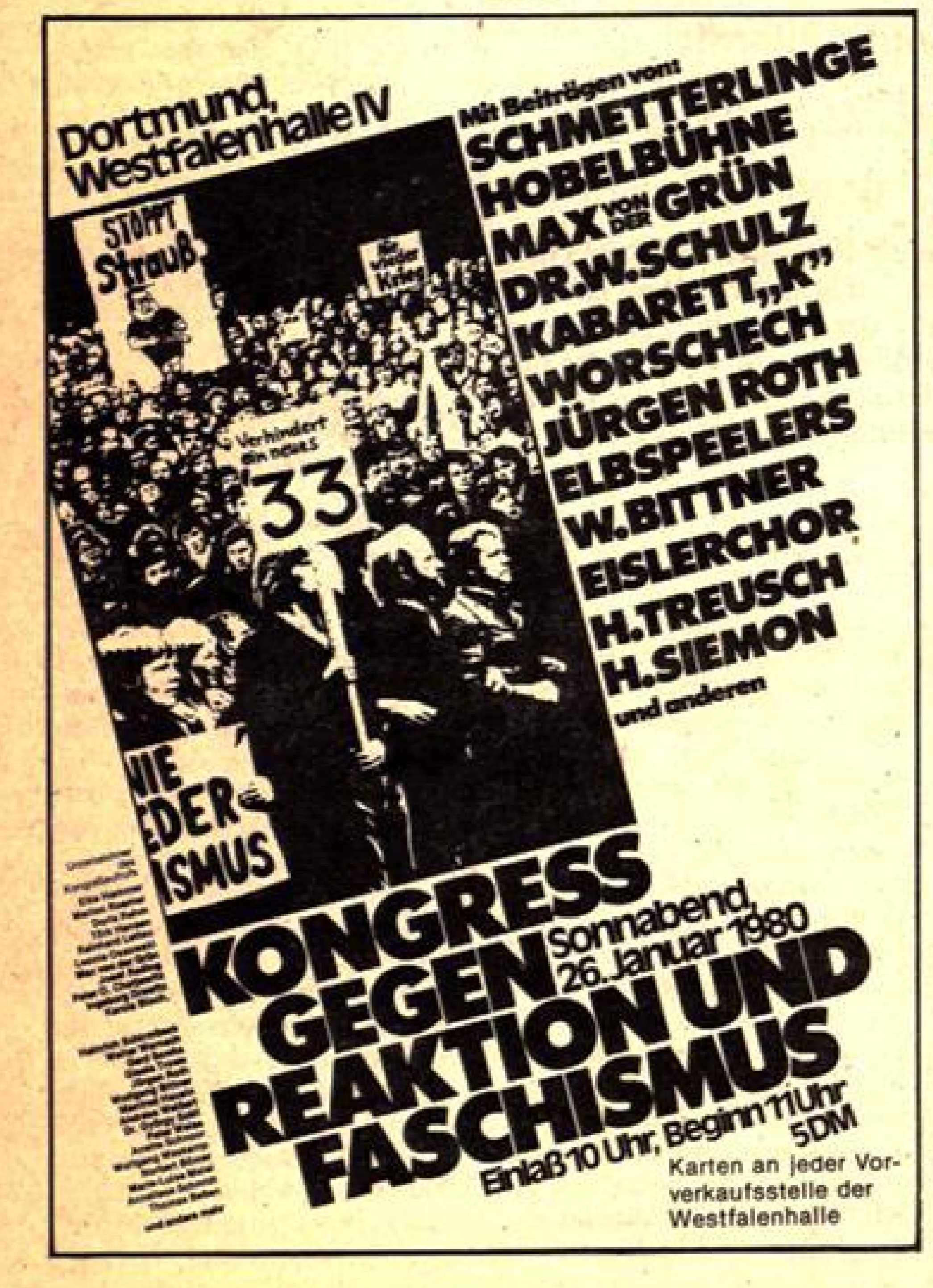
Damit reagierten die Kollegen auf den Versuch der Geschäftsleitung, ihnen das Recht auf freie Verfügung über ihren Urlaub zu nehmen und stattdessen einen festen Betriebsurlaub einzuführen.

(Einen ausführlichen Bericht finden Sie auf Seite 6 dieser Ausgabe des RM.)

Fackelzug der NPD verhindert

LÖRRACH. — Am letzten Samstag haben mehr als 1000 Antifaschisten in Grenzach/Wyhlen im Kreis Lörrach gegen den dort abgehaltenen Landeswahlkongreß der NPD demonstriert.

Zu der Demonstration hatte der DGB aufgerufen. Die Demonstranten forderten das Verbot der NPD. Der Plan der Neofaschisten, ihren Kongreß mit einem provokatorischen Fackelzug abzuschließen, wurde durch die Antifaschisten zunichte gemacht.



Bedroht DGB freiheitliche Ordnung?

Unternehmer hetzen wie noch nie!

Kampf gegen Aussperrung als verfassungswidrig bezeichnet

DÜSSELDORF. — Vor einigen Wochen hat eine Kampagne des DGB gegen die Aussperrung begonnen. Die Unternehmerverbände reagieren auf diesen gerechten und notwendigen Kampf mit unerhörten Diffamierungen und Drohungen. Sie versuchen, die DGB-Kampagne als verfassungswidrig hinzustellen.

Der Kampf des DGB gegen die Aussperrung sei *„eine Bedrohung der freiheitlichen Ordnung"*; daß der DGB dadurch Druck auf die Justiz ausübe (zum Beispiel auf das Bundesarbeitsgericht, das Ende März über Klagen von Gewerkschaftsmitgliedern gegen die Aussperrungen vom Frühjahr 1978 verhandeln wird), sei nicht mit dem Grundgesetz zu vereinbaren.

Diese ungeheuerlichen Angriffe gegen den DGB wurden jetzt erneut wiederholt, nachdem sie bereits am 12. Dezember vom Unternehmerpräsidenten Otto Esser auf einer Tagung der BDA (Bundesverband Deutscher Arbeitgeberverbände) geäußert worden waren. Esser hatte sogar gedroht: Im Falle eines Erfolges des DGB in Sachen Aussperrung *„könnten auch Freiheitsbeschränkungen zu Lasten der Gewerkschaften nicht ausbleiben"*.

Auf der gleichen BDA-Tagung wurde der Standpunkt vertreten, unter der Bedingung konjunktureller Rückgänge der Produktion in einer oder mehreren Branchen sei auch die Angriffsaussperrung zur Durchsetzung von tariflichen Lohnsenkungen rechtmäßig (siehe auch Seite 6).

Diese schweren Angriffe und Drohungen der Unternehmerverbände gilt es, entschlossen und scharf zurückzuweisen! Stattdessen aber hat DGB-Chef Vetter jetzt für den 20. Februar vorgesehenen Abbruch der gewerkschaftlichen Kampagne öffentlich mit dem Argument begründet, man wolle keinen Druck auf die Justiz ausüben.



Unterdrücken würden die Unternehmerverbände am liebsten den Kampf der Arbeiterschaft für das Verbot der Aussperrung. Weil der DGB zur Zeit eine Kampagne gegen die Aussperrung durchführt, haben sie mit einer Beschneidung der gewerkschaftlichen Rechte gedroht. Sie versuchen, die Bewegung für das Verbot der Aussperrung als verfassungswidrig hinzustellen.

Kommentar

Ein neues Jahr, ein teures Jahr. Nach den — fast schon gewohnten — Preiserhöhungen der städtischen Versorgungsbetriebe zur Jahreswende nun die, allseits befürchtete, abermalige Verteuerung der Öl- und Benzinpreise durch die amerikanischen und britischen Ölmonopole.

Das Alibi dafür ist genauso alt wie die Preistreiberei selbst: Die sogenannten Ölscheichs, die OPEC, die Länder, die nicht mehr bereit sind, ihren Reichtum für ein paar Cents den Rockefeller und Rothschild zu überlassen, sie sollen wieder einmal schuld sein.

Kampf den Preistreibern!

20 Milliarden Dollar im Jahr verdiente der größte Kapitalist unseres Zeitalters, John D. Rockefeller, allein an seinem Ölimperium. Und heute ist es nicht weniger geworden. 1979 galt allgemein als Rekordjahr für Profite der Ölmultis, aber 1980 soll noch besser werden. Die anderen, die Rothschild, Mellon, Samuels und wie sie sonst noch heißen, haben nicht viel weniger. Selbst kleine Hilfsunternehmer konnten Multimillionäre werden. Die Großen des Ölgeschäfts aber setzten mit Hilfe ihrer Regierungen und Geheimdienste nicht nur nach Belieben Figuren in den erdölproduzierenden Ländern ein, wie es ihnen paßte (man denke nur an den Faschisten Reza Pahlevi), sondern sie schwangen sich auch zu den größten Profiteuren der kapitalistischen Welt empor. Ihre gewaltigen Wirtschaftsimperien, ihre enorme politische Macht — alles das zogen sie letztlich aus dem Öl. Dies alles aufrechtzuerhalten, dazu dienen die ständigen Preiserhöhungen, zu nichts anderem. Aus keinem anderen Grund werden sie vorgenommen.

Die Bundesregierung hat nicht die geringste Maßnahme dagegen eingeleitet; im Gegenteil — sie verteidigt den Preisterror der Ölmultis noch. Und über die Mineralölsteuer ist der Bonner Staat zudem unmittelbar an dem Raubzug der Ölmultis beteiligt.

21 Milliarden Mark im letzten Jahr wurden der Staatskasse zugeführt. Daraus werden die massiven Multimillionensubventionen an die westdeutschen Strommonopole, an die Herren der Kohlezechen, an die Atomkraftlobby bezahlt.

Bezahlt wird all das von den Werktätigen, die ihre Kosten nicht weitergeben, nicht abschreiben können, die die Mineralölsteuer voll bezahlen müssen. Für das schwere Öl der Konzerne dagegen gibt es Vergünstigungen.

Die Ölmultis schlagen wieder zu, und ihr Schlag trifft die arbeitende Bevölkerung unseres Landes, sonst niemanden. Es ist an der Zeit, daß dies nicht ohne Antwort bleibt, daß es nicht nur Wut erzeugt; es ist an der Zeit, sich dagegen zu wehren.

Es darf nicht länger angehen, daß die Multifilialen aus Westdeutschland jährlich Milliarden nach England und in die USA überweisen, und sich hier als arme Schlucker vors Finanzamt stellen, ihre Profite müssen rigoros besteuert werden. Die Regierung muß die Mineralölsteuer senken, und zwar beträchtlich, denn es ist durch nichts einsichtig zu machen, weshalb die Werktätigen den westdeutschen Energiemonopolen riesige Zusatzprofite bezahlen sollen. Stattdessen müssen Kilometergeld und Heizkostenzuschuß erhöht werden, um den sozialen Besitzstand der Werktätigen zu wahren.

Und gerade jetzt gilt es, dem Preisterror der Ölmultis, den zu erwartenden Preiserhöhungen auch in anderen Bereichen durch einen konsequenten Kampf um höhere Löhne in den anstehenden Tarifrunden entgegenzutreten.

Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Regierungserklärung zur Mittelost-Krise

Bonn: Unterstützung für US-Aggression

Verstärkte imperialistische Bestrebungen in Afrika und Asien

BONN.— In der Bundestagsdebatte über Schmidts Erklärung zur Außenpolitik und am nächsten Tag über die westdeutsche Afrikapolitik zeigte sich einmal mehr die Übereinstimmung der Bonner Parteien in den Grundsatzfragen der imperialistischen Außenpolitik. Unterschiedlich sind lediglich die Methoden, die man dabei anwenden will.

Schmidt betonte in seiner Regierungserklärung, die USA könnten sich voll auf die Solidarität der Bundesrepublik verlassen. Er gab der US-Aggression gegen den Iran damit volle moralische und politische Rükkendeckung und rechtfertigte die Teilnahme der Bundesrepublik an der Wirtschaftsblockade gegen den Iran. Seit über einem Monat sind die westdeutschen Ersatzteillieferungen an die iranische Armee eingestellt worden, eine Maßnahme, die die Funktionsfähigkeit der vom Schah gekauften Ausrüstung erheblich beeinträchtigt. Schmidt betonte weiter seine Bereitschaft, sich innerhalb der Europäischen Gemeinschaft für ein gemeinsames Vorgehen gegen die UdSSR im Sinne der USA stark zu machen, wie es auch schon die britischen Imperialisten angesichts massiver eigener Interessen tun.

Strauß forderte in seiner Rede die Regierung vor allem dazu auf, angesichts der „schweren Krise" mit der Opposition zusammenzuarbeiten. In den Grundfragen der Außenpolitik müsse man zusammenarbeiten, betonte er und verlangte Spitzengespräche. Diese wiederum sind von Schmidt mit seinem geplanten Treffen aller ehemaligen Bundeskanzler und Außenminister bereits vorbereitet. **Eine Allparteienkoalition in der Außenpolitik wird also angebahnt. Eine Koalition, die die Aufgabe hat, den Kurs der westdeutschen Außenpolitik unter den heutigen Verhältnissen der gesteigerten Kriegshetze neu zu bestimmen und reibungslos ablaufen zu lassen.**

Das erste Feld, auf dem dieser Kurs der Bonner Parteien sich bestätigen soll, ist die Afrikapolitik, über die auch im Bundestag debattiert wurde. Hier wie auch in Asien, darüber war man sich einig, muß verstärkt die wirtschaftliche Einflußnahme durch die sogenannte Entwicklungshilfe in politischen Einfluß umgemünzt werden.

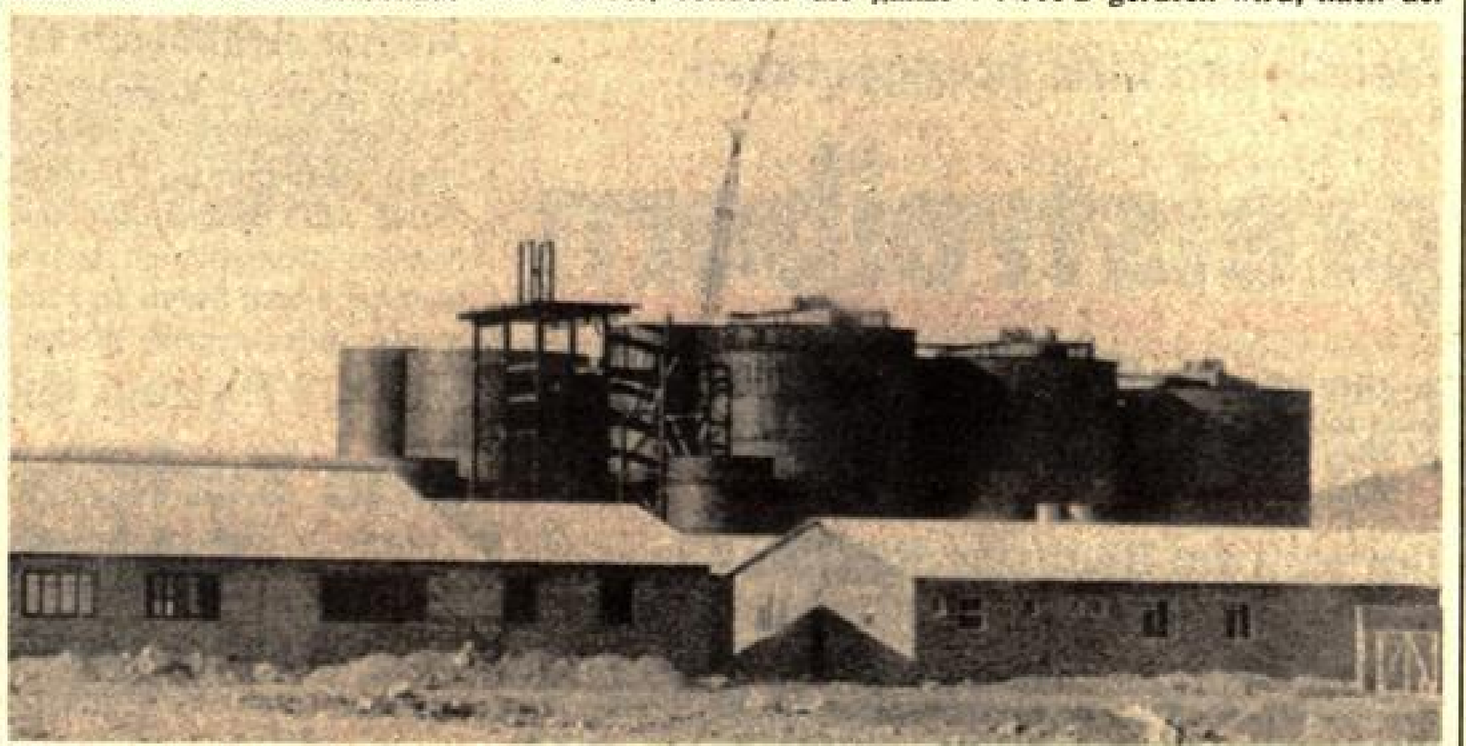
War man sich aber bis hierher noch einig, so begann der Streit um die Art des Vorgehens im afrikanischen Raum.

Die CDU/CSU fuhr hier mit ganz massivem Geschütz auf, das von den bekanntesten Reaktionären dieser Partei vorgetragen wurde. Der berüchtigte CSU-Abgeordnete Jaeger forderte eine eindeutige und offene Bonner Unterstützung für das Regime der südafrikanischen Rassisten anstelle einer wie er es nannte „Unterstützung für Terrororganisationen". Nicht nur seine Wortwahl entspricht genau derjenigen der südafrikanischen Rassenfanatiker selbst, sondern die ganze Forderung wird von diesen Faschisten schon lange erhoben. Der außenpolitische Sprecher der CDU, Todenhöfer, forderte die Regierung dazu auf, das durch die „Dekolonialisierung", die er offensichtlich bedauert, entstandene Machtvakuum allseitig auszufüllen, also auch militärisch. **Diese beiden Reden waren die erste Konkretisierung der CDU-Forderung nach „Ausdehnung der NATO", die sie bis zum Persischen Golf und zum Kap der Guten Hoffnung aktivieren wollen.**

Die verschiedenen SPD- und FDP-Sprecher vertraten dagegen die bekannte und in den letzten Jahren praktizierte Politik der wirtschaftlichen Unterstützung der US-Aggressionen und der Beeinflussung der bürgerlichen Befreiungsorganisationen in Afrika bei gleichzeitiger Aufrüstung und Unterstützung der Rassisten. Sie setzen also nach wie vor darauf, das Spiel mit zwei Karten zu spielen.

Die Tatsache aber, daß einerseits im Bundestag offen nach der Ausdehnung der NATO gerufen wird, nach der militärischen Beteiligung der Bundesrepublik und daß andererseits das reale Ergebnis der Debatten die Verstärkung der Aufrüstung und die einmütige Unterstützung für die USA ist, zeigen, daß die Gangart nicht nur in der Propaganda verschärft wird, sondern daß hier wirklich zum Krieg getrieben wird.

Die arbeitenden Menschen in unserem Land wollen keinen Krieg. Unsere Jugend will ihr Blut nicht im Wüstensand vergießen. Deshalb hat unsere Partei in ihrem Aktionsprogramm den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO gefordert, eine Forderung, die angesichts der jüngsten Ereignisse und der Politik der Bonner Parteien noch mehr an Berechtigung gewonnen hat.



Die Roessing-Uranmine in Namibia, größte der Welt: Über zahlreiche Umwege beziehen die westdeutschen Monopole von dort ihr Uran. Einer der Hauptgründe für die Bemühungen zum Schutz des südafrikanischen Rassistenregimes.

5 Jahre Rote Hilfe Deutschlands

Praktische Solidarität geübt

Über 450 000 Mark an Unterstützung gezahlt

DORTMUND.— Am 26. Januar 1980 wird die Rote Hilfe Deutschlands (RHD) fünf Jahre alt. Die Gründung erfolgte in der Tradition der Roten Hilfe der Weimarer Zeit. In den letzten Jahren hat die RHD wirksame Solidarität geübt mit zahlreichen Menschen, die aufgrund ihres Eintretens für die Rechte und Interessen der Werktätigen verfolgt werden.

Mehrere hundert Angeklagte fanden Unterstützung bei der Vorbereitung ihres Prozesses, bei der Herstellung von Öffentlichkeit im Gerichtssaal.

Da, wo Gerichts- und Rechtsanwaltskosten die materiellen Möglichkeiten der politisch Verfolgten überstieg, hat sie wirkungsvolle finanzielle Unterstützung gewährt. Wo Kommunisten und andere fortschrittliche Menschen durch hohe Geldstrafen in die Knie gezwungen werden sollten, hat sie Beihilfen gezahlt, alles in allem in den letzten fünf Jahren fast eine halbe Million Mark.

Dort, wo es nicht verhindert werden konnte, daß die Klassenjustiz Revolutionäre ins Gefängnis werfen ließ, sorgte die Rote Hilfe dafür, daß der Kontakt nach draußen nicht abriß.

Das Mitteilungsblatt der RHD schreibt zum Jubiläum:

„Noch ist die Mitgliederzahl der RHD klein — zu klein, um die auf uns zukommenden Aufgaben zu bewältigen. Wir müssen neue Mitglieder gewinnen aus neuen Kreisen, nämlich vor allem unter der wachsenden Zahl derer, die gegen Reaktion und Faschismus in den Kampf treten, unter den gewerkschaftlich Organisierten und in der demokratisch gesinnten fortschrittlichen Öffentlichkeit."

Wir Kommunisten gratulieren allen Roten Helfern zu ihrem Jubiläum und bedanken uns für die Hilfe und Unterstützung, die die RHD manchem von uns gewährt hat. Es ist die Pflicht jedes Kommunisten, die RHD bei der Vergrößerung der Mitgliedschaft zu helfen!

Massive Mieterhöhungen werden vorbereitet

BONN/DÜSSELDORF.— Wie von einem gemeinsamen Regisseur gesteuert erhoben in der letzten Woche unabhängig voneinander verschiedene Politiker und Interessenvertreter der Hauseigentümer die Forderung nach Mieterhöhungen.

Auf einer Tagung des Verbandes der Haus- und Grundeigentümer wurde die alte Forderung der Hausbesitzer nach einer völligen Freigabe der Mieten, der Anpassung an den Markt so massiv wie nie vertreten. Mieten von 600 bis 700 Mark seien gerade „kostendeckend" und müßten die Regel sein.

Nur wenige Tage später erhob auf einer CDU-Tagung der Professor und Ex-Henkel-Manager Biedenkopf die Forderung nach der sofortigen Einstellung des sozialen Wohnungsbaus, der seine Aufgabe erfüllt habe — ein Bestandteil der sogenannten Kampagne gegen den Bürokratismus der CDU.

Und auch die FDP-Minister der NRW-Landesregierung weigerten sich im Kabinett, die benötigten Gelder für die Stärkung des sozialen Wohnungsbaus zu bewilligen. Alles dies soll dazu dienen, Mieterhöhungen im breiten Maßstab durchzusetzen.

Rekordprofite der RWE

ESSEN.— In seiner Jahresbilanz weist der größte westdeutsche Stromlieferant, RWE, eine Dividende von 16 Prozent aus; entsprechend dem Grundkapital werden 288 Millionen Mark ausgezahlt. Das ist die Standarddividende der letzten Jahre.

Die Profitsteigerung zeigt sich vor allem an den Rekordsummen der Rückstellungen für Investitionen, Pensionskassen usw., deren Betrag insgesamt rund 700 Millionen Mark ausmacht.

Ein ausgewiesener Jahresgewinn von einer runden Milliarde Mark läßt natürlich auf einen weit höheren wirklichen Profit schließen — trotzdem werden für das laufende Jahr Preiserhöhungen von 5,8 Prozent angekündigt.

RWE, Westdeutschlands größter AKW-Betreiber, gehört zu den Hauptträgern der pro-AKW-Kampagne. Wieviel Profit sich die Monopolherren davon versprechen, kann man anhand der geplanten 10 Milliarden Investitionen in diesem Bereich ersehen, die für die nächsten fünf Jahre geplant wurden.

Rüstungsetat wird erhöht!

BONN.— Als erste konkrete Folge der Bundestagsdebatten über die Außenpolitik wurde jetzt die weitere Erhöhung der Rüstungsausgaben bekannt: 1 Milliarde Mark zusätzlich sollen für Kriegsgerät ausgegeben werden.

Nachdem der 1980er Rüstungsetat bereits alle Rekorde schlug und selbst in den offiziell genannten Zahlen fast 40 Milliarden erreichte, ist nun in Wirklichkeit mit Nachtrag, neuem Nachtrag, Nachrüstung und den versteckten Titeln wie bestimmte Subventionen, Verwaltungsausgaben und sogenannte Forschungsmittel der wahre Rüstungsetat bereits über die 60-Milliarden-Grenze geklettert — beispiellos in der deutschen Geschichte.

Kennen Sie den?



Die Hände von Pieck und Grotewohl werden jetzt auch abgeschafft! Wieso? Es wird jede Hand gebraucht.

Das lohnt sich...

Werkzeugmaschinen Marzahn, ND ND 14.9.

an Ort und Stelle dabei. Je eher wir an den neuen Automaten in allen drei Schichten in die vollen gehen können, desto besser für unseren Betrieb und letztlich für unsere Volkswirtschaft.

Fritz Heckert, Karl-Marx-Stadt, ND 12.9.

Werkes. Über 1100 Werktätige im Stammbetrieb des Kombinates nutzen die Maschinen und Ausrüstungen des Betriebes, der zu den modernsten und leistungsfähigsten im Industriezweig gehört, im Dreischichtrhythmus. Die Aus-

Walzwerk in Finow, ND 12.9.

kann die veraltete Generatorgaserzeugung stillgelegt werden. Arbeitskräfte, die dort beschäftigt waren, stehen nun für die Dreischichtbesetzung einer neuen Produktionsanlage zur Verfügung.

....zumindest für die Bonzen





Achtung!

Schichtarbeiter-Krankheiten

Nach einer arbeitsmedizinischen Untersuchung im Auftrag der SPD in NRW an 2 750 Schichtarbeitern leiden an Schlafstörungen 66 Prozent der Schichtarbeiter (sechs mal mehr als Normalarbeiter), nervösen Störungen 64 Prozent (2,5 mal mehr als Normalarbeiter), Magengeschwüre 34 Prozent (dreimal mehr als Normalarbeiter) und Appetitstörungen 53 Prozent (3,5mal mehr als Normalarbeiter). Dabei arbeiten zur Zeit ca. 3,6 Millionen Arbeiter auf Schicht (1960 nur 2,2 Millionen), das sind 15 Prozent aller Arbeiter. Und die Zahl nimmt weiter zu. Denn nicht nur in unbedingt notwendigen Bereichen (Kraftwerke, Krankenhäuser usw.) wird geschichtet, sondern auch immer mehr in allen anderen Branchen, wo teure Maschinen stehen, die sich für die Unternehmer nur rund um die Uhr rentieren.

Zu Ihrer Beruhigung!

Wie wir aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen der SED-Spitze erfahren konnten, soll Schichtarbeit für den neuen Menschen der DDR schädlich sein.

Collage aus der Dezemberausgabe '79 des „Roten Morgen", Ausgabe der Sektion DDR.

Bereits im „Roten Morgen" 2/80 gingen wir auf die Vertrauensleutewahlen vom Herbst 1979 in der DDR ein. Wir druckten einen entsprechenden Artikel aus der Oktoberausgabe des „Roten Stachels", des illegalen Sammelflugblatts der KPD/ML, Sektion DDR, ab. Der Artikel nahm zu den damals anstehenden Gewerkschaftswahlen Stellung und versuchte, den Arbeitern und Genossen dazu eine Orientierung zu geben. Nach der Beendigung der Wahlen schätzten die DDR-Genossen Verlauf und Ergebnis der Wahlen ein. Die Einschätzung findet sich in der Dezembernummer des illegalen „Roten Morgen", Ausgabe der Sektion DDR:

Vertrauensleutewahlen

Unmut und Aktivität der Kollegen sind gewachsen

Aus: „Roter Morgen" Ausgabe der Sektion DDR, Dezember 1979

Die diesjährigen Wahlen zu den Gewerkschaftsgruppenleitungen sind gelaufen. Wie nicht anders zu erwarten, wurden sie von seiten der SED, staatlichen Leitungen und des FDGB-Apparats zum Anlaß genommen, um verschärfte kollektive und individuelle Verpflichtungen durchzudrücken.

Doch weniger denn je lassen sich die Kollegen mit Phrasen von „Fortsetzung der Politik des Wachstums und der Stabilität" für dumm verkaufen.

Anders als von oben gewünscht

Dies zeigte bereits ein „BZ"-Interview vom 31. 10. mit dem FDGB-Bonzen Röder vom Bezirksvorstand Berlin. Auf die Frage nach seiner Einschätzung des Wahlverlaufs in Berlin antwortete er: „Insgesamt (!) durchaus positiv" und sprach davon, daß die Diskussionen „in den meisten (!) Gruppen" in einer „offenen und sachlichen (!) Atmosphäre stattgefunden hätten. Wer sich in Funktionärsdeutsch auskennt, merkt schon an diesen „diplomatischen" Äußerungen, daß vielerorts die Wahlen nicht wie von oben erwünscht verliefen.

Im trauten Kreis, zum Beispiel in den Vorständen mehrerer Industriegewerkschaften, kam es im Klartext auf den Tisch: In vielen Gewerkschaftsgruppen hätten die Kollegen das Mißverhältnis von steigenden Preisen und stagnierenden Löhnen angesprochen.

Unmut über Teuerung

In einem Flugblatt zu den Vertrauensleutewahlen hatte unsere Partei betont, daß die Kollegen gerade die Wahlversammlungen nutzen sollten, um den Bonzen unangenehme Fragen zu stellen und Druck zu machen. Informationen aus verschiedenen Betrieben und die Auswertung der Wahlen im FDGB-Apparat zeigen, daß viele Kollegen in diesem Sinn handelten. Gerade auch die Rücknahme einiger der unverschämten Preissteigerungen ist sicher nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Kollegen bei den Gewerkschaftswahlen ihren Unmut über die Teuerungswelle zum Ausdruck brachten.

Doch nicht nur die Preissteigerungen, auch betriebliche Mißstände kamen zum Ausdruck.

Eine richtige Antwort auf die 10-Minuten-Kampagne

FDGB-Bonze Röder mußte beispielsweise anführen, daß eine Jugendbrigade im Backwarenkombinat Berlin verbesserten Arbeitsschutz forderte. Und Kollegen vom TRO äußerten zur 10-Minuten-Kampagne, daß der Betrieb erst mal dafür sorgen soll, daß nicht 20 Minuten durch schlechte Organisation von der Mittagspause verlorengehen.

Schließlich bricht sich auch eine andere Erkenntnis unter den Kollegen immer mehr Bahn: Daß wir uns ins eigene Fleisch schneiden, wenn wir passiv bei den Vertrauensleutewahlen bleiben und Duckmäusern und Günstlingen der Chefs unsere Stimme geben.

Auf die Zusammensetzung höherer FDGB-Leitungen haben wir kaum Einfluß. Doch, wenn wir uns, auch über persönliche Differenzen hinweg, in den Brigaden und Abteilungen geschlossen für solche Kollegen starkmachen, die echt unsere Interessen vertreten, können wir ihre Wahl durchsetzen.

Auch hierfür gab es dieses Jahr eine ganze Anzahl Beispiele.

Wo es gelang, Kollegen unseres Vertrauens in die Leitung zu wählen, kommt es darauf an, ihnen den Rücken zu stärken. Überall sollten wir die uns verbliebenen Möglichkeiten gewerkschaftlicher Arbeit nutzen, die Angriffe der Bosse auf unseren Lebensstandard und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abzuwehren.



lesen — weitergeben — lesen — weitergeben

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Ausgabe der Sektion DDR — Nr. 5, Dezember 1979

Durch breiten Widerstand

Teuerungswelle abgewehrt

...dann Preislawine

Gestiegene Qualität...

Erst Warenverknappung...

...nichts als Schwindel

Josef W. Stalin 100 Jahre alt

Unruhe in Polen

Staatsbesuch in Äthiopien

Honecker stützt Militärregime mit Waffen und Soldaten

Titelseite des „Roten Morgen", Ausgabe der Sektion DDR, vom Dezember 1979. Die illegalen Ausgaben erscheinen in der DDR im DIN-A-4-Format auf Dünndruckpapier.

Massenentlassungen in Westberlin

Die DDR-Reichsbahn rationalisiert

WESTBERLIN.— Ein bezeichnendes Beispiel seiner angeblich sozialistischen, in Wirklichkeit aber kapitalistischen Politik lieferte der sogenannte „Arbeiter- und Bauernstaat" DDR in der vergangenen Woche: Die DDR-Reichsbahn, die auch für den Eisen- und S-Bahnverkehr im Westteil Berlins zuständig ist, entläßt kurzfristig 78 Westberliner Beschäftigte — aus Rationalisierungsgründen.

Den Betroffenen wurde von der Reichsbahndirektion folgender Brief zugestellt:

„Werte Frau [...]/Werter Herr [...]

Durch die Reichsbahndirektion Berlin werden Maßnahmen zu einer notwendigen Senkung des Personalaufwands für Leistungs-, Verwaltungs sowie andere nicht unmittelbar der Transportdurchführung dienende Arbeiten getroffen. Dabei folgte mit Wirkung vom 15.1.80 eine Kürzung des Arbeitskräfte- und Stellenplans des Reichsbahnausbesserungswerkes Berlin-Tempelhof. Aus diesen Gründen muß ich leider Ihren mit der Deutschen Reichsbahn abgeschlossenen Arbeitsvertrag entsprechend den Paragrafen 7 und 8 der Vereinbarung über lohn- und arbeitsrechtliche Bestimmungen für die Beschäftigten der Deutschen Reichsbahn mit Wohnsitz Berlin (West) fristgemäß mit Wirkung vom 16.1.80 kündigen, da in absehbarer Zeit keine Möglichkeit der Übertragung einer anderen zumutbaren Tätigkeit bei der Deutschen Reichsbahn bestehet. Ihr Arbeitsverhältnis mit der Deutschen Reichsbahn endet damit am 30.1.80. Die Bezirksgewerkschaftsleitung Eisenbahn der Reichsbahndirektion Berlin hat dieser Kündigung ihre Zustimmung gegeben."

Dieses Entlassungsschreiben der revisionistischen Bonzen, dieser Herren der DDR, muß man zweimal lesen: Zwei ganze Wochen Kündigungsfrist werden den Betroffenen eingeräumt! Auch von einem Kapitalisten des Westens könnte eine Entlassung nicht kaltschnäuziger und mit mehr Menschenverachtung über die Bühne gezogen werden. Für die Entlassung haben die Behörden der DDR-Reichsbahn keinen Sozialplan aufgestellt; für die soziale Sicherung der Betroffenen ist von seiten der DDR auch sonst nicht gesorgt worden: Für die Westberliner Beschäftigten werden keine Sozialversicherungsbeiträge abgeführt. Insgesamt beschäftigt die Reichsbahn in Westberlin 3 800 Arbeiter und Angestellte.

Nach Angaben aus Westberlin hatten Westberliner Beschäftigte eine Warnstreik als Antwort auf die Massenentlassung geplant; sie nahmen jedoch Abstand, als ihnen von der Reichsbahndirektion die fristlose Entlassung angedroht wurde. Die Ostberliner Bonzen reagieren nicht anders als die Unternehmer des Westens.

Als Grund für die Entlassungen gaben die Ostberliner Behörden ein „Defizit" aus den Westberliner Reichsbahnbetrieben an. Nach Angaben eines Westberliner Senatssprechers aber sind im Westberliner S-Bahn-Bereich „insgesamt nicht unbeträchtliche Gewinne erwirtschaftet" worden.

Erhöhung der Profite auf Kosten der Werktätigen, die man gegebenenfalls beiseitestellt wie ausgedientes Gerät — das ist Sinn der jüngsten Massenentlassung bei der DDR-Reichsbahn.

DDR-Jugend und FDJ

„Zunehmende Resistenz" älterer Schüler in der DDR gegenüber den politisch-ideologischen Beeinflussungsversuchen des SED-Jugendverbandes FDJ hat die Ostberliner Zeitung „Pädagogik" beklagt. Als Ursache für diese „Problemsituation" nannte die Zeitschrift unter anderem Versäumnisse bei der politischen Erziehung in den unteren Klassen.

Der Grund für die Haltung der Jugendlichen dürfte allerdings wohl mehr im Charakter des DDR-Staates und seiner Jugendorganisation FDJ selbst zu suchen sein. Die Jugendlichen erkennen, daß diese Jugendorganisationen ihren Interessen zutiefst feindlich gegenübersteht; daß sie mittels dieser Organisation nur noch fester in das bürokratisch-militaristische Korsett des Staates hineingepreßt werden sollen.

„Der Mensch im Mittelpunkt..."?

„Sparmaßnahmen" im Bezirk Schwerin

Korrespondenz aus „Roter Morgen", Ausgabe der Sektion DDR, Dezember 1979

Die kalte Jahreszeit ist wieder da, da denkt man an das Chaos vom letzten Winter zurück. Es war in einer Spätschicht in den ersten Januartagen dieses Jahres. Also die Zeit der „Naturkatastrophe". Alle Kollegen unserer Abteilung haben Schichtverlagerung. Energiesparmaßnahmen. Ein aufgeregter Meister kommt zu uns, weist den Dreher an, sämtliche Maschinen laufen zu lassen. Sie sollen ca. drei Stunden ohne Arbeit laufen. Wer ein wenig von produktiver Arbeit versteht, kann sich ausrechnen, wieviel Strom eine Drehbank braucht. Wir haben sechs Stück, eine davon ist sechs Meter lang... Warum dieser Wahnsinn? Ganz einfach. Der Betrieb hatte bis zu dieser Zeit soviel Strom gespart, daß er die laut Vertrag vom Energiekombinat abzunehmende Menge stark unterschritten hatte. Fazit: Vertragsstrafe drohte. Um dies zu umgehen, startete man diese Aktion. Morgens wurde an allen Ecken und Enden gespart und nachts wieder in den Wind gepustet! Die Leiter nehmen wie so oft den Weg des geringsten Widerstandes. Denn bevor man alles umplant, läßt man die Arbeiter ruhig mal ohne warmes Wasser, selber ist man ja davon nicht betroffen.

Jüngstes Beispiel sozialer Mißstände bei uns: Unser Umkleideraum platzt bald aus allen Nähten. Ca. 200 Männer, drei Duschen und 15 Waschbecken. Unsere Herren Meister bekamen eine neue Bude. Vier Meister, einen Obermeister haben wir, die Bude wurde gedrittelt. Der Obermeister und jeweils zwei Meister bekamen einen Raum. In jedem gibt es ein Waschbecken und fließend warmes Wasser. Für unsere fünf Herrschaften wurde schließlich noch eine schöne Dusche installiert. Bis dahin mußten sie sich ja in unsere Umkleideräume begeben und mit dem Prolet zu zweit oder zu dritt die Kabine teilen. Bei uns kann man sich nicht mal richtig die Schuhe anziehen, weil es so eng ist.

Eine andere interessante Neuigkeit ist festzustellen. Unsere Chefs bekommen immer mehr einen Sauberkeitsfimmel. Kündigt sich irgendein Mensch mit Funktion aus dem In- oder Ausland an, dann gibt es offiziell Tage, an denen nicht gearbeitet wird. Die Produktion ruht, es wird gefegt, Fenster geputzt, sogar gepinselt. So etwas kannte ich bis jetzt nur von der Armee.

Ein Arbeiter aus Bezirk Schwerin

Truppenabzug: die „Friedensgeste" und was dahintersteckt

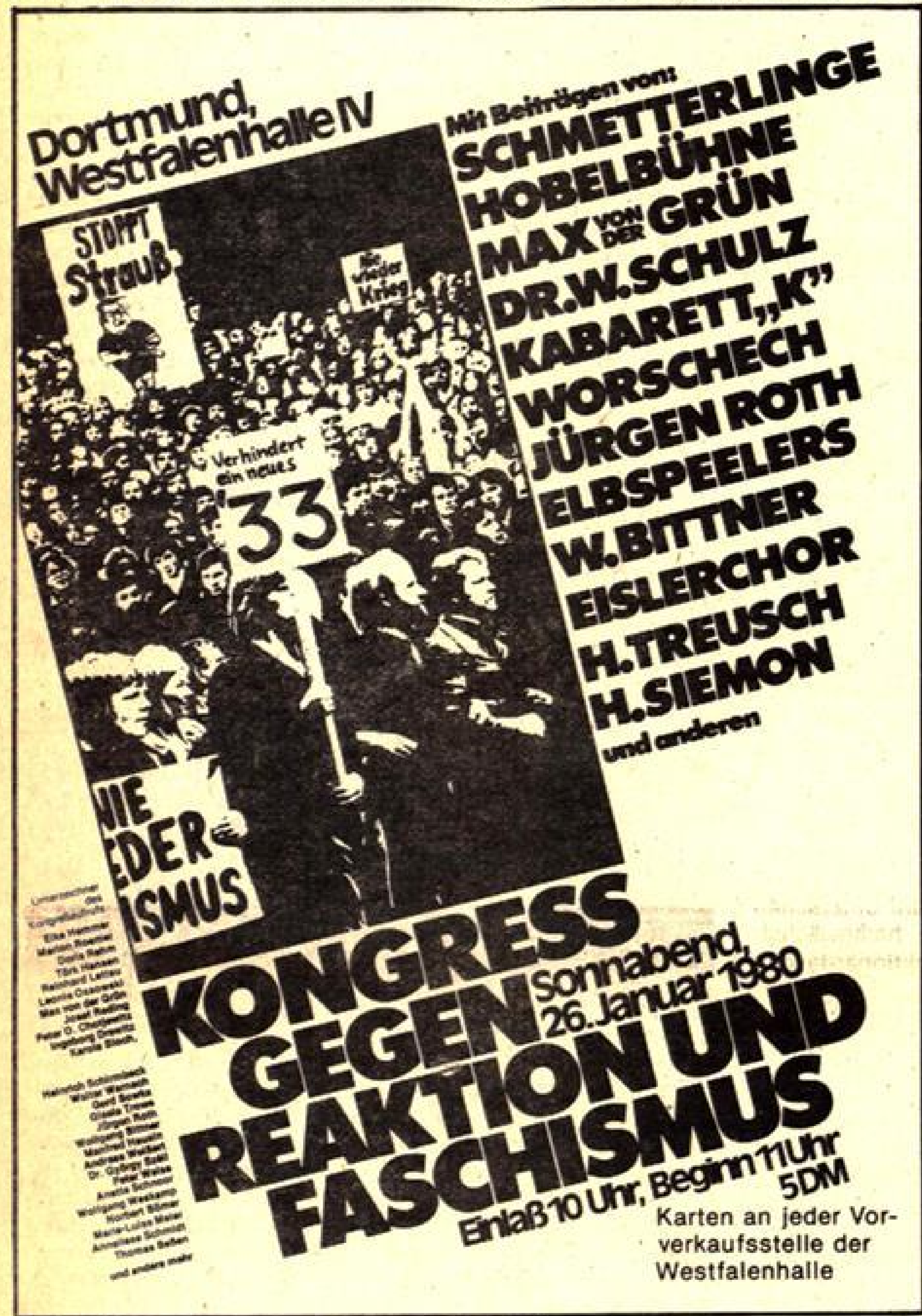


„...und schreibt uns mal 'ne hübsche Ansichtskarte aus Afghanistan"

Übrigens gehören die revisionistischen Machthaber in Ostberlin zu den eifrigsten Befürwortern, Rechtfertigern und Unterstützern der sowjetischen Intervention in Afghanistan. Die Massenmedien der DDR werden nicht müde, in immer neuen Versionen den russischen Aggressoren das Wort zu reden. Schon in seiner Neujahrsansprache hatte Honecker die volle Unterstützung der DDR-Führung für alle „zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit von der Sowjetunion auf Bitten der afghanischen Partei- und Staatsführung ergriffenen Maßnahmen" verkündet.

Auf zum Kongreß gegen

Die Redaktion des „Roten Morgen" ruft alle Leser, alle Kollegen, Freunde und Genossen auf, zahlreich den Kongreß gegen Reaktion und Faschismus zu besuchen. Tragen wir nach Kräften zum erfolgreichen Ablauf des Kongresses bei. Propagiert ihn in Betrieb und Gewerkschaft, im Wohngebiet, an den Schulen und Universitäten, im Bekannten- und Verwandtenkreis. Vor der antifaschistischen Bewegung unseres Landes stehen bedeutsame Monate und Jahre. Der von den Herrschenden eingeschlagene Kurs auf ein neues '33 muß geändert werden. Sorgen wir dafür, daß der Kongreß dazu beiträgt, die heute noch zersplitterte Bewegung gegen Reaktion und Faschismus über weltanschauliche und parteipolitische Grenzen hinweg zu einem mächtigen Strom zu vereinigen!



26. 1. Programm:

Begrüßung durch Ulrich Leicht und Max von der Grün

Eisler — Chor Essen

Für das Verbot aller faschistischen Organisationen (Redebeitrag)

Max von der Grün: Lesung aus dem Roman „Flächenbrand"

Jürgen Roth: Die ausländischen faschistischen Organisationen in der BRD

Die Grauen Wölfe (Redebeitrag eines Kollegen aus der Türkei)

Die Elbspeelers — Musikgruppe aus Hamburg

ca. 13 Uhr Mittagspause

Weg mit dem Todesschußgesetz! (Ein Bericht von Betroffenen)

Kabarett K

Wolfgang Bittner liest aus seinen Satiren

Norbert Cobabus, ÖTV — Betriebsgruppe Deutsche Bibliothek Frankfurt (Redebeitrag)

Arbeiterlieder und Folklore aus der Türkei

Weg mit den Berufsverboten! (Redebeitrag)

Hermann Treusch und das ehemalige Theater am Turm, Frankfurt: Sketch

ca. 15 Uhr 30

Werner Worschech singt alte und neue Arbeiterlieder

Hartmut Siemon: Für das gesetzliche Verbot der Aussperrung!

Auflauf — Musikgruppe aus Wien

Max von der Grün: Satire zu Strauß

Elke Hemmer: Stoppt Strauß!

Dr. W. Schulz: Gasthaus zur Republik (Satire)

ca. 18 Uhr

Die Schmetterlinge

Pause

ca. 19 Uhr 30

Hobelbühne, Frankfurt mit dem Theaterstück: „Franz im Glück, oder das dicke Kind"

Ende gegen 22 Uhr

Außerdem:

Informationsstände antifaschistischer Gruppen und Initiativen

Foto- und andere Ausstellungen

Änderungen des Programms vorbehalten

27. 1. Arbeitstreffen von Initiativen gegen Reaktion und Faschismus





Telefonumfrage

Die Redaktion des „Roten Morgen" hat in der letzten Woche bei verschiedenen Mitwirkenden des Kongresses gegen Reaktion und Faschismus eine telefonische Umfrage durchgeführt. Folgende Fragen wurden dabei gestellt.

- Was hat Sie bewogen, den Aufruf zu einem Kongreß gegen Reaktion und Faschismus mitzuunterzeichnen?
- Können Sie kurz skizzieren, welcher Art Ihr Beitrag auf dem Kongreß sein wird?
- Was erhoffen Sie sich von der Durchführung dieses Kongresses?



Max von der Grün

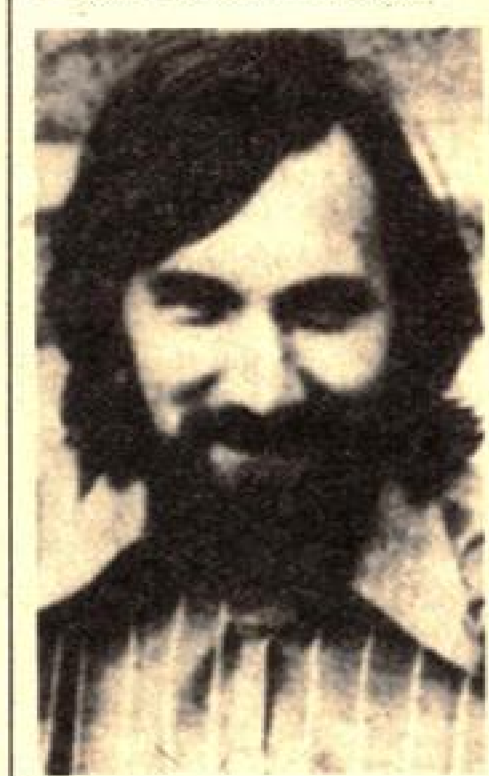
Schriftsteller, Dortmund

• Die erste Frage ist leicht zu beantworten: Weil ich das Aufkommen eines neuen Faschismus hier in diesem Lande befürchte.
• Ich lese ein Kapitel aus dem „Flächenbrand", meinem letzten Roman und eine Satire auf Strauß.
• Ich erhoff' mir natürlich, daß der Kongreß von den Medien beachtet wird, daß er einen sogenannten Welleneffekt auf's Land raus hat, daß man also sieht, daß es hier doch Kräfte gibt, die nicht den Kopf zwischen die Beine stecken — nichts hören, nichts sagen, nichts tun — sondern, daß hier Menschen sind, die, gleich welcher politischen Richtung sie angehören, einfach diese Befürchtung, die in diesem Lande berechtigt ist, aussprechen, artikulieren.

Werner Worschech

Liedermacher, Bottrop

• Was mich bewogen hat beim Kongreß mitzumachen, ist einfach die politische Tendenz, die wir momentan hier haben, nämlich einen ziemlich starken Rechtsruck schon unter der SPD, wie ich ihn empfinde. Ich glaube, mit den Figuren, die zur Zeit seitens der CDU gesetzt werden, kann man klar absehen, wo's langgeht. Was jetzt ziemlich wichtig ist, alle Demokraten müssen deutlichmachen, wo sie eigentlich stehen, was sie für ein Demokratieverständnis haben.
• In meiner Arbeit beschäftige ich mich gerade mit der Weimarer Zeit, mit der Entwicklung zum Faschismus. Wahrscheinlich wird ein Teil davon mit ins Programm einfließen. Ich werd' vielleicht ein oder zwei Bergarbeiterlieder singen.



Erich Meixner

Sänger und Baßguitarrist bei den Schmetterlingen, Wien

• Wir nehmen teil, weil wir einfach gegen die Entwicklung in Deutschland etwas unternehmen wollen. Es ist halt prinzipiell eine Sache, die wir unterstützen.
• Wir wollen die Stücke aus der „Proletenpassion" und der „Herbstreise", die den Faschismus zum Thema haben, zusammenfassen und eventuell durch andere Lieder ergänzen.
• Ich persönlich erwarte, daß man die Kampagne weiterführt, daß man gegen den Faschismus auftritt und immer wieder auf die Gefahren hinweist.

Reaktion und Faschismus!



Jürgen Roth

Schriftsteller, Frankfurt

• Es ist notwendig, daß die verschiedenen linken und demokratischen Gruppen und Organisationen gemeinsam beraten, wie sie sowohl die wachsende Kriegsgefahr als auch die Gefahr, die von einer neuen CDU/CSU-Regierung ausgeht, einschätzen. Man muß gemeinsam diskutieren und Strategien entwickeln, wie man diesen Gefahren begegnen kann, unabhängig von den sicher vorhandenen politischen Meinungsverschiedenheiten.

Das ist der wesentliche Grund, warum ich bei diesem Kongreß mitmache.

• Ich werde auf die Aktivitäten ausländischer neofaschistischer Organisationen aufmerksam machen, auf ihre Verbindungen zu entsprechenden Gruppen in der Bundesrepublik.



Eike Hemmer

IGM-Vertrauensmann, Bremen, Vorsitzender der Volksfront

• Ich habe den Kongreßaufruf unterzeichnet, weil ich es sehr begrüße, daß gerade jetzt die Breite des antifaschistischen Widerstandes sichtbar wird. Denn wenn man die Erscheinungen der Zeit mal zusammenzählt, Todesschußgesetz, das Treiben der alten und neuen Nazis, der Machtdemonstrationen der Unternehmer mit der Aussperrung und als Spitze die Kandidatur von Strauß, signalisiert das alles zusammen eine gefährliche Entwicklung hin auf ein neues '33.

• In meinem Beitrag werde ich besonders auf die Hintermänner von Strauß eingehen; das sind bedeutende Teile des Großkapitals, besonders Rüstungsindustrielle, aber auch adelige Großgrundbesitzer, Grafen und Barone, kurz, eine Koalition, die auch Hitler gefördert und an die Macht gebracht hat. Weiter wird es um das innen- und außenpolitische Programm von Strauß gehen.

• Ich würde mich freuen, wenn der Kongreß dazu beitrüge, daß sich alle Demokraten und Antifaschisten enger zusammenschließen, und zwar über die Grenzen weltanschaulicher und politischer Meinungsverschiedenheiten hinweg, denn dieser Zusammenschluß ist bitter nötig.

Hartmut Siemon

Betriebsrat bei Hoesch, Dortmund



• Einige der Unterzeichner, unter anderem auch ich, hatten schon zum 40. Jahrestag der Machtergreifung Hitlers einen ähnlichen Aufruf veröffentlicht. Jetzt geht es gerade angesichts der Strauß-Kandidatur darum, der Sache einen größeren Rahmen zu geben und wirksamer als bisher an die breite Öffentlichkeit zu treten.

• Ich werde zur Aussperrung Stellung nehmen, die als Unterdrückungsinstrument der Unternehmer gegen Arbeiter und Gewerkschaften, insbesondere im Stahlarbeiterstreik, an Bedeutung gewonnen hat. Die Aussperrung muß endlich zu Fall gebracht werden.

• Ich wünsche mir, daß die Front gegen Reaktion und Faschismus, die sich ja nicht nur auf dem Kongreß, sondern auch in vielen Aktivitäten in den letzten Wochen und Monaten widergespiegelt hat, einfach wächst. Man muß erreichen, daß dieser Kongreß ein Mittel dazu ist, diese Front breiter zu machen, mehr Menschen in ihr zusammenzuschließen, besonders Arbeiter und Werktätige, um dem Kurs auf ein neues '33 wirklich was entgegenzusetzen.



Hermann Treusch

Schauspieler, Frankfurt

• Was mich bewogen hat, ist erst einmal, daß in der Bundesrepublik (wenn es auch nicht ganz so schlimm ist, wie es manchmal hingestellt wird) ein ziemlich gefährlicher Hang dazu besteht, nostalgische Momente der Herrschaftssicherung immer mehr zu betonen. Das merkt man nicht nur in der Politik, das merkt man auch im Kulturbetrieb. Man merkt es auch an den Figuren, die sich in den verschiedenen Parteien durchzusetzen beginnen. Man merkt es auch — da würd' ich Wert drauf legen, daß es nicht gestrichen wird — an verschiedenen linken politischen Gruppierungen, die sich immer hermetischer — behaupte ich — verschließen.

Ich halte es für ziemlich wichtig, daß — sonst wär' ich auch nicht gekommen — recht unterschiedliche Gruppen nach Dortmund eingeladen worden sind, so daß es nicht, sagen wir mal, der Kongreß einer Parteizentrale wird.

Gleichzeitig verhehle ich nicht, daß der Name Strauß in diesem Zusammenhang — obwohl ich nicht gerne Popanze aufbaue — meinen satirischen Geist etwas beflügelt hat.

• Es wird auf jeden Fall ein Witz über den Franz Josef Strauß erzählt werden. Insgesamt wird es ein Kulturbeitrag, der sich nicht in Kultur ergießt, sondern satirische Anmerkungen zur bundesrepublikanischen Situation 1980 macht.

• Hier muß ich bösartig sagen, so wahnsinnig viel kann ich mir gar nicht erhoffen, außer der Tatsache, daß verschiedene Gruppen untereinander, die möglicherweise auch 'ne jeweils verschiedene Taktik verfolgen, wie man in der Bundesrepublik einen neuen Faschismus nicht aufkommen lassen soll, miteinander ins Gespräch kommen.

Die KPD/ML unterstützt den Kongreß gegen Reaktion und Faschismus

Die KPD/ML begrüßt die Einberufung des Kongresses gegen Reaktion und Faschismus und wünscht seinen Initiatoren und Teilnehmern vollen Erfolg bei seiner Durchführung. Von Anfang an haben die Genossen und Genossinnen unserer Partei mitgeholfen, die Großveranstaltung in Betrieb und Gewerkschaft, im Stadtteil und an Schulen und Universitäten bekannt zu machen, haben nach Kräften an der Vorbereitung des Kongresses mitgewirkt.

Unsere Partei mißt dem Kampf gegen Reaktion und Faschismus große Bedeutung zu. Sie teilt und unterstützt die Ansichten und Einschätzungen, die im Kongreßaufruf niedergelegt sind.

Mitten in die Vorbereitungen zum Kongreß platzte die Nachricht von der Kanzlerkandidatur des Franz Josef Strauß. Der Vorsitzende der KPD/ML, Genosse Ernst Aust, schrieb damals in einem Kommentar für den „Roten Morgen": „Niemand sollte die Gefahr unterschätzen, die hier heranwächst, wobei die reaktionär-faschistoide Troika Strauß-Carstens-Stücklen nur die Spitze des Eisbergs ist. Und wir meinen es bitter ernst, wenn wir sagen: Wer Strauß wählt, wählt Reaktion, Faschismus und Krieg!"

Der Griff des CSU-Chefs nach der Macht hat eine machtvolle „Stoppt Strauß"-Bewegung in unserem Lande entfacht. Der Schwerpunkt des antifaschistischen Widerstandes verlagert sich immer mehr zum Kampf gegen Strauß und seine Hintermänner, die heute Hauptkraft beim Marsch auf ein neues '33 darstellen.

Wir sind der Ansicht, daß der Kampf gegen Reaktion und Faschismus noch erheblich verstärkt werden muß. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, daß alle Antifaschisten und Demokraten, gleichgültig welcher Partei sie angehören oder ob sie parteilos sind, gleichgültig welche Weltanschauung sie haben, in einer gemeinsamen Front kämpfen.

Eine zersplitterte antifaschistische Bewegung wird dem Kurs auf ein neues '33 niemals Einhalt gebieten können. Wir sind zuversichtlich, daß der Kongreß gegen Reaktion und Faschismus seinen Teil zum Zusammenschluß aller Antifaschisten beitragen wird.

Der Genosse Ernst Aust sagte vor den Delegierten des IV. Parteitages, der Ende 1978 in Hamburg stattfand: „Angesichts des Tempos, mit dem die Bourgeoisie die Faschisierung von Staat und Gesellschaft vorantreibt, ist die gegenwärtige Bewegung gegen Reaktion und Faschismus zweifellos noch viel zu schwach entwickelt und wird in bestimmten Bereichen fast ausschließlich von links eingestellten Teil der kleinbürgerlichen Intelligenz getragen."

Sicherlich hat sich hier in den letzten zwei Jahren schon einiges zum Positiven geändert, besonders, was die Rolle der Gewerkschaften in diesem Kampf betrifft. Man braucht nur an die zahlreichen Demonstrationen und Entschließungen gewerkschaftlicher Gremien gegen die Umtriebe in- und ausländischer Faschisten zu denken oder an die Großkundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Hannover gegen die Aussperrung, die unsere Partei sehr begrüßt.

Doch im wesentlichen gilt diese Einschätzung auch heute noch. Deshalb freuen wir uns, daß soviele Gewerkschafter, Betriebs- und Personalräte oder Vertrauensleute, den Aufruf zum Kongreß unterzeichnet haben, denn die Arbeiterklasse ist die Hauptkraft im Kampf gegen Reaktion und Faschismus.

Wir unterstützen den Kongreß gegen Reaktion und Faschismus ohne jeden Vorbehalt. Gleichwohl sind die politischen Ziele unserer Partei weitergesteckt als die der Initiatoren des Kongresses. Nach unserer Meinung kann letztlich nur der Sozialismus, die Errichtung der Diktatur des Proletariats Faschismus und Krieg ein für alle mal verhindern. Wir machen auch keinen Hehl daraus, daß die Genossen unserer Partei unter den Antifaschisten für ihre Ansichten werben, sie von ihrer Richtigkeit zu überzeugen suchen, die Antifaschisten mit unserer marxistisch-leninistischen Linie vertraut zu machen, und unter ihnen Mitglieder für unsere Partei zu werben.

Das hindert uns natürlich nicht, mit Antifaschisten und Demokraten anderer Weltanschauung oder anderer Parteizugehörigkeit gemeinsam gegen Reaktion und Faschismus zu kämpfen.

Sorgen wir mit aller Kraft dafür, daß wir uns nicht eines Tages gemeinsam in neuen KZ's wiederfinden — Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter oder Christen! Schmieden wir ein breites und starkes antifaschistisches Bündnis!

Stoppt Strauß!
Gegen Reaktion, Faschismus und Krieg!



Bei vielen antifaschistischen Aktionen, wie hier in Frankfurt...



...und hier in Dortmund beteiligte sich die KPD/ML aktiv an vorderster Front

Still / Hamburg: 700 im Streik

Nach vier Stunden war die Schicht zu Ende

Vertrauensleutekörper: Der Betriebsurlaub muß weg!

HAMBURG. — Am Freitag, den 18. Januar ab 10 Uhr standen die Maschinen still; 700 Kollegen marschierten zum obersten Stockwerk des Verwaltungsgebäudes, wo die Geschäftsleitung ihren Sitz hat. Um 13 Uhr, nach dem Mittagessen, war die Schicht endgültig vorbei. Die Streikenden verließen das Werk. Grund für die Arbeitsniederlegung: Die Geschäftsleitung will der Belegschaft einen Betriebsurlaub aufzwingen.

Bis vor kurzem noch konnte jeder der 1 400 Beschäftigten der Metallfirma Still seinen Urlaub nach eigenem Ermessen nehmen.

Das soll jetzt anders werden. Die Geschäftsleitung legte am 10. Januar einen entsprechenden Entwurf vor. Danach soll es im Sommer drei Wochen Betriebsurlaub geben, ferner sollen sieben Tage des Gesamturlaubs über das Jahr verteilt werden. Das bedeutet, daß die Kollegen von den 29 Urlaubstagen, die ihnen in diesem Jahr zustehen, ganze sieben zur freien Verfügung hätten.

So ist es nicht weiter verwunderlich, daß der geplante Eingriff der Geschäftsleitung in das Privatleben der Kollegen auf helle Empörung stieß.

Die Genossen bei Still gehen davon aus, daß die Urlaubspläne der Geschäftsleitung im Zusammenhang mit verschiedenen Rationalisierungsmaßnahmen zu sehen sind. So hat die Geschäftsleitung vor kurzem noch erhebliche Mittel investiert, allein 17 Millionen Mark für den Neubau einer Werkshalle.

Außerdem liegen Informationen vor, daß der Unternehmerverband grundsätzlich die Einführung eines Betriebsurlaubs anstrebt. Dafür gibt es gewisse Anzeichen in Nachbarbetrieben.

Auf diesem Hintergrund trat am Freitag, den 11. Januar der Vertrauensleutekörper während der Arbeitszeit zusammen.

Auf der Sitzung wurde eine Resolution beraten und verabschiedet, die später als Unterschriftensammlung durch das Werk ging. **Die Resolution fordert von der Geschäftsleitung die Zurücknahme ihrer Urlaubspläne, die Einberufung einer außerordentlichen Betriebsversammlung. Weiter heißt es, daß man keine Einigungsstelle akzeptieren würde. So wurde von Anfang an einem faulen Kompromiß der Weg verlegt.**

Unterschriften wurden noch am selben Tag und dem darauffolgenden Montag gesammelt. 900 Kollegen unterschrieben. Geht man von einem etwa 15prozentigen Krankenstand aus und zieht man die leitenden Angestellten ab, so haben sich zwischen 80 und 90 Prozent der Kollegen hinter ihren Vertrauensleutekörper gestellt. Außerdem waren damit die betriebsverfassungsrechtlichen Bedingungen zur Einberufung einer außerordentlichen Betriebsversammlung erfüllt.

Am Mittwoch, den 16. Januar trug der Betriebsrat der Geschäftsleitung die Forderungen der Belegschaft vor; der Betriebsrat ist tarifrechtlich zum Verhandeln verpflichtet. Die Geschäftsleitung schien kompromißbereit, zog ihre Pläne aber nicht definitiv zurück.

Am Freitag, den 18. Januar sollte um 9.30 Uhr die nächste Verhandlungsrunde stattfinden. Einen Tag zuvor hatte noch einmal der Vertrauensleutekörper getagt.

Dann ging alles Schlag auf Schlag. Als die Verhandlung zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung eine halbe Stunde im Gange war, brach der Streik los. Die wichtigsten Abteilungen, etwa 700 Kollegen, beteiligten sich daran. **Auffällig war der hohe Anteil von Angestellten, die sich in die Streikfront eingereiht hatten.**

Als ein Vertreter der Geschäftsleitung die Streikenden an die Arbeit schicken wollte, gingen seine Worte in einem Pfeifkonzert unter.

Die 700 beschlossen, in die oberste Etage des Verwaltungsgebäudes zum Sitz der Geschäftsleitung zu ziehen. Das schien seinen Eindruck auf die leitenden Herren nicht zu verfehlen.

Nach einiger Zeit, man hatte sich wieder in der Werkshalle versammelt, konnte ein Betriebsrat melden, daß der Betriebsurlaub immerhin für dieses Jahr vom Tisch sei, daß die Geschäftsleitung ihn aber immer noch für 1981 anstrebe.

Die Antwort der Belegschaft: „Wenn wir hier schon stehen, dann werden wir den Betriebsurlaub auch für nächstes Jahr nicht zulassen!"

Um 13 Uhr verließen die Streikenden das Werk. Demnächst wird die außerordentliche Betriebsversammlung stattfinden. Dort wird alles weitere geklärt. Aufkleber der RGO mit den Parolen „Ich bin gegen den Betriebsurlaub" und „Weg mit dem Betriebsurlaub" fanden reißenden Absatz.

Übernahme der Metzeler AG durch Bayer

Kartellamt, Institution ohne Wirkung

Sonderregelung für die Monopole

WESTBERLIN. — In der ersten Januarwoche zeigte sich ein weiteres Mal die Machtlosigkeit des Kartellamtes. Vor fünf Jahren hatte dieses Amt der Bayer AG zunächst untersagt, die Metzeler AG zu übernehmen. Es wurde eine Frist von fünf Jahren bis Ende 79 festgelegt, um zu „prüfen", ob sich bis dahin das „Marktverhältnis" geändert habe. Logischerweise hat Bayer meterweise Papiere verfassen lassen, um zu „beweisen", daß die Übernahme heute kein Monopol mehr darstelle.

Dies ist nur der letzte einer ganzen Reihe von Fällen, in denen das Kartellamt zunächst mit großen Paukenschlägen ein Verfahren gegen ein großes Monopol einleitete, das dann in aller Stille im Nichts endete. Der Unterschied aber zu anderen solchen Fällen ist der, daß diesmal in der Presse eine breite Kampagne durchgeführt wird, um das Kartellamt lächerlich zu machen.

Dazu haben auch die Beamten entsprechend beigetragen. Anfang Januar gingen sie in die Öffentlichkeit und behaupteten, Bayer habe seine neue Marktanalyse nicht rechtzeitig gebracht. Niemand in den Wirtschaftsredaktionen regte sich darüber auf, daß Bayer selbst diese Marktanalyse verfertigte. Ein großes Echo fand erst die Neuigkeit, daß diese Analysen bereits am 21. Dezember vorgelegen hatten. Der Verdacht drängt sich auf, daß diese Papiere, sei es auch von untergeordneten Stellen des Amtes selbst, zurückgehalten wurden, um das Amt der Lächerlichkeit preiszugeben.

Wer das angeregt hat, kann man nur vermuten. Wem das nutzt, ist allerdings sehr deutlich: der Bayer AG. Sie, wie auch eine Reihe anderer Monopole, betrachten die Institution Kartellamt, ursprünglich von ihnen selbst als Instrument der Demagogie geschaffen, um „den freien Wettbewerb" zu schützen, inzwischen als lästig und überflüssig. Nicht, weil das Amt die weitere Monopolisierung wirklich behindern würde, sondern weil, um in der Öffentlichkeit ein gutes Bild liefern zu können, umständliche Verfahren nötig sind.

Das Ende vom Lied ist: Bayer wird Metzeler behalten, weitere Arbeitsplätze vernichten, und das Kartellamt wird weiter vergeblich versuchen, den Eindruck zu erwecken, in diesem Staat gescḧähe etwas gegen die Monopole.

Strauß erneuert Attacken gegen Einheitsgewerkschaft

Ovationen für den Gewerkschaftsfeind

Rede vor den CDU-Sozialausschüssen

MANNHEIM. — Der lange hinausgezögerte Auftritt des neuen starken Mannes der Unionsparteien vor den sogenannten Arbeitnehmerflügel, den Sozialausschüssen der CDU mit Norbert Blüm an der Spitze, ist am Sonntag, den 13. Januar, endlich über die Bühne gegangen.

Versammelt waren rund 500 Betriebs- und Personalräte, die teils dem DGB, teils aber auch der DAG oder Christlichen Gewerkschaften angehören.

Strauß stellte sich seinem Publikum als „überzeugter Anhänger der gewerkschaftlichen Organisation und des gewerkschaftlichen Gedankens" vor, wandte sich aber gleichzeitig gegen den „Monopolanspruch des DGB".

Strauß, der zunächst aufgehört hat, laut über die Zerschlagung der Einheitsgewerkschaft nachzudenken, bekennt sich gegenwärtig zu einem sogenannten „Gewerkschaftspluralismus", dem angeblich gleichberechtigten Nebeneinander von DGB, DAG und christlichen Gewerkschaften.

Dieses Konzept widerspricht völlig dem, was die Arbeiterklasse unter starker Einheitsgewerkschaft versteht. Die Arbeiterklasse will eine einheitliche Gewerkschaft, in der sich alle Kollegen unabhängig von ihrer Weltanschauung und Parteizugehörigkeit auf der Grundlage ihrer Klasseninteressen zusammenschließen. Jede Stärkung von DAG oder anderen neben dem DGB existierenden Gewerkschaften schwächt jedoch die Einheitsgewerkschaft, bedeutet Zersplitterung und Spaltung der Gewerkschaftsbewegung.

Es ist sehr zu begrüßen, daß etliche Teile des Straußschen Publikums demonstrativ auf jede Beifallskundgebung verzichteten. Leider überhäufte ihn aber die Mehrheit mit regelrechten Ovationen.

Zur Diskussion des DGB-Grundsatzprogramms

Wo bleiben die Mitgliederrechte?

Fordert mehr innergewerkschaftliche Demokratie!

DÜSSELDORF. — Im März 1981 wird in Düsseldorf ein außerordentlicher Bundeskongreß des DGB einberufen, um das Grundsatzprogramm zu verabschieden, das gegenwärtig als Entwurf des Bundesvorstandes des DGB in den Gremien der Einzelgewerkschaften diskutiert wird.

Zweifellos wird es hierbei von großer Bedeutung sein, daß es in den verschiedenen Gremien und Ausschüssen der Einzelgewerkschaften zu einer fruchtbaren Diskussion über die notwendigen Forderungen der Arbeiterbewegung im Kampf gegen das Kapital, aber auch über Fragen der Verteidigung und Stärkung der Einheitsgewerkschaft kommt.

Ob die Ergebnisse solcher Diskussionen aber auch Eingang auf dem außerordentlichen DGB-Kongreß haben werden, ist eine ganz andere Frage. Die Art und Weise, wie in den Einzelgewerkschaften des DGB mit den Anträgen der Gewerkschaftsgremien verfahren wird, zeugt von einem eigenartigen Demokratieverständnis der DGB-Führer.

Einzelne Gewerkschafter können ihre Kritiken und Änderungsvorschläge an die örtlichen Kreisleitungen richten, Personengruppenausschüsse auf Bezirksebene an den zuständigen Bezirksvorstand, auf Vorstandsebene an den jeweiligen Hauptvorstand.

Was die entsprechenden Vorstände dann mit den Anträgen machen, ist ihre Sache. Sie können sie an die nächsthöhere Ebene weiterleiten, sie können dies aber auch unterlassen.

In der Konsequenz führt das dazu, daß die Hauptvorstände der Einzelgewerkschaften es letzten Endes in der Hand haben, welche Anträge dem außerordentlichen DGB-Kongreß vorgelegt werden und welche nicht.

Demgegenüber müssen die Gewerkschafter verlangen, daß sämtliche Änderungsanträge von Einzelmitgliedern, Gewerkschaftsgremien und Personengruppenausschüssen unabhängig von der Bewertung durch die verschiedenen Leitungsgremien dem außerordentlichen Gewerkschaftskongreß vorgelegt werden müssen, damit der DGB-Kongreß mit der Grundlage der Mitgliederdiskussion entsprechende Beschlüsse fassen kann; alles andere würde die Diskussion dem Diktat der Bonzen unterwerfen.

Bei der vorherrschenden Regelung werden zum Beispiel Mitglieder der IG Bergbau und Energie, die sich dagegen wenden, daß sich verschiedene Gewerkschaftsführer die Straußsche These von der kommunistischen Unterwanderung zu eigen machen, keinen Einfluß auf den DGB-Kongreß nehmen können, denn spätestens der IGBE-Vorstand wird solches Ansinnen abschmettern.

Provokatorische Thesen auf BDA-Tagung

Unternehmer: Angriffsaussperrung rechtmäßig

In Krisensituationen künftig Lohnsenkungen?

FRANKFURT. — Selten wurde so offen ausgesprochen, warum die Unternehmer auf ihr „Recht auf Aussperrung" pochen: Es müsse ihnen doch möglich sein, in einer wirtschaftlichen Krisensituation auch einmal eine Senkung der Tariflöhne zu erzwingen. Dieses Argument fiel kürzlich auf der Jahrestagung der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA).

Im Rahmen dieser Unternehmerkonferenz wurde ein Arbeitskreis abgehalten, der unter dem Leitwort stand: *„Aussperrung — Chancengleichheit und Kontrolle durch Gegenmacht".* Der Unternehmerpräsident Esser tönte in diesem Arbeitskreis scharfmacherisch, die Aussperrung sei für die Unternehmer *„schlechthin unverzichtbar"*; nur durch die Aussperrung sei eine *Chancengleichheit* der Unternehmer gegenüber der organisierten Arbeiterschaft gewährleistet.

Die Unverfrorenheit, mit der Herr Esser den wahren Sachverhalt auf den Kopf stellt, kann einem wirklich die Sprache verschlagen. Nicht die Arbeiter und kleinen Angestellten, deren einziges „Kapital" ihre eigene Arbeitskraft besitzen, sind die Benachteiligten, sondern es sind die Reichen und Mächtigen! Sie, denen die Fabriken, die Banken, das Kapital, die wirtschaftliche und die politische Macht gehören —, sie müssen um ihre „Chancengleichheit" fürchten??

Mit solchem haarsträubenden Unfug versuchen sie, Propaganda für die rechtliche Absicherung der Aussperrung zu machen. Was wirklich hinter diesem Geschwätz steckt, plauderte allerdings ein sogenannter Wissenschaftler aus, ein gewisser Professor Dr. Rupert Scholz von der Universität München. Er hielt in dem Arbeitskreis ein Referat, in welchem er darlegte, warum seiner Auffassung nach nicht nur die suspendierte Abwehraussperrung (bei der das Arbeitsverhältnis vorübergehend ruht) verfassungsrechtlich garantiert sei, sondern unter bestimmten Umständen auch die suspendierende Angriffsaussperrung („Angriffsaussperrung" heißt, daß die Unternehmer die Aussperrung verhängen, ohne daß gestreikt wird oder zum Streik aufgerufen wurde).



Mitglieder der IG Drupa auf einer Mai-Demonstration

Und zwar begründete Scholz seinen Standpunkt so: Es könne zum Beispiel der Fall eintreten, daß infolge eines schweren Konjunktureinbruchs — allgemein oder nur in einer Branche — nach Meinung der Unternehmer Tarifabschlüsse erreicht werden müßten, die eine Senkung der Tariflöhne beinhalten. Für diese Situation — so der saubere Professor — sei *„auch die Angriffsaussperrung paritätsrechtlich unverzichtbar und damit verfassungsrechtlich garantiert".*

Was dieser Jurist da referierte, bedeutet in der Praxis, daß beispielsweise ein Produktionsrückgang in der Automobilindustrie die Automobilkapitalisten dazu berechtigt, eine Aussperrung zu verhängen, sobald die IG Metall sich im Rahmen von Tarifverhandlungen weigert, ihre Zustimmung zu einer Senkung des Tariflohnes zu geben. Ein Produktionsrückgang in der Autoindustrie ist bekanntlich bereits abzusehen! Und bei einer gesamtwirtschaftlichen Rezession könnten die Kapitalisten diesen Terror in allen Branchen praktizieren!

Die Angriffsaussperrung haben übrigens die Stahlbarone im Jahr 1928 gegen die Stahlarbeiter an der Ruhr praktiziert. Damals war diese Art von rücksichtslosem Vernichtungskampf seitens der Konzernherren ein Vorspiel zur Errichtung der Nazidiktatur und zur Zerschlagung der Gewerkschaften.

Wenn die Kapitalisten heute wieder damit beginnen, nach dem gleichen Muster mit dem Aussperrungsknüppel zu fuchteln, dann sollten wir uns darüber klar sein, wie notwendig der Kampf für das gesetzliche Verbot der Aussperrung ist!

DGB-Bonzen wollen Gesinnungsschnüffelei verschärfen

Unvereinbarkeitsbeschlüsse auch gegen die DKP?

Reaktionärer Beschluß der Führung der Postgewerkschaft

KÖLN.— Bislang wurde die DKP von den reaktionären Unvereinbarkeitsbeschlüssen in den DGB-Gewerkschaften ausdrücklich ausgenommen. Aber trotz des „Wohlverhaltens" ihrer Führer häufen sich inzwischen Vorstöße aus Kreisen der DGB-Führung, die darauf zielen, auch die DKP mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen zu belegen.

Am 16. November des vergangenen Jahres faßte der Gewerkschaftsrat der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) einen Beschluß über *„die Grenzen für die Mitarbeit und Aktivitäten von DKP-Mitgliedern"* in der Deutschen Postgewerkschaft. Dieser Beschluß wurde durch einen Antrag vorbereitet, der 1977 auf dem letzten DPG-Gewerkschaftstag aus Koblenz-Trier vorgelegt und von den Delegierten an den Gewerkschaftsrat als Material überwiesen worden war.

Der Antrag verlangte einen Unvereinbarkeitsbeschluß gegen die DKP und zwar mit der Begründung, die DKP verfolge *„ausweislich ihrer programmatischen Aussagen verfassungsfeindliche Ziele"*. Die DKP lehne *„das nach dem Grundgesetz als unabänderlich vorgesehene oberste Strukturprinzip der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ab"*.

Jetzt hat der Gewerkschaftsrat der DPG ihn benutzt, um seinen Beitrag zu der gegenwärtig von offen reaktionären DGB-Führern angeheizten Kampagne gegen die DKP und gegen die sogenannte kommunistische Unterwanderung des DGB zu leisten.

In dem Beschluß des Gewerkschaftsrats heißt es zwar: *„Die gleichzeitige Mitgliedschaft in der Deutschen Postgewerkschaft und der DKP ist vereinbar, solange Mitglieder der DKP sich innerhalb der Gewerkschaft nicht gegen die gewerkschaftlichen Ziele und Aufgaben betätigen."* Aber daß überhaupt ein derartiger Beschluß gefaßt wird, stellt ja schon die „Vereinbarkeit" der gleichzeitigen Mitgliedschaft in der DPG und der DKP in Frage. Schließlich werden in bezug auf die Bonner Parteien ja auch keine derartigen Beschlüsse gefaßt, obwohl zum Beispiel die Gewerkschaftsfeindlichkeit der CDU/CSU außer jedem Zweifel steht.

Der Beschluß beschränkt sich nicht darauf, die Vereinbarkeit von DPG- und DKP-Mitgliedschaft in Frage zu stellen. Es heißt ihn ihm weiter: *„DKP-Mitglieder und andere anhänger dieser Ideologie können nicht daran gehindert werden, sich um gewerkschaftliche Funktionen zu bewerben. Im Falle solcher Bewerbungen sollte jedoch den wahlberechtigten Mitgliedern und den Organen der DPG eindringlich vor Augen gestellt werden, welchen politischen Zielsetzungen solche Bewerber anhängen und zu welchem Mißbrauch des Vertrauens sie letztlich dadurch gehalten sind. Um solchen Mißbräuchen vorzubeugen, wird empfohlen, DKP-Mitglieder und andere Anhänger dieser Ideologie weder in gewerkschaftliche Funktionen zu wählen, noch sie als Teamer, Ausschußmitglieder oder hauptamtliche Mitarbeiter zu berufen."*

Soll es in den Gewerkschaften zwei Klassen von Mitgliedern geben? Solche, deren politische Gesinnung hierzulande opportun ist und andere? Dieser Beschluß bedeutet eine Diskriminierung all jener Gewerkschaftsmitglieder, die der DKP nahestehen oder Mitglied dieser Partei sind. Es ist ein Aufruf zur Gesinnungsschnüffelei und zum Denunziantentum, der sich im übrigen nicht nur gegen DKP-Mitglieder oder Sympathisanten richtet, sondern auch gegen alle revolutionären Gewerkschaftsmitglieder.

Angesichts der Berufsverbote, die bei der Bundespost gegen DKP-Mitglieder und gegen Mitglieder revolutionärer Organisationen verhängt werden, schlägt dieser Beschluß den einfachsten Prinzipien gewerkschaftlicher Solidarität ins Gesicht. Zugleich steht er in krassem Gegensatz zu den Prinzipien der Einheitsgewerkschaft.

Keine Gesinnungsschnüffelei in den Gewerkschaften! Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen! Verteidigt die Einheitsgewerkschaft gegen die Spalter und Agenten der Reaktion!

Aktives ÖTV-Mitglied gefeuert

„Wir wissen, daß Niggemeier die treibende Kraft ist!"

ÖTV-Kreisvorstand protestiert

RECKLINGHAUSEN. — Der Diplom-Soziologe Georg Schliehe, Sprecher der Vertrauensleute der Kreisverwaltung Recklinghausen, ist zum 31. 12. 79 gekündigt worden. Als er mit einer einstweiligen Verfügung gegen die Entlassung angehen wollte, erteilte ihm die Kreisverwaltung Hausverbot. Kommentar aus dem Kreishaus: „Der Linkstrend müsse gestoppt werden!"

Was hier als „Linkstrend" hingestellt wird, ist im Klartext aktive Gewerkschaftsarbeit, die sich an den Interessen der Kollegen orientiert.

Die ÖTV-Zeitung „Der Kreisel", an der Georg Schliehe mitarbeitete, beschäftigte sich kritisch mit der Rationalisierung durch Datenverarbeitung oder prangerte den öffentlichen Arbeitgeber an, weil er offensichtlich Telefongespräche seiner Angestellten aufzeichnete.

Georg Schliehe war über eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme an die Stelle bei der Kreisverwaltung gekommen. Bei der Kreisverwaltung war man so zufrieden mit ihm, daß man ihm vor Ablauf der befristeten Arbeitsbeschaffungsmaßnahme einen unbefristeten Arbeitsvertrag in Aussicht stellte. Doch der SPD-Fraktion im Kreisausschuß war der aktive Gewerkschafter trotz guter Qualifikation ein Dorn im Auge. Sie schlug die Streichung seiner Stelle vor, was der Kreisausschuß billigte.

Der ÖTV-Kreisvorstand schreibt in einem Flugblatt, das in hoher Auflage verbreitet wurde:

„Wir betrachten diesen undemokratischen Willkürakt als Angriff gegen die gesamte ÖTV und gegen die gesetzlich und grundrechtlich geschützte Gewerkschaftsarbeit."

Dieser an sich schon typische Vorgang, der das politische Klima in unserem Lande treffend kennzeichnet, bekommt noch eine besondere Dimension, schaut man sich den Vorsitzenden der SPD-Fraktion an.

Es ist niemand anders als Horst Niggemeier, Vorstandsmitglied der IG Bergbau und Energie, Chefredakteur der IGBE-Zeitung „Einheit", Unterbezirksvorsitzender bei der SPD und Bürgermeister von Datteln.

Politiker, die aktive Gewerkschafter maßregeln, bezeichnet man für gewöhnlich als Gewerkschaftsfeinde. Gewerkschaftsfeinde, die sich in die Gewerkschaft eingeschlichen haben, müssen ausgeschlossen werden!

ÖTV-Kreisvorsitzender Kock: *„Wir wissen, daß Horst Niggemeier die treibende Kraft hinter dem Kündigungsbeschluß ist. Für uns ist das um so empörender, weil er sich sonst als aktiver Gewerkschafter gibt."*

DGB-Führung paktiert mit Kapital und Regierung

Schluß mit der Konzertierten Aktion!

Bonner Spitzengespräch mit Vetter, Esser und Lambsdorff

BONN.— Vor zweieinhalb Jahren ist die DGB-Führung aus der Konzertierten Aktion ausgestiegen. Den Anlaß dazu hatte die Mitbestimmungsklage der Unternehmerverbände geliefert. Das jetzige Spitzentreffen zwischen Vertretern der Regierung, der Wirtschaft und der DGB-Führung vom 14. Januar in Bonn bedeutet jedoch praktisch die Wiederherstellung der Konzertierten Aktion.

Darüber kann auch die Augenwischerei des DGB-Chefs Vetter nicht hinwegtäuschen, der auf die Feststellung Wert legte, die Gesprächsrunde sei *„noch keine neue Konzertierte Aktion"* gewesen. An dem Treffen nahmen die höchsten Repräsentanten sowohl des DGB mit Heinz Oskar Vetter an der Spitze als auch der Unternehmerverbände mit dem Unternehmerpräsidenten Esser an der Spitze teil. Die Regierung war durch Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff und durch Bundesfinanzminister Matthöfer vertreten.

Die Vorsitzenden der Einzelgewerkschften waren bei dem Treffen nicht dabei. Die „Süddeutsche Zeitung" erklärt dies so: *„Auch in diesem Sinne ist eine gewisse Tradition aus der alten Konzertierten Aktion zu erkennen, in der es als ungeschriebene Regel galt, im akuten Verhandlungsstadium nicht über Zahlen der Lohnrunde zu streiten. Wegen der Lohnrunde waren zu diesem ersten Gespräch nach Abbruch der Konzertierten Aktion auch bewußt keine Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften eingeladen worden. Lambsdorff wollte den Start in eine neue Gesprächsphase nicht erschweren."*

Über den Inhalt des Gespräches wurde nur in allgemeiner Form bekanntgegeben, in der Bewertung der Ölverteuerung, in der Beurteilung ihrer Folgen für das reale Wachstum, für die Preise und die Arbeitslosigkeit, habe sich „eine Annäherung" ergeben. Einzelheiten des Gesprächs wurden jedoch nicht mitgeteilt. Dies sei so verabredet gewesen.

Schon allein dieser Charakter von Geheimverhandlungen zeigt den arbeiterfeindlichen Zweck der Neuauflage der Konzertierten Aktion. Im übrigen: Wie kann es zwischen den Gewerkschaften und den Vertretern des Monopolkapitals ausgerechnet in einer Situation eine Annäherung geben, wo die Unternehmerseite mit ihrem 4,3-Prozent-Angebot in der Metalltarifrunde einen unverschämten Provokationskurs steuert und wo seit Monaten ein beispielloser Propagandafeldzug gegen die berechtigten Lohnforderungen der Gewerkschaften betrieben wird?

Es ist kein Wunder, daß unter allen Bonner Parteien, nicht zuletzt auch seitens der CDU/CSU, große Genugtuung über die Politik der Restauration der Konzertierten Aktion durch die DGB-Führung herrscht. Denn der Zweck dieser Politik der Vetter und Konsorten kann einzig und allein darin bestehen, die Gewerkschaften auf die Linie der sogenannten „Verantwortung fürs Ganze" einzuschwören.

Auf gut deutsch: durch Lohnleitlinien und ähnliche Absprachen soll den Kapitalisten wieder ein größerer Schutz vor den Forderungen der Arbeiter geboten werden. Die Sicherung von Maximalprofiten und die Abwälzung der Krisenlasten auf die Werktätigen — das ist allemal der tiefere Sinn der Zusammenarbeit zwischen DGB-Führung, Kapital und Regierung.

An der DGB-Basis wird die Konzertierte Aktion verurteilt. Raus aus der Konzertierten Aktion! Diese Forderung wird konsequent von der RGO vertreten. Die Reise der DGB-Führer nach Bonn zeigt: Um mit der Konzertierten Aktion endgültig Schluß zu machen, ist die organisierte Opposition der klassenbewußten Gewerkschafter notwendig.

Der Gewerkschaftskommentar

Das Treffen Vetter /Strauß und seine Folgen

Verteidigen wir die Gewerkschaftseinheit!

Erinnern wir uns: Als der DGB-Vorsitzende im vergangenen Herbst nach München pilgerte, um dem Gewerkschaftsfeind Nr. 1 und Kanzlerkandidaten der Unionsparteien seine Aufwartung zu machen, gab es an der Gewerkschaftsbasis einen Proteststurm. Er war nur zu berechtigt! Was sich in letzter Zeit im DGB abspielt, ist eine Bestätigung dafür.

Denn Vetters Rendezvous mit Strauß diente nicht allein dazu, dem Wolf zu helfen, sich in einen Schafspelz zu hüllen. Es wurde zudem ein sogenanntes Stillhalteabkommen zwischen beiden Seiten getroffen. Besser gesagt: Vetter verpflichtete sich, dafür Sorge zu tragen, daß der DGB gegenüber Strauß stillhält.

Praktisch bedeutet das: Die Gewerkschafter, die einen aktiven Kampf des DGB gegen Strauß und Co. fordern, die sich dafür einsetzen, daß die Gewerkschaften sich als Bollwerk gegen Reaktion, Faschismus und Krieg verstehen, sollen mundtot gemacht werden.

Diese arbeiterfeindliche und spalterische Politik wird von Vetter und Konsorten demagogisch unter der Fahne der Einheitsgewerkschaft versteckt. Wer nicht bereit ist, als Funktionsträger des DGB bzw. seiner Einzelgewerkschaften stillzuhalten gegenüber Strauß und überhaupt gegenüber den aggressiven und reaktionären Kräften in der hiesigen politischen Landschaft, der gerät ins Visier der DGB-Führung.

Er wird demagogisch bezichtigt, „an den Nerv der Einheitsgewerkschaft zu rühren". Unter Umständen wird er ohne viel Federlesens seiner Funktion enthoben. So passierte es dem ehemaligen DGB-Jugendsekretär Hawreliuk. So geschah es auch mit den Mitarbeitern der Redaktion des DGB-Jugendmagazins „'ran".

Dieser Feldzug gegen Links wird ideologisch abgedeckt durch das Gespenst der angeblichen „kommunistischen Unterwanderung des DGB". Strauß und Co. waren es, die schon seit langem mit diesem Gespenst hausieren gegangen sind, um damit gegen den DGB zu hetzen. Jetzt wird dieses Gespenst vom rechten Flügel des DGB-Apparates aufgegriffen. Man will ein Klima der Einschüchterung und des Mißtrauens schaffen, um dadurch besser in der Lage zu sein, den DGB-Apparat auf der Linie des Paktierens mit dem Kapital und der politischen Reaktion gleichzuschalten.

Muß man ein Freund der DKP sein, um als Gewerkschafter das demagogische und reaktionäre Unterwanderungsgeschrei zurückzuweisen? Nein! Wir Marxisten-Leninisten sind keine Freunde der DKP. Wir verurteilen die Politik dieser Partei, weil sie gegen den konsequenten Kampf der Arbeiterklasse gerichtet ist.

Wir sagen aber auch ganz klar: Kein Kollege, der es mit der Einheitsgewerkschaft ernst meint, kann die Diskriminierung von Kollegen nur wegen ihrer politischen Einstellung billigen. Und schon gar nicht, wenn es sich um eine politische Gesinnung handelt, die die Herrschenden aufgrund ihrer arbeiterfeindlichen und reaktionären Interessen bekämpfen.

Im übrigen: Mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen gegen kommunistische und revolutionäre Kollegen fängt es an. Und das Ende vom Lied ist dann, daß jeder mundtot gemacht wird, der fortschrittlich oder links oder auch nur linksangehaucht ist. Daß die DKP-Führung bisher die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen kommunistische und klassenkämpferische Kollegen nicht klar verurteilt hat, daß sie darauf verzichtet, die reaktionäre und spalterische Politik der Vetter, Loderer, Hauenschild und Konsorten zu entlarven, hat der antikommunistischen Hetze der Bonzen und Arbeiterverräter noch Vorschub geleistet.

Wir, das heißt alle ehrlichen und klassenbewußten Gewerkschafter, müssen uns, ungeachtet politischer und weltanschaulicher Gegensätze, gegen die Spalter und Handlanger der Reaktion, die in der DGB-Führung sitzen, fest zusammenschließen. Verteidigen wir unsere Gewerkschaftseinheit, denn die Arbeiterklasse braucht sie, um gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen zu können.

Loderer schlägt wieder zu:

Ausschlußverfahren gegen Herbert Knapp

DUISBURG.— Gegen den Betriebsratsvorsitzenden der Mannesmann-Hüttenwerke in Duisburg-Huckingen läuft ein Verfahren wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens. Es wurde vom Hauptvorstand der IG Metall eingeleitet. Der Anlaß: Knapp habe nach dem Stahlstreik 1978/79 die Tarifkommission als „Karnevalsverein" und die örtlichen Streikleitungen als „Quasselbuden" bezeichnet.

Knapp hat sich für die ihm zur Last gelegten Äußerungen jedoch bereits in Frankfurt entschuldigt. In Wahrheit sind sie auch nicht der eigentliche Grund des Verfahrens. Der ist vielmehr in der oppositionellen Haltung zu sehen, die Knapp während und nach dem Stahlstreik gegen die Streikbruch- und Abwiegelungstaktik des IGM-Vorstandes eingenommen hat. Knapp hat auch die Proteste der Vertrauensleute und Streikposten gegen das Vorgehen von Loderer, Herb und Janßen unterstützt.

Die Tatsache, daß gegen einen Betriebsratsvorsitzenden eines so großen Werkes, der in der Belegschaft echten Rückhalt hat, wegen eines geringfügigen Anlasses ein Ausschlußverfahren geführt wird, ist an sich schon bezeichnend. **Die Mannesmann-Betriebsgruppe der RGO hat gegen das Verfahren scharfen Protest eingelegt. Wir meinen: Wenn schon Ausschlußverfahren, dann gegen Loderer, Herb und Janßen!**



Mitglieder der IG Metall demonstrieren am 15. Januar vor der Westberliner Kongreßhalle gegen Arbeitsplatzvernichtung bei AEG-Telefunken.

Warnstreik bei AEG-Brunnenstraße

600 Kollegen legten die Arbeit nieder

Volkskorrespondenz aus Westberlin

Am 15. Januar fand in Westberlin die außerordentliche Aktionärsversammlung des AEG-Telefunken-Konzerns statt, auf der Cipas Sanierungsplan gebilligt wurde. Der Konzernvorstand ist damit offiziell ermächtigt, über 13 000 Kollegen zu entlassen und die Kleinaktionäre zu enteignen.

Bereits am 5. Dezember des letzten Jahres hatte die IG Metall eine Funktionärskonferenz von allen Westberliner AEG-Betrieben abgehalten, um Kampfmaßnahmen gegen die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen zu beraten. Allein in Westberlin stehen über 1 000 Arbeitsplätze auf der Abschußliste.

Man war sich einig, daß am Tage der Aktionärsversammlung eine Demonstration aller Westberlinger AEG-Betriebe zur Kongreßhalle, dem Versammlungsort, stattfinden müsse.

Am 3. Januar fand eine weitere Funktionärskonferenz der IG Metall statt, an der die Betriebsratsvorsitzenden und die Vorsitzenden der Vertrauensleutekörper der AEG-Betriebe teilnahmen. Hier sollten konkrete Maßnahmen beschlossen werden.

Der Ortsvorstand der Westberliner RGO verbreitet aus diesem Anlaß Flugblätter an allen AEG-Betrieben, in denen die Forderung nach gemeinsamem Vorgehen aller AEG-Betriebe noch einmal unterstrichen wird. Auf der Funktionärsversammlung gab es dann mehrere Versuche von seiten einiger Gewerkschaftsfunktionäre, die Forderung nach einer gemeinsamen Demonstration in den Hintergrund zu drängen. Betriebsräte von Telefunken-Schwedenstraße und dem AEG-Kabelwerk versuchten beispielsweise den Eindruck zu erwecken, sie seien nicht in der Lage, die Kollegen zu mobilisieren, da sie nicht direkt von der Entlassungswelle betroffen seien. Allerdings straft der Verlauf der Funktionärsversammlung im Vormonat diese Argumentation Lügen. Außerdem stehen dem Telefunken-Werk in der Schwedenstraße ebenfalls Massenentlassungen ins Haus, allerdings erst 1981.

Doch die Vertreter der AEG-Hohenzollerndamm und vor allem der AEG-Brunnenstraße beharrten auf ihrer berechtigten Forderung, während der Arbeitszeit eine gemeinsame, kämpferische Demonstration durchzuführen.

Jedoch war hier schon abzusehen, daß die Westberliner IGM-Spitze das Abbröckeln der Front, wie es auf der Sitzung am 3. Januar zu beobachten war, zum Vorwand nehmen würde, die Demonstration abzublasen.

Am 7. Januar war Vertrauensleutesitzung in der Brunnenstraße. Hier hatte sich unter der Mehrheit der Vertrauensleute der Geist der Resignation festgesetzt, die meisten glaubten nicht mehr an eine erfolgreiche Durchführung der Demonstration. Immerhin war man sich einig, daß zumindest in der Brunnenstraße am 15. Januar einiges passieren müsse.

Viele Kollegen forderten, die IG Metall solle am 15. Januar zu einem Warnstreik aufrufen, was aber von der Westberlinger IGM-Spitze abgelehnt wurde.

Jetzt war ein Punkt erreicht, an dem sich viele Kollegen zum selbständigen Handeln gedrängt fühlten. Verschiedene IGM-Bonzen hatten systematisch Stück für Stück den Willen der Belegschaften und der überwiegenden Mehrheit der Funktionäre hintertrieben, den Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze verraten.

In der Brunnenstraße kam das Gerücht auf, der Betriebsrat würde am 15. Januar neue Informationen von der Geschäftsleitung über Entlassungspläne erhalten. Die Kollegen organisierten den mündliche Propaganda, am 15. Januar um 9 Uhr beim Betriebsrat auf der Matte zu stehen.

Gesagt, getan! Später zog man dann in die Kantine um. Über 600 Kollegen hatten sich eingefunden, Transparente wur den aufgezogen und Solidaritätsresolutionen von anderen Betrieben verlesen. Die Stimmung war ausgezeichnet, der Kampfeswille ungebrochen. Die IG-Metall-Führung wurde von den Kollegen scharf angegriffen, weil sie es versäumt habe, die geforderte gemeinsame Demonstration durchzuführen.

Die Geschäftsleitung ließ mitteilen, daß sie die Versammlung für illegal halte. Die Kollegen gingen nach einer Stunde und fünfzehn Minuten wieder an die Arbeit zurück, stolz auf den Warnstreik, mit Wut im Bauch auf die Bonzen. Daß ihnen ein Stundenlohn als Maßregelung abgezogen wurde, konnte sie auch nicht einschüchtern.

Hätten die Kollegen, die den Warnstreik und die Protestversammlung auf dem Werksgelände organisiert haben, an den entscheidenden Stellen in der IG Metall gesessen, Westberlin hätte am 15. Januar anders ausgesehen.

Gewerkschafter fordern 1.-Mai-Demonstration

Der Winterschlaf der Solinger ÖTV ist vorbei

Volkskorrespondenz aus Solingen

Am 19. November des letzten Jahres tagte die Kreisdelegiertenkonferenz der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV). 107 Delegierte hatten über den Geschäfts- und Kassenbericht der letzten vier Jahre zu beraten, den Kreisvorstand sowie die Delegierten zum Gewerkschaftstag und den Bezirkskonferenzen neu zu wählen. Weiterhin war über zehn Anträge zu beraten.

Der Geschäftsbericht hielt sich im üblichen Rahmen. Schwerpunkte waren die häufig stagnierenden Mitgliederzahlen in den einzelnen Bereichen, satzungsgemäßer Beitrag und Auflistung von neugewählten Vertrauensleuten.

Verschwiegen wurde dagegen die Einschüchterung von Mitarbeitern einer ÖTV-Jugendzeitschrift durch das Personalamt der Stadt; auch von der Aufforderung eines städtischen Beigeordneten an Kollegen des städtischen Krankenhauses, doch zu kündigen, wenn es ihnen nicht gefalle, war keine Rede.

Mit anderen Worten: **Der ÖTV-Kreisvorstand vermied jeden Angriff auf den öffentlichen Arbeitgeber, die Stadtverwaltung.**

Die Delegierten drückten deutlich aus, daß dies nicht in ihrem Sinne ist. Sie forderten konsequenten Kampf gegen Stellenplankürzung, Rationalisierung, Privatisierung und Unterdrückung.

Bei den verschiedenen Wahlen wurde deutlich, daß die Solinger ÖTV-Spitze von rechten SPDlern beherrscht wird. Sie schienen die Wahlen gut vorbereitet zu haben und schafften es, sich und ihren Anhängern die Pöstchen zuzuschanzen.

Wenn sich Gewerkschaftsmitglieder innerhalb der Gewerkschaft absprechen, die mit der Auseinandersetzung mit den Unternehmern nichts am Hut haben, warum sollten sich für die Zukunft nicht auch kämpferische Gewerkschafter organisieren, um solches zu verhindern?

Ein verändertes gewerkschaftliches Bewußtsein zeigten die Delegierten bei der Beratung von Anträgen. Unter anderem wurden folgende Anträge angenommen:

• für eine 1.-Mai-Demonstration in Solingen (die letzte fand 1972 statt). In der Begründung heißt es:

„Im Zeichen der zunehmenden Angriffe der Unternehmer (zum Beispiel Aussperrung im Stahl- und Druckerstreik) und der Kanzlerkandidatur F.J. Strauß' und dem dahinterstehenden antigewerkschaftlichen Handeln ist es notwendiger denn je, die abhängig Beschäftigten stärker zu mobilisieren und zu einigen(...).“

Gegen den Antrag sprach sich der ehemalige langjährige Kreisgeschäftsführer und jetzige Landtagskandidat der SPD, Paul Krings, aus.

Später wurde die Passage über Strauß einfach aus dem Antrag gestrichen, die demokratische Entscheidung der Delegierten mit Füßen getreten. Ob das etwa daran liegt, daß der Solinger IGM-Chef Mitglied der CDU ist?

Weiter wurden Anträge gegen die Privatisierungstendenzen im öffentlichen Dienst und für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung angenommen, wobei beim Aussperrungsantrag ebenfalls Teile wegzensiert wurden.

Viele Delegierte sind sich bewußt, daß man nicht bei der Verabschiedung von Anträgen stehenbleiben darf, sondern weiter aktiv kämpfen muß. Anders ließ sich beispielsweise kaum durchsetzen, daß der DGB-Kreisvorstand auch wirklich eine Demonstration zum 1. Mai organisiert.

Der Winterschlaf der Solinger ÖTV ist vorbei. Und die Arbeit vieler engagierter und fortschrittlicher Kollegen erst am Anfang.



Als am 8. Dezember des letzten Jahres über 5 000 Menschen durch Ketsch zogen, um gegen den NPD-Bundesparteitag zu demonstrieren, war auch die Volksfront dabei. Gemeinsam mit dem DGB, zahlreichen Einzelgewerkschaften und anderen antifaschistischen Vereinigungen hatte sie mit zu der Demonstration aufgerufen.

Lieber Leser!

Auf der vorliegenden Seite wollen wir anhand einiger — wie wir meinen — recht gelungener Fotografien einen kleinen Überblick über die zahlreichen Aktivitäten der Volksfront und ihrer Landesverbände geben.

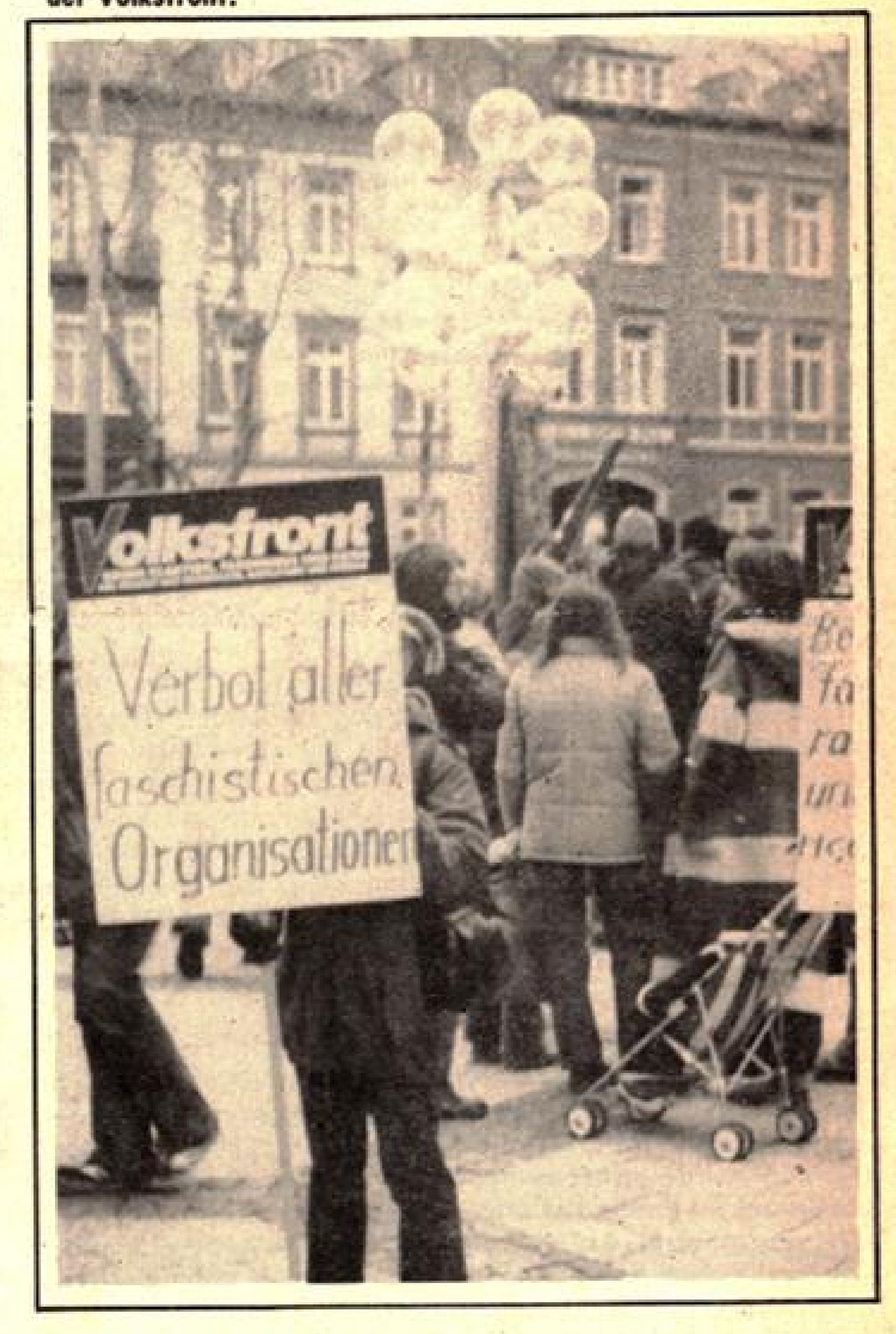
Daß die Volksfront kurz nach ihrer Gründung im Oktober 1979 in der Lage war, bereits eine Reihe von Aktionen durchzuführen, Landes- und Kreisverbände zu gründen bzw. deren Gründung vorzubereiten, zeigt anschaulich, daß die Volksfront aus den wachsenden Kämpfen an der Front gegen Reaktion und Faschismus hervorgegangen ist.

Zentraler Bestandteil des Programms der Volksfront ist das Ziel, die Antifaschisten, Kriegsgegner, Demokraten und Gewerkschafter über weltanschauliche und parteipolitische Grenzen hinweg im Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, gegen Franz Josef Strauß zusammenzuschließen.

Das Politbüro unserer Partei hat Ende letzten Jahres beschlossen, die Volksfront in ihrem Bemühen um einen breiten Zusammenschluß im antifaschistischen Kampf zu unterstützen und im Wahlkampf zugunsten der Volksfront auf eine eigene Kandidatur zu verzichten.

Volksfront in Aktion

Unter den 400 Demonstranten, die am 22. Dezember 1979 einen Aktionstag der neofaschistischen Jungen Nationaldemokraten verhinderten, befanden sich auch zahlreiche Mitglieder der Volksfront.





Mitglieder der Volksfront haben in der Hannoveraner Innenstadt einen Informationsstand aufgebaut, um der Bevölkerung die Ziele der Volksfront nahezubringen. Wie man sieht, sind Informationen über Strauß von einigem öffentlichem Interesse.



Mitglieder des Landesverbandes Westberlin der Volksfront haben sich etwas besonders originelles einfallen lassen. Sie machten sich die unwiderlegbare Tatsache zunutze, daß fast jeder Mensch bei der Ansicht eines oder mehrerer Eier gleich an Strauß denken müsse.



Bei der Demonstration gegen den NPD-Parteitag in Ketsch am 8. Dezember hatten sich die Mitglieder und Freunde der KPD/ML in den Block der Volksfront eingereiht, um ihre Bereitschaft zu demonstrieren, den gemeinsamen Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg über weltanschauliche und parteipolitische Grenzen hinweg zu führen.

US-Mobilmachung gegen Iran

Solidarität mit dem iranischen Volk!

Welche Stellung nimmt Khomeiny ein?

Carters Drohung mit einer Verminung des Persischen Golfs hat den Konflikt der amerikanischen Supermacht mit dem Iran erneut verschärft. Und nach wie vor ist die Mobilmachung Washingtons im Mittleren Osten begleitet von einer schrillen Kriegshetze gegen das Khomeiny-Regime, in die längst die gesamte westliche Propaganda eingefallen ist. Worum geht es bei diesem Konflikt? Können sich die fortschrittlichen Kräfte uneingeschränkt mit dem Iran solidarisieren, angesichts der Tatsache, daß an der Spitze des Landes der Ayatolla Khomeiny steht? Auf diese Fragen wollen wir in dem nachfolgenden Artikel antworten.

Worum geht es also? Würde man der bürgerlichen Propaganda glauben, dann hätte erst die Teheraner Botschaftsbesetzung vor einem Vierteljahr die Krise heraufbeschworen und die amerikanischen „Gegenmaßnahmen" ausgelöst. Aber das ist nur eine von unzähligen Lügen, die gegenwärtig unters Volk gebracht werden. Denn erstens begann der militärische Aufmarsch der USA gegen den Iran schon lange **vor** dem Sturm auf die Botschaft von Teheran (siehe auch den Artikel auf der gegenüberliegenden Seite).

Und zweitens führt die amerikanische Supermacht schon seit Jahrzehnten einen blutigen Krieg gegen das iranische Volk. Denn es war der US-Geheimdienst CIA, der seit 1953 die rechtmäßige Regierung Mossadegh stürzte und den Schah Reza Pahlevi auf den Pfauenthron setzte. Mit diesem faschistischen Putsch (der übrigens in der Teheraner US-Botschaft organisiert wurde) sicherten sich die amerikanischen Ölmonopole den Zugriff auf die iranischen Erdölquellen. Und in der Folgezeit sorgte Pahlevi mit blutiger Hand dafür, daß das Land unter der Herrschaft des amerikanischen Imperialismus blieb.

Die Verbrechen dieses Despoten waren seit langem bekannt. Jede oppositionelle Regung im Iran wurde grausam unterdrückt. Armee- und polizeitruppen schossen unbewaffnete Demonstranten zusammen; unzählige Patrioten wurden in den Folterkerkern des SAVAK zu Tode gequält. Und das alles geschah, damit die Profite aus der Plünderung der iranischen Ölfelder ungestört in die Kassen der Rockefeller und Co. fließen konnten. **Und als es geschah, hörte niemand von einer Menschenrechtskampagne des Sekten-Predigers Carter. Da gab es nicht das tägliche Aufheulen von „Bild" oder „Tagesschau", wie es dann später gegen Khomeiny zur Regel wurde. Die Blutlachen auf den Straßen Teherans, die verstümmelten Leichen in den Folterkammern — das war kein Thema für die gleichgeschaltete Propaganda.**

US-Botschaft — Spionagezentrum

Angesichts dieser Tatsachen ist es bitterer Hohn, wenn heute die Imperialisten und ihre bezahlten Propagandaschreier sich gegenüber dem Khomeiny-Regime zu Verfechtern der Menschenrechte aufwerfen. Genauso ist es ein billiger Propagandatrick, wenn Carter mit tränenreicher Stimme beteuert, er müsse seine Militärmaschine in Gang setzen, um das Leben der „Geiseln" in der Teheraner Botschaft zu retten. Der gleiche Carter, der im letzten Winter ohne mit der Wimper zu zucken Waffenlieferungen in den Iran unterzeichnete, mit denen Pahlevi sein Volk niedermachen ließ!

Und abgesehen davon sind ja die Mitarbeiter der Teheraner Botschaft wirklich nicht die unschuldigen Lämmer, als die man sie uns verkaufen möchte. Die Botschaft war ein Spionagezentrum, von dem aus schwere Verbrechen gegen das iranische Volk vorbereitet und durchgeführt wurden. Über eine der „Geiseln", den CIA-Offizier William Daugherty heißt es etwa in einem Telegramm, das der frühere amerikanische Geschäftsträger Bruce Laingen nach Washington sandte: „Daugherty verfolgt ein neues Programm, in dessen Rahmen er selbst mitarbeitet." Man kann sich unschwer ausrechnen, daß dieses Programm einen ähnlichen Charakter haben sollte wie das oben erwähnte von 1953!

Es ist völlig legitim, wenn die iranische Regierung alle diejenigen, die der Mitarbeit für den CIA und der Verschwörung gegen den Iran überführt sind, vor ein Gericht stellt. Genauso gerechtfertigt ist auch die gegenwärtig erhobene Forderung nach Auslieferung des Massenmörders Reza Pahlevi und nach Überführung der von ihm außer Landes gebrachten Reichtümer in den Iran.

Die imperialistische Propaganda will den Werktätigen der westlichen Welt einreden, durch die revolutionären Ereignisse im Iran sei ihre Sicherheit gefährdet worden: nämlich die uneingeschränkte Herrschaft der imperialistischen Mächte und Monopole über die Länder am Persischen Golf und deren Ölquellen. Mit dem Sturz ihres Bluthundes Reza Pahlevi haben sie ihre Kontrolle über den Iran verloren. Und alle Maßnahmen, die von ihnen gegenwärtig ergriffen werden — vom Wirtschaftsboykott bis zur Vorbereitung der militärischen Invasion — dienen nur diesem einen Ziel, die verlorenen Positionen im Iran zurückzuerobern. Die Hetze, die gegenwärtig gegen das Khomeiny-Regime betrieben wird, ist nur das Beiwerk dazu. Sie soll zum einen den wirklichen Charakter der Auseinandersetzung vertuschen und zum anderen die Werktätigen in den imperialistischen Ländern psychologisch auf einen offenen Krieg gegen den Iran vorbereiten.

Angesichts dieser Kriegsvorbereitungen der amerikanischen Supermacht gegen ein Land, das sich gerade erst in opferreichen Kämpfen aus ihren Klauen befreit hat, kann niemand neutral bleiben. Es gilt, mit allem Nachdruck und ohne Einschränkung Position an der Seite des iranischen Volkes zu beziehen.

Khomeiny — schlimmer als der Schah?

Aber hier stellt sich natürlich die Frage nach der Person und dem Regime des Ayatollah Khomeiny, der ja nun einmal an der Spitze des Staates und auch an der Spitze der antiamerikanischen Bewegung steht, die sich im Zusammenhang mit der Botschaftsbesetzung in den gewaltigen Aufmärschen von mehreren Millionen Menschen ausdrückte. Viele Werktätige in unserem Land, die zunächst die iranische Revolution und den Sturz des Schahs mit Sympathie verfolgt haben, stehen der gegenwärtigen Entwicklung im Iran ablehnend oder gar feindselig gegenüber. Khomeiny, so meinen sie, sei ja auch nicht besser — eher noch schlimmer — als der Schah. Und zudem hat es auch noch den Anschein, als sei der aktuelle Konflikt mit der amerikanischen Supermacht durch die Halsstarrigkeit des Ayatollah immer weiter verschärft worden.

Nun ist es nur verständlich, daß solche Dinge wie das religiöse Eiferertum Khomeinys die Arbeiter in aller Welt abstoßen. Gerade an dieser ganz normalen klassenmäßigen Ablehnung des religiösen Dunkelmännertums knüpft ja die bürgerliche Hetzpropaganda an, die sich seit Monaten gezielt auf Khomeiny eingeschossen hat. Wir brauchen hier sicher diese allgegenwärtige Propaganda nicht noch einmal darzustellen. Bemerkenswert allerdings ist doch die Tatsache, daß die gleichen religiösen Kräfte, die im Iran verteufelt werden, in Afghanistan, wo sie die sowjetischen Besatzer bekämpfen, zu „moslemischen Freiheitskämpfern" hochgejubelt werden.

Gerade diese Tatsache unterstreicht noch einmal, daß es für die westlichen Imperialisten gar nicht um einen Konflikt mit dem religiösen Fanatismus geht. Sie unterstützen die Moslems in Afghanistan, weil sie diese zu Hilfstruppen in ihrem Kampf gegen die sowjetische Supermacht machen wollen. Und sie bekämpfen das Khomeiny-Regime bis aufs Blut, weil dieses Regime ihnen den Zugriff zu den Ölquellen des Iran verwehrt. Und das ist auch der springende Punkt bei der ganzen Sache, vor allem auch bei der Beurteilung der Kräfte im gegenwärtigen Iran.

Die iranische Revolution

Ist also Khomeiny nur einfach eine neue Ausgabe des Schahs Reza Pahlevi? Hat sich im Iran trotz der Revolution vom Februar nichts Entscheidendes geändert? Um diese Fragen zu beantworten, müssen wir noch einmal zu dem zurückkommen, was eingangs dargestellt wurde. Pahlevi war der Statthalter Washingtons. Sein blutiges Regime war ein Werkzeug der amerikanischen Supermacht, mit dem sie das Volk grausam niederhielt, sich militärisch in der Region festsetzte und sich am iranischen Öl bereicherte. Und die revolutionären Ereignisse vom Februar hatten eben nicht den Charakter eines Staatsstreiches, bei dem nur die reaktionären Cliquen an der Spitze ausgetauscht wurden.

Es handelte sich vielmehr um eine wirkliche Volksrevolution, in deren Verlauf die Millionenmassen im Kampf mobilisiert wurden, eine Revolution, die alle zum Imperialismus in Gegnerschaft stehenden Klassen umfaßte und die auch große gesellschaftliche Umwälzungen mit sich brachte. Ihr wichtigstes Ergebnis war es eben, daß die uneingeschränkte Macht des Imperialismus gebrochen und so dem Land der Weg in eine wirkliche nationale Unabhängigkeit geöffnet wurde. Die iranische Revolution hat dem Imperialismus an einer für ihn entscheidenden Stelle die Klauen gestutzt — darin liegt auch ihre große Bedeutung für den revolutionären Prozeß auf der ganzen Welt.

Und gegenwärtig geht es bei den Auseinandersetzungen um den Iran um nichts anderes als um die Frage, ob dieses wichtigste Ergebnis der iranischen Revolution wieder rückgängig gemacht werden kann oder nicht; ob es dem Imperialismus gelingt, seine Macht erneut auf den Iran auszudehnen oder ob er sich von dort zurückziehen muß. Und — wie gesagt — es handelt sich bei dieser Frage nicht nur um die Zukunft des Iran. Es geht auch um unsere eigene, um die Zukunft aller Völker der Welt. Denn gelingt es den iranischen Massen, den gegenwärtigen Kampf mit der amerikanischen Supermacht siegreich auszufechten, dann würde das die Macht des Imperialismus begrenzen, seinen Spielraum einengen und der revolutionären Bewegung auch in anderen Ländern einen neuen Aufschwung geben.

Khomeiny verteidigt die nationale Unabhängigkeit

Im Rahmen der hier aufgerissenen Fragestellung muß man heute die Rolle des Khomeiny-Regimes sehen. Und die Tatsachen sind offensichtlich: Zum einen ist dieses Regime aus der revolutionären Erhebung des Volkes hervorgegangen und hat sich schließlich an ihre Spitze gestellt; ungeachtet der Tatsache, daß die gesellschaftlichen Vorstellungen des Ayatollah andere sind als die eines großen Teils der iranischen Werktätigen. Zum anderen nimmt das Regime bis jetzt eine eindeutige Kampfstellung gegen die amerikanische Supermacht ein und hat sich trotz Blockade und Invasionsdrohungen von ihr nicht in die Knie zwingen lassen. Außerdem hat Khomeiny auch alle Versuche der anderen Supermacht energisch zurückgewiesen, die Aggression der westlichen Imperialisten für die eigene Einflußnahme im Iran auszunutzen.

Insofern muß man sagen, daß Khomeinys Regime in der gegenwärtigen Situation die nationale Unabhängigkeit des Landes gegen den drohenden imperialistischen Zugriff verteidigt; daß es somit gerade in der jetzigen Frontstellung — wo sich das iranische Volk und sein Hauptfeind, der US-Imperialismus unversöhnlicher denn je gegenüberstehen — die Interessen des Volkes verkörpert.

Über diese grundlegende Tatsache darf man sich auch durch die religiöse und antikommunistische Haltung Khomeinys, die natürlich auch von uns verurteilt wird, nicht hinwegtäuschen lassen. Daß heute der Ayatollah an der Spitze der antiimperialistischen Massen des Iran steht, ist das Ergebnis des Verlaufs, den die Revolution in diesem Land genommen hat. Der wesentliche Faktor dabei war die Tatsache, daß es der Arbeiterklasse und ihrer Partei, der Kommunistischen Arbeiter- und Bauernpartei, bislang nicht gelungen ist, die Führung im revolutionären Prozeß zu übernehmen. Letztlich kann im Iran die Revolution nur unter der Hegemonie des Proletariats siegen. Dafür kämpft unsere iranische Bruderpartei. Gegenwärtig steht vor dem ganzen iranischen Volk gebieterisch die Notwendigkeit, die antiimperialistische Einheit zu schmieden, dem Feind keinen Spielraum für Spaltungsmanöver zu geben und mit vereinter Kraft die amerikanische Aggression zurückzuschlagen. Und in diesem Kampf wird sich das Proletariat stählen, seine Kräfte neu gruppieren, wird es besser erkennen lernen, wer Freund und Feind ist — alles Voraussetzungen dafür, daß es sich die Führung der revolutionären Bewegung erobern kann.



Den imperialistischen Kriegshetzern entgegentreten!

Welchen Verlauf der revolutionäre Prozeß im Iran nehmen wird, darüber entscheiden natürlich nicht wir oder andere fortschrittliche Kräfte im Ausland, sondern einzig und allein das iranische Volk selbst. Wir müssen uns auf die Aufgaben besinnen, die uns in dieser Frage für den Iran und für den antiimperialistischen Kampf in der ganzen Welt so entscheidenden Situation zukommen. Es muß an dieser Stelle auch erwähnt werden, daß der „Rote Morgen" in den letzten Monaten nicht immer auf der Höhe dieser Aufgaben stand. Obwohl wir stets die amerikanische Aggression in aller Entschiedenheit verurteilt haben, waren auch wir in gewisser Weise der oben beschriebenen Anti-Khomeiny-Hetze erlegen. Das drückte sich dann etwa darin aus, daß wir die Schläge sozusagen nach beiden Seiten, gegen Washington und gegen Teheran, verteilt haben.

Aber — wie gesagt — es kann in diesem Kampf keine Neutralität geben. Alle Kräfte müssen jetzt darauf konzentriert werden, der imperialistischen Kriegshetze entgegenzutreten und die ungeschränkte Solidarität mit dem kämpfenden iranischen Volk herzustellen. Für uns heißt das natürlich an erster Stelle, daß wir alle Maßnahmen bekämpfen, mit denen sich der Bonner Staat an den Versuchen der amerikanischen Supermacht beteiligt, die iranische Revolution zu erdrosseln.

Hände weg vom Iran!

Es lebe der heldenhafte antiimperialistische Kampf des iranischen Volkes!



Den Völkern des Iran war stets klar, wer ihr Hauptfeind ist: Eine Flagge der US-Imperialisten wird verbrannt, im Januar 1979.

Seit dem Sturz des Schahs

Der Iran wird eingekreist

Chronologie der Ereignisse

Der Sturz des faschistischen Diktators Reza Pahlevi Anfang 1979 hat den Machtpositionen der westlichen Imperialisten, vor allem der USA, einen schweren Schlag versetzt. Denn mit dem Sturz dieser blutrünstigen Clique war nicht nur der Zugang zum iranischen Öl, über Jahrzehnte hinweg Quelle von Milliardenprofiten für die angloamerikanischen Ölmonopole, beseitigt, sondern auch eine regionale militärische Großmacht, die von den USA mit über 30 Milliarden Dollar zum Hilfspolizisten aufgerüstet wurde.

Zahllose diplomatische, politische, militärische und wirtschaftliche Maßnahmen wurden seitdem, vor allem von den USA-Imperialisten und unter ihrem Kommando von den britischen Imperialisten, sowie den reaktionären feudalen Königen und Scheichs der arabischen Länder, den israelischen Zionisten und den ägyptischen US-Lakaien durchgeführt. Ihr gemeinsames Ziel: Niederschlagen der Revolution im Iran und der nationalrevolutionären Bewegung in Arabien.

Die folgende Chronik soll diese Entwicklung verdeutlichen.

6. März 1979: Das Kriegsministerium der USA gibt bekannt, daß eine neue Flotte für den Indischen Ozean organisiert werden soll, die Fünfte Flotte der US-Navy; als Vorbereitung dazu werden bis Herbst die zwei größten US-Flugzeugträger, Midway und Kitty Hawk, samt mehreren Dutzend Begleitschiffen in den Persischen Golf entsandt;

18. März 1979: Die „New York Times" veröffentlicht einen Us-Regierungsbericht, in dem die Höhe der Militärhilfe und Waffenlieferungen der USA an die Anliegerstaaten des Golfs bekanntgegeben werden. Hatten sie in den Jahren 1976 und 1977 zusammen 7,5 Milliarden Dollar betragen (plus 10,4 Milliarden Mark für den Schah), so werden sie 1978 und 1979 zusammen 19 Milliarden Dollar betragen;

Im März 1979: Die ägyptische Regierung gibt bekannt, daß sie, laut Vertrag von den USA bis 1984 Waffen und Militärhilfe in Höhe von 10 Milliarden Dollar erhalten wird;

1. April 1979: In Saudi-Arabien wird die allgemeine Wehrpflicht eingeführt; zur selben Zeit gibt die Regierung bekannt, daß im Osten des Landes eine Militärstadt für 8,5 Milliarden Dollar geschaffen werden soll; der Militäretat des Landes wird um 23 Prozent erhöht und umfaßt 33,8 Prozent des Staatshaushalts;

7. April 1979: Die Regierung Bahrains gibt bekannt, daß sie den Militärhaushalt des Landes um 180 Prozent erhöhen werde;

15. April 1979: Die USA bewilligen eine Sondermilitärhilfe an Oman und Nordjemen von je 250 Millionen Dollar ab sofort; fort;

Im April 1979: In der amerikanischen Presse wird von verschiedenen Senatoren die Meldung lanciert, man werde beantragen, eine unilaterale (also nicht der NATO unterstellte) Eingreiftruppe von 110000 Mann aufzubauen;

18. Mai 1979: Oman erweitert seinen Militärhaushalt auf über 40 Prozent der Staatsausgaben und verstärkt seine Armee auf 20000 Mann, die von 715 britischen Offizieren als Berater kommandiert werden;

Im Juni 1979: Die saudische Armee führt im Raum Assir das größte Militärmanöver der arabischen Geschichte durch; dazu werden alle Golfstaaten außer Iran eingeladen; vor Regierungs- und Militärdelegationen dieser Staaten macht die Regierung Saudi-Arabiens den Vorschlag, über die Gründung eines gemeinsamen regionalen Militärpakts zu verhandeln;

2. Juli 1979: Die größte britische Versicherungsgesellschaft „Lloyds" erhöht die Versicherungsprämie für Schiffe, die die Straße von Hormus befahren, da dies eine Kriegszone sei;

5. Juli 1979: Die „New York Times" meldet, daß die 82. Luftlandedivision in Fort Bragg als erster Bestandteil der Eingreiftruppe einsatzbereit ist;

Im August 1979: Die US-Basis Diego Garcia im Indischen Ozean wird personell um 1000 Soldaten verstärkt; auch die britischen Truppen, die sich dort unter amerikanischem Kommando befinden, werden verstärkt;

29. September 1979: Die Konferenz zur Schaffung eines regionalen Militärpakts, die in Saudi-Arabien stattfindet, scheitert am Einspruch des Irak und Kuweits, die beide die absolute Vorherrschaft Saudi-Arabiens als neue regionale Großmacht fürchten;

16. Oktober 1979: Der Sultan Qabus von Oman schlägt vor, anstelle des Paktes die USA, Großbritannien und die Bundesrepublik aufzufordern, Truppen an den Golf zu schicken, was am selben Tag von verschiedenen anderen Regierungen abgelehnt wird; drei Tage später bittet der Sultan die britische Armee, ein Truppenkontingent in sein Land zu schicken, was vertraglich vereinbart wird;

20./21. Oktober 1979: In Bahrain beteiligen sich mehr als 10000 Menschen an zwei Demonstrationen gegen den USA-Imperialismus, für die Solidarität mit der iranischen Revolution; die Polizei, ebenfalls mit britischen Offizieren durchsetzt, erschießt drei Demonstranten; in den Monaten vorher hatten bereits drei große Demonstrationen stattgefunden;

Im Oktober 1979: Die Überwachung der 75000 bei der Arabian-American Oil beschäftigten Palästinenser wird durch ein Regierungsdekret verschärft, nachdem dort mehrere proiranische Kundgebungen stattfanden;

Im Oktober 1979: Die britische Militärbasis Jufair in Bahrain wird verstärkt ausgebaut, die Landerechte für die US-Flotte in Bahrain werden erweitert; 250 britische Spezialisten werden nach Qatar und den Vereinigten Arabischen Emiraten gesandt;

Im Oktober 1979: Die gemeinsame amerikanisch-britische Militärbasis Massira in Dhofar wird personell verdoppelt;

16. November 1979: Rund 15000 Menschen beteiligen sich in Kuweit an einer Demonstration gegen den USA-Imperialismus; die Demonstration wird verboten und von der Polizei aufgelöst; im Anschluß daran werden mehrere Universitätsprofessoren, darunter der Führer einer sozialdemokratischen Organisation, der Politikwissenschaftler Nafissi, verhaftet;

27. November 1979: In Saudi-Arabien rufen verschiedene religiöse und gesellschaftliche Organisationen zu einem „Kämpftag gegen den USA-Imperialismus" auf, in dessen Verlauf unter anderem die Saudi-British-Bank zerstört wird; 20000 Soldaten werden im Lande eingesetzt, um die Ruhe herzustellen, was nach verschiedenen Angaben 150 Tote kostet;

Im Dezember 1979: Nach der Besetzung der Teheraner Spionagezentrale der USA durch antiimperialistische Demonstranten Anfang November peitschen die Massenmedien der USA eine nationale Hysterie auf, die an sechs Universitäten zur Verfolgung iranischer Studenten führt; die Carter-Regierung geht zur offenen Bedrohung des Irans und zur direkten Vorbereitung der militärischen Aggression über; die Armeeverwaltung organisiert eine landesweite Kampagne zur Rekrutierung für die Armee, deren Zugangszahlen in einzelnen Staaten im Verlauf des Dezembers um mehr als 50 Prozent über dem Durchschnitt liegen; der drittgrößte US-Flugzeugträger Nimitz wird in den Persischen Golf gesandt;

Im Dezember 1979: Die USA beginnen die Organisierung der Wirtschaftsblockade gegen Iran und verstärken ihre Flotte am Persischen Golf weiter, vor allem durch Minenlegboote; „Lloyds" erhöht abermals den Preis für die Versicherung der Schiffe bei der Fahrt durch die Straße von Hormus, da dies jetzt eine „akute Kriegszone" sei;

Ende Dezember 1979: Das Oberkommando der Navy-Einheiten im Indischen Ozean auf dem Stützpunkt Diego Garcia wird verstärkt; 600 weitere technische Offiziere werden der Saud-Armee zur Verfügung gestellt;

Ende Dezember 79/Anfang Januar 80: Nach dem Überfall der sowjetischen Sozialimperialisten auf Afghanistan wird bekannt, daß die USA-Imperialisten ihrerseits seit längerem Geheimverhandlungen über neue Stützpunkte in Nah- und Mittelost führen; neben Ägypten und Israel erklären sich auch Somalia und Kenia bereit, vier bzw. zwei Stützpunkte zur Verfügung zu stellen;

Anfang Januar 1980: Nach dem Besuch einer amerikanischen diplomatischen Mission im Lande ruft die Regierung Saudi-Arabiens zu einer „Allislamischen Staatenkonferenz" auf, die sich gegen die sowjetischen Sozialimperialisten richten und eine gemeinsame Verteidigung für das arabische Öl organisieren soll;

Im Januar 1980: Die Militärhilfe für Israel wird für das laufende Jahr erhöht, so daß bis Oktober 1980 der amerikanische Betrag für Israels Rüstung seit dem Krieg von 1973 die Summe von 12 Milliarden Dollar übersteigt;

Die amerikanische Regierung droht offen mit der Verminung der Straße Hormus.

1 Tansania, 2 Kenia, 3 Somalia, 4 Äthiopien, 5 Djibouti, 6 Sudan, 7 Ägypten, 8 Jordanien, 9 Syrien, 10 Türkei, 11 Irak, 12 Iran, 13 Saudi-Arabien, 14 Nordjemen, 15 VR Jemen, 16 Oman, 17 Abu Dhabi und Vereinigte Arabische Emirate, 18 Bahrain, 19 Afghanistan, 20 Pakistan, 21 Indien, 22 Sowjetunion, 23 Diego Garcia.
Rote Quadrate = Stützpunkte und Basen der USA bzw. Großbritanniens
Schwarze Kreise = Stützpunkte und Basen der Sowjetunion
x = Straße von Hormus
Die USA verfügen an der afrikanischen Westküste über 8 bis 9 Basen, auf der arabischen Halbinsel gemeinsam mit Großbritannien über 8 Basen; Kommandozentrale ist Diego Garcia.
Die UdSSR verfügt über Stützpunkte und Basen in Äthiopien, Aden (VR Jemen), der dazugehörenden Insel Sokotra sowie Lande- und Hafenrechte in Indien, Irak und Syrien und über massierte Truppen in Afghanistan.

Westdeutscher Geheimdienst beteiligt

CIA-Agent mit deutschem Paß

Neuer Beweis für Spionage, getarnt durch diplomatischen Dienst

TEHERAN. — Unter den zahlreichen Beweisen, die die Besatzer der US-amerikanischen Botschaft in Teheran für die Spionagetätigkeit des CIA vorlegten, ist jetzt auch ein Dokument, das der Bundesregierung sehr peinlich ist. George E. O'Keefe, als zweiter Botschaftssekretär getarnter Agent des CIA in Teheran, war im Besitz eines bundesdeutschen Passes. Der Ausweis für „Josef Markus Schneider" wurde vom Verfassungsschutz in Hannover besorgt.

Laut einem Bericht der Zeitschrift „Stern" gehört dieses Vorgehen zum Alltag der Geheimdienste, Amtshilfe genannt. Daß dieser Paß kein Zufall war, zeigt sich sowohl daran, daß er vor O'Keefes Abreise in den Iran verlängert wurde, als auch daran, daß der Agent zudem noch einen Hamburger Führerschein und eine Hannoveraner Fahrlizenz besaß. Alles dies sowie die Tatsache, daß O'Keefe wirklich ein CIA-Spion ist, wurde von westdeutschen Agenten eingestanden. Diese beklagten sich nur darüber, daß der CIA-Mann die „üblichen Spielregeln" verletzt und den bundesrepublikanischen Paß nicht rechtzeitig vernichtet habe.

Die Bundesregierung plagt jetzt die große Sorge, ob ihr Ansehen im Iran darunter leiden werde. Was allerdings sehr wahrscheinlich ist, da es sich nicht um eine Neuigkeit handelt. Seit langem ist bekannt, daß in der Bundesrepublik die faschistische Mörderbande des SAVAK früher ein ideales Betätigungsfeld fand und jede offizielle Unterstützung bekam, die verlangt wurde. Ebenso weiß noch jeder aufmerksame Zeitungsleser von der Kampagne zum Schutz westdeutscher SAVAK-Killer nach dem Sturz des Schahs im letzten Jahr. Mit der Hilfe für die CIA, bei deren krimineller Tätigkeit gegen die iranische Revolution, setzen die westdeutschen Imperialisten also nur ihren alten Kurs fort.

Interessant in diesem Zusammenhang ist auch das Eingeständnis eines Beamten des Bonner Auswärtigen Amtes gegenüber dem „Stern", Spione als Diplomaten bei den Botschaften zu tarnen, sei allgemein üblich.

So ist zum Beispiel Cyrus Vance, US-Außenminister seit 1957, mit geheimdienstlicher Arbeit befaßt. Der frühere Chefjurist des Morgan Guarantee Trust wurde damals Mitglied der Kommission des US-Senats für „bewaffnete Dienste". 1961 wurde er Mitglied des Generalrats des Pentagon und 1966 der Gruppe 54-12, des damaligen Beratungsorgans des CIA, der auch Nelson Rockefeller angehörte.

Auch der frühere Kriegsminister und heutige Weltbankpräsident Robert McNamara, früher Professor der Verwaltungskunde und Chefjurist der Ford Motor Company, war, seit 1943, als Oberst der Air Force, geheimdienstlicher Sonderberater des Kriegsministeriums und später auch Mitglied des National Security Council, des nationalen Sicherheitsrats, der über die Arbeit der Geheimdienste beschließt.

Offizielle Berater des CIA für Wirtschaftsfragen und erdölproduzierende Länder waren unter anderem Paul Mellon, seit 1946 Direktor der Mellon National Bank and Trust Company, Pittsburgh, (Gulf Oil, Texaco) und George V. Myers, seit 1956 Direktor der Standard Oil Company, die beide verschiedene US-amerikanische Wirtschaftsdelegationen im Nahen und Mittleren Osten leiteten.

Der frühere 1. Sekretär der Teheraner Botschaft, R. C. Mudd, war seit 1951 Agent des CIA, der frühere Vizekonsul von Täbris, W. K. Johnson, war seit 1951 Agent des militärischen Geheimdienstes MIS, und auch der frühere Beamte der Teheraner Botschaft und spätere Konsul von Chiengmai, G. M. Barbis, war seit dem Jahre 1962 Offizier der CIA.

Diese wenigen Beispiele, die sich endlos verlängern ließen, auch um sehr bekannte Namen nicht nur aus der Diplomatie, sondern auch aus dem Zeitungswesen und dem Hochschulleben, zeigen noch einmal mit aller Deutlichkeit, wer die Regeln des diplomatischen Vorgehens — ständig und von jeher — in krimineller Weise gebrochen hat und weiter bricht.

Es sind die verschiedenen imperialistischen Mächte, im Iran, allen voran die USA-Imperialisten.

Italien, Frankreich, Spanien, Britannien, Griechenland

Breite Streikbewegung in West- und Südeuropa

Der Kampf gilt den Krisenmaßnahmen der Kapitalisten

In verschiedenen europäischen Ländern sind in den letzten Tagen und Wochen zahlreiche Kampfaktionen der Arbeiterklasse organisiert worden, um den Krisenmaßnahmen des Kapitals zu begegnen. Neben dem großen Streik der britischen Stahlarbeiter, der nun in die vierte Woche geht, ragen vor allem verschiedene befristete Generalstreiks in Italien, der neue Eisenbahnerstreik in Frankreich und der Streik in den SEAT-Werken von Madrid hervor. Allen diesen Kämpfen ist gemeinsam, daß sie sich sowohl gegen Inflation als auch gegen Arbeitsplatzvernichtung richten, was auch für den Streik bei der griechischen Post gilt.

Stahlstreik wird ausgeweitet

Seit mehreren Wochen streiken nun 110 000 britische Stahlarbeiter des staatlichen Monopolbetriebs British Steel Corporation gegen die Entlassungspläne für 53 000 Kollegen, für eine Lohnerhöhung von 20 Prozent. Jetzt haben auch die kleineren Facharbeitergewerkschaften der Stahlbetriebe, die „craftwork unions" den Streik beschlossen ebenso wie die Arbeiter der südwalischen Betriebe. Und auch bei den privaten Stahlwerken wird zunehmend gestreikt.

Die Transportarbeitergewerkschaft organisiert die Solidarität, indem gemeinsam mit Streikposten der Stahlarbeiter die Räumung der Lager der Stahlgroßhandlungen und der Häfen verhindert wird.

Auf diese sogenannten fliegenden Streikposten, die auch vor den Toren nichtbestreikter Privatfirmen den Streikbruch verhindern, konzentriert sich die Hetze der britischen Reaktionäre. Das Hetzblatt „Sun", vergleichbar mit der „Bild"-Zeitung, fordert die Regierung auf, gegen solche Streikposten mit Polizeigewalt vorzugehen, was auch bereits geschehen ist und zu bisher zwölf Festnahmen geführt hat. Das gesetzliche Verbot der „fliegenden Streikposten" war der Kernpunkt der neuen Gewerkschaftsgesetze, die die konservative Regierung Thatcher als einen ihrer ersten Gesetzesentwürfe einreichte.

Der Streik der britischen Stahlarbeiter trägt aus verschiedenen Gründen auch einen politischen Charakter. Einmal deshalb, weil die BSC ein staatlicher Betrieb ist. Vor allem aber deshalb, weil er sich direkt gegen das staatliche Spar- und Wiederaufbauprogramm der Konservativen Partei richtet, das mit einem gewaltigen Einsparungsprogramm an den sozialen Errungenschaften der Werktätigen diesen die Lasten der Krise der kapitalistischen Wirtschaft Britanniens aufladen soll. Eine der ersten Maßnahmen der neuen Regierung war es, die Mehrwertsteuer auf 15 Prozent anzuheben, womit kräftig zur weiteren Teuerung beigetragen wurde. Eine weitere war die Abschaffung der kostenlosen Verpflegung der Schulkinder an staatlichen Schulen, was nur die Kinder der Werktätigen betrifft.

Während die britischen Kapitalisten und ihre Presse über die mangelnde Produktivität der Betriebe klagen, fahren sie fort, Arbeitsplätze in großem Ausmaß zu liquidieren, in den letzten dreizehn Jahren allein 117 000 in der Stahlindustrie. Wenige Stahlwerke mit Spezialprodukten in Britannien selbst und wachsende Kapitalausfuhren in halbkoloniale Länder, wo auch zahlreiche Stahlwerke mit britischer Beteiligung entstanden sind, das ist ihre Linie — Britannien ist nach der Schweiz dasjenige Land in Europa, das den höchsten Prozentsatz von Auslandsinvestitionen hat, vor der Bundesrepublik und Frankreich.

Auch die Tatsache, daß die „Big Five", die fünf Großbanken, über die die britischen Finanzmagnaten die Wirtschaft kommandieren, für das Jahr 1979 Rekordgewinne meldeten, widerlegt die Behauptung der Kapitalisten und ihrer Regierung, nur weitere erhöhte Produktivität, die erst wieder zu Gewinnen führen würde, könne höhere Löhne ermöglichen.

Entsprechend dieser Linie der britischen Kapitalisten machten sie am Mittwoch vergangener Woche der Belegschaft des „Teeside"-Werks, des modernsten britischen Stahlwerks, ein höheres Angebot als die bis dahin gebotenen 6 Prozent, die angesichts einer Inflationsrate von fast 20 Prozent glatter Hohn sind — die Belegschaft lehnte ab. Sie verwies darauf, daß der Verhandlungspartner für die Kapitalisten die „Iron and Steel Trade Corporation" ist, die Eisen und Stahlarbeitergewerkschaft und nicht ein einzelner Betrieb. Der Kampf wird weitergehen, trotz der Bemühungen des TUC-Bosses Len Murray, die Wirtschaftskrise als „so schlimm, daß sofort verhandelt werden muß" hinzustellen.

Jetzt hat auch der Europäische Metallarbeiterbund wie auch dessen größte Gewerkschaft, die IG Metall, seine Solidarität erklärt.

Die Arbeiter der Kanal- und Wasserversorgung haben ebenfalls einen Streik beschlossen und fordern 40 Prozent Lohnerhöhung. Auch die Beschäftigten der British Airways organisierten einen Streik.

Die britische reaktionäre Presse mahnt in diesen Tagen, verstärkt nach dem neuen Streikbeschluß, an die sogenannte „Blockade von Saltlay" aus dem Jahre 1972 zu denken. Damals verhinderten die „fliegenden Streikposten" verschiedener Branchen trotz Verbot und Polizeieinsatz den Streikbruch, was zum Rücktritt der damaligen konservativen Regierung Heath führte. Angesichts des Plans der Regierung bis 1981 die Zahl der Arbeitslosen von jetzt 1,3 auf dann 2 Millionen zu erhöhen ist der Haß auf Thatcher tatsächlich schnell gewachsen.



Öffentliche Bedienstete in England — hier im letzten Jahr — haben jetzt ebenfalls den Kampf für höheren Lohn aufgenommen.

Generalstreik in Italien

Für Dienstag, den 15. Januar hatten die drei großen italienischen Gewerkschaften einen eintägigen Generalstreik beschlossen, der vollständig befolgt wurde. Auf drei Kundgebungen demonstrierten mehr als 50 000 Arbeiter, Angestellte und kleine Beamte für ihre Forderung nach einer Lohnerhöhung und gegen die Entlassungspläne der Kapitalisten.

14 Millionen Werktätige streikten an diesem Tag, wobei sie insbesondere die Angriffe der Kapitalisten auf die gleitende Lohnskala geißelten, die erst vor kurzem durch einen siegreichen Streik auch für die Werktätigen des öffentlichen Dienstes vierteljährlich zu einer Anpassung der Löhne an die Inflation führte.

Im Zentrum der Proteste stand insbesondere die Preistreiberei der Ölmonopole, die kurz vor der Jahreswende die Preise abermals erhöht hatten. Ebenso wurde auch eine Steuerreform gefordert, um die Lohnerhöhungen vor steigenden Steuern zu schützen.

Aber auch hier stehen politische Forderungen im Hintergrund des Kampfes. Die Monopolherren und ihre Parteien versuchen seit langem, und zwar mit Unterstützung der sogenannten Kommunistischen Partei Italien, das Streikrecht zu beschränken. Allen voran gehen dabei die beiden mächtigen Finanzgruppen der Agnellis und Medicis. Sie haben in ihren Betrieben, so in den Turiner Fiat-Werken, bereits Arbeiter wegen politischer „Störung des Betriebsfriedens" unter dem Vorwand, es seien Kriminelle, entlassen. Der Generalstreik der 14 Millionen war auch darauf eine klare und eindeutige Antwort der Arbeiterklasse.

Als Ressume schrieb die „Frankfurter Allgemeine Zeitung": „Wehe dem italienischen Minister, der es wagen würde, das Streikrecht anzutasten!"

Spanien: Gegen Arbeiterstatut und Teuerung

Weiterhin im Zentrum der Auseinandersetzung in Spanien steht das neue „Estatuto del Trabajador", das Arbeiterstatut der Suarez-Regierung, mit dem die Rechte der politischen und gewerkschaftlichen Betätigung im Betrieb stark eingeschränkt, die Arbeiter gespalten und durch Kammern reglementiert werden sollen, die von den Kapitalisten beherrscht sind.

Im Dezember demonstrierten mehr als 1 Million spanischer Arbeiter gegen dieses Statut. Sie forderten außerdem als Antwort auf diese Pläne die Führungen der verschiedenen Gewerkschaften auf, Kampfmaßnahmen gegen die Teuerung und für kollektive Tarifverträge zu organisieren. Bei diesen Kämpfen sind jetzt 23 000 Arbeiter des größten Automobilbetriebs des Landes, der Madrider SEAT-Werke, einer Filiale des italienischen Fiat-Monopols, in den Streik getreten, den die sozialdemokratische UGT-Gewerkschaftsführung erfolglos zu sabotieren versuchte.

Auch in Barcelona, Sevilla, Saragossa, Valladolid und Bilbao kam es zu größeren Streiks. Was den SEAT-Streik hervorhebt, ist, daß er, obwohl von den Führern der revisionistischen Arbeiterkommissionen ursprünglich nur für zwei Tage angesetzt, nun schon über eine Woche dauert.



Massendemonstrationen der lothringischen Stahlarbeiter im letzten Jahr. Ihr Kampf hatte, ähnlich wie der der westdeutschen Stahlarbeiter, großen Einfluß auf ein weiteres Anwachsen des Widerstands gegen den Raubzug der Kapitalisten und ihrer Regierung.

Gegen das Sparprogramm der Regierung

In Frankreich wurde der seit einiger Zeit immer wieder aufflackernde Kampf der Eisenbahner gegen die Vernichtung von 10 000 Arbeitsplätzen in der letzten Woche durch einen eintägigen Totalstreik fortgesetzt. Das Sparprogramm der Regierung sieht Stellenstreichungen in allen Sektoren des öffentlichen Dienstes außer bei der Polizei und anderen „Ordnungskräften" vor, wobei der Plan für die Eisenbahn der krasseste ist.

In der Pariser Gegend sind jetzt 13 Betriebe besetzt, um die Vernichtung von 2 000 Arbeitsplätzen in verschiedenen Kleinbetrieben zu verhindern, nachdem in dieser Region seit 1974 bereits 150 000 Stellen gestrichen wurden.

Ebenfalls verstärkt hat sich der Kampf für einen gesetzlichen Mindestlohn von 3 000 Francs, an dem sich im Dezember und Januar mehr als 250 000 Werktätige aktiv beteiligten, insbesondere viele Frauen. Zu Beginn des Jahres hatte das französische Parlament den Haushaltsentwurf des Ministerpräsidenten Barre abgelehnt. Nicht, wie ausdrücklich erwähnt wurde, wegen grundlegender Differenzen, sondern weil genau gesichert sein müßte, wie die Staatseinnahmen, sprich Steuern, gesteigert werden sollten. Eine Forderung die nur wenige Tage zuvor von Çeyrac, dem Boß des Kapitalistenverbandes erhoben worden war. Als Antwort darauf erhoben Zehntausende von Streikenden in Paris die Forderung nach einer Steuerreform zugunsten der Arbeiterklasse.

Kämpfe in Griechenland, den Niederlanden und Portugal

In diesen beiden Ländern planen die Kapitalisten seit längerem die Einführung von Lohnstopps, bzw. sind ihre Regierungen bereits darangegangen, sie durchzuführen.

In den Niederlanden sind nach dem Streik der Hafenarbeiter in Rotterdam, der sich ja schon gegen die Lohnstopppolitik der van Agt-Regierung richtete, auch die öffentlichen Bediensteten mehrerer Städte in kurze Streiks getreten, um Lohnerhöhungen zu fordern.

In Griechenland gab es in der vergangenen Woche Vollstreiks der Post-, Eisenbahn- und Elektrizitätswerksangestellten, die sich gegen die Teuerung und Arbeitsplatzvernichtung im öffentlichen Dienst richtet.

Im neuen Jahr in den Streik getreten sind auch die Beschäftigten der „Transportes Aereos Portugueses", die sich gegen Lohnkürzungen und Stellenstreichungen zur Wehr setzen, die die neue Rechtsregierung in ihrem „Programm zum Abbau des Bürokratismus" plant.

Überall: Angriffe der konservativen Parteien

Allen diesen aufgezählten Streiks in den verschiedenen Ländern, trotz unterschiedlicher Stärke und politischer Bedeutung, ist eines gemeinsam: Die Arbeiterklasse und die Werktätigen wehren sich gegen massive staatliche Krisenprogramme, die allein auf Kosten der arbeitenden Menschen wirtschaftliche Schwierigkeiten des Kapitalismus lösen wollen, zum Wohle des Profits des Finanzkapitals und der Bourgeoisie.

Überall werden diese Angriffe von Parteien vorgetragen, die der sogenannten „Konservativen Internationale" angehören, den reaktionären offen prokapitalistischen Parteien. Und überall ist der sogenannte Antibürokratismus der Kernpunkt des Programms: Abbau von sozialen Errungenschaften, Arbeitsplatzvernichtung — vor allem im öffentlichen Dienst, staatliche angeheizte Inflation.

Die Tatsache, daß die Arbeiterklasse diesen Angriffen in ganz Europa mit einer stark anwachsenden Zahl von Streiks begegnet, ist ein Hinweis für die bevorstehende weitere Verschärfung des Klassenkampfes in Europa, die schon jetzt sichtbar ist und noch deutlicher werden wird im Laufe des Jahres 1980.

Rote Garde in Aktion

Trotz Hausverbot für die Rote Garde

Lehrlingstreffen durchgeführt

STUTTGART. — Die Rote Garde Stuttgart hatte sich vorgenommen, am 18. Dezember des letzten Jahres im Jugendhaus Ost in der Gerokstraße einen Lehrlingstreff durchzuführen. Die Genehmigung des Jugendhauses lag seit dem 30. Oktober vor.

Auch der Vorstand des Jugendvereins, der für das Jugendhaus zuständig ist, hatte damals seinen Segen gegeben.

Doch in der Adventszeit hatte offenbar ein Sinneswandel stattgefunden. Jedenfalls wurde der Hausleiterin am 12. Dezember vom Vorstand per mündlicher Dienstanweisung verboten, die Rote Garde zum vereinbarten Termin in das Jugendhaus zu lassen.

Die jungen Genossen reagierten prompt. Zunächst beauftragten sie einen Rechtsanwalt, eine einstweilige Verfügung gegen das Hausverbot des Jugendvereins zu erwirken. Das Gericht lehnte ab.

Trotzdem mobilisierte die Rote Garde die Lehrlinge zunächst zum Jugendhaus, um den Treff dann gezwungenermaßen im Parteibüro der KPD/ML durchzuführen. Man war sich einig, trotz aller Schikanen das öfteren solche Treffs durchzuführen. Man war sich ebenfalls einig, offensiv gegen das Hausverbot vorzugehen.

„Es ist unser Recht, uns in den öffentlichen Jugendhäusern zu versammeln. Für wen sind sie denn sonst da, wenn nicht für die Jugendlichen?", schreiben die Genossen in einem Flugblatt. Weiter heißt es:

„Heute wird die Rote Garde in den Jugendhäusern verboten. Morgen sind es vielleicht schon andere fortschrittliche Jugendorganisationen. Besonders der CDU-Stadtrat wird nicht haltmachen und versuchen, alle, die den Bossen mißliebig sind, den Mund zu verbieten. Deshalb ist es höchste Zeit, gemeinsam zu handeln.

Wir rufen alle Jugendorganisationen, Lehrlinge und Schüler auf, gegen diesen Beschluß des Vorstandes anzugehen. Gemeinsam sind wir stark. Gegen Bosse und Bonzen im Vorstand des Jugendhausvereins."

Werbung für die VOLKSFRONT

Die Klinkenputzer

RUHRGEBIET. — Die Rote Garde Ruhrgebiet hätte man am Wochenende des 12./13. Januars vergeblich gesucht — zumindest im Ruhrgebiet. Die Genossen waren ausgeschwärmt nach Wesel und Umgebung. Was hatten sie dort zu suchen?

Das hängt zusammen mit einem Beschluß des Zentralkomitees der Roten Garde. Das hatte nämlich auf seinem letzten Plenum alle Mitglieder und Freunde der Roten Garde aufgefordert, den Aufbau der VOLKSFRONT aktiv zu unterstützen. An dem betreffenden Wochenende waren Mitglieder des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der VOLKSFRONT in den Wahlkreisen Wesel I und Wesel II unterwegs, um für ihre Organisation zu werben.

Die Genossen der Roten Garde Ruhrgebiet hatten sich vorgenommen, die Aktion zu unterstützen. Nebenbei wollten sie auch noch Eintrittskarten für den Kongreß gegen Reaktion und Faschismus an den Mann bringen.

Doch das Wetter machte ihnen fast einen Strich durch die Rechnung. Die klirrende Kälte hatte dafür gesorgt, daß die einschlägigen Jugendtreffs in den Einkaufsstraßen (die es mangels Jugendheimen überall gibt) wie leergefegt waren.

Nun — die Genossen bissen in den sauren Apfel und putzten Klinken, gingen von Tür zu Tür, als Vertreter in Sachen VOLKSFRONT. Natürlich war der Erfolg nicht überwältigend. Doch ein anschließender Umtrunk wärmte die Frierenden schnell wieder auf.

Man diskutierte und beratschlagte, wie man die nächste Aktion effektiver gestalten könnte, überlegte, ob man die Sache das nächste Mal nicht besser mit einer zünftigen Veranstaltung verbinden sollte. Denn ein nächstes Mal wird es hundertprozentig geben — darin waren sich alle einig!

Jugendvertreterwahlen 1980

Für aktive und kämpferische Jugendvertretungen!

Gewerkschaftsarbeit verstärken!

„Die regelmäßigen Wahlen der Jugendvertretung finden alle zwei Jahre in der Zeit vom 1. Mai bis zum 30. Juni statt", heißt es im Paragraphen 64 des Betriebsverfassungsgesetzes (BVG). Das Gesetz sieht weiter vor, daß in jedem Betrieb, in dem mehr als fünf Jugendliche unter 18 Jahren beschäftigt sind, Wahlen stattfinden können bzw. müßten.



In jedem Betrieb, in dem mehr als fünf Jugendliche beschäftigt sind, muß eine Jugendvertretung her!

In diesem Jahr ist es wieder soweit, wobei in manchen Betrieben die Wahlen schon im März beginnen werden.

Mit den Wahlen zur Jugendvertretung kommen vielfältige Probleme auf die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter zu.

In vielen Kleinbetrieben wird es darum gehen, das Recht auf eine Jugendvertretung gegenüber dem Chef durchzusetzen.

In Großbetrieben liegen die Probleme wieder anders. Da gibt es zwar fast überall Jugendvertretungen, aber dort besteht oft die Schwierigkeit, Kontakt mit den manchmal über 1000 Jugendlichen in den verschiedenen Abteilungen zu halten. Weiter kann es vorkommen, daß dort die Jugendvertreterposten von karrieresüchtigen Jugendbonzen beherrscht werden, die eine effektive Arbeit der Jugendvertretung blokkieren.

Das Jugendmagazin der Roten Garde hat sich die Aufgabe gestellt, in seiner Februar- und Märzausgabe genauer auf die verschiedensten Probleme in Sachen Jugendvertreterwahl einzugehen. Der „Rote Rebell" fordert seine Leser auf, Kurzinformationen über Erfahrungen, gute wie schlechte, über die in der praktischen Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit zu schikken oder einfach Fragen zu stellen. Wir schließen uns dieser Aufforderung gerne an. Hier die Adresse: Redaktion Roter Rebell, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.

Die Jugendvertretung ist eine betriebliche Einrichtung, deren Bedeutung auf keinen Fall unterschätzt werden darf.

So haben Jugendvertretungen laut Gesetz zum Beispiel das Recht, Jugendversammlungen einzuberufen. Sie haben das Recht, an Betriebsratssitzungen teilzunehmen, allerdings nur dann mit **beschließender** Stimme, wenn es um Jugendbelange geht.

Außerdem sieht das BVG vor, daß die Jugendvertretung per Mehrheitsbeschluß einen Beschluß des Betriebsrats aussetzen kann, wenn dieser die Interessen der jugendlichen Kollegen in erheblicher Weise beeinträchtigt (Paragraph 66, BVG).

Abgesehen davon, daß das BVG auch verschiedene Bestimmungen enthält, die eine effektive Jugendvertretung erheblich beeinträchtigen — zum Beispiel die Eingrenzung der Wahlberechtigten auf Jugendliche unter 18 Jahren, obwohl mancher Lehrling älter ist — stehen auch die brauchbaren Bestimmungen zunächst einmal nur auf dem Papier. Ob sie auch angewendet werden, ist eine ganz andere Frage, eine Frage der Kampfkraft.

Unlösbar verknüpft mit der Frage einer effektiven Jugendvertretung ist die Qualität und der jeweilige Zustand der Gewerkschaftsjugend am Betrieb bzw. am Ort oder in der Verwaltungsstelle. Eine entscheidende Voraussetzung zur Herausbildung einer aktiven und kämpferischen Jugendvertretung ist eine kampfstarke Gewerkschaftsjugend!

Vor diesem Hintergrund aber hat die Jugendvertreterwahl 1980 noch zusätzliche Bedeutung. 1980 ist das Jahr der Kanzlerkandidatur des Gewerkschaftsfeindes Nr. 1 und damit der verstärkten gewerkschaftsfeindlichen Kampagne von rechtsaußen. Gerade die Gewerkschaftsjugend wird von Strauß und Stoiber, allerdings auch von reaktionären Gewerkschaftsführern, vorzugsweise aus den Vorstandsetagen der IG Bergbau und Energie, im besonderen Maße der kommunistischen Unterwanderung bezichtigt.

Unglücklicherweise befleißigt sich auch die DGB-Spitze, insbesondere seit Vetters Wallfahrt zu Strauß, einer zunehmend schärferen Gangart gegen linke und fortschrittliche Funktionäre der Gewerkschaftsjugend, anstatt Front gegen den Angriff von rechtsaußen zu machen. Namen wie Hawreliuk oder „'ran"-Redaktion stehen für diesen gegen die Verteidigung der Einheitsgewerkschaft gerichteten Kurs.

Scharlatane und Bauernfänger unterwegs

Warnung!

Mun-Sekte veranstaltet Haussammlung

Schon morgen kann es passieren, daß ein bestimmt aber liebenswürdig auftretender junger Mann vor deiner Wohnungstür steht und sich als „Missionar einer christlichen Bewegung" vorstellt, die für „Frieden und Liebe in der Welt" eintrete.

Bei einigem Nachhaken wird betreffender „Missionar" sich dann als Mitglied der „Vereinigungskirche" vorstellen. Er wird dir eine Broschüre andrehen wollen und dich mit eindringlichem Blick um eine milde Gabe bitten.

Er wird dabei angeben, daß er für eine „Kindermission" sammelt. Aber Achtung! **Das alles ist erstunken und erlogen.** Ob der „Missionar" vor deiner Tür ebenfalls ein Lügner ist, der es faustdick hinter den Ohren hat; ist wenig wahrscheinlich. Meistens sind diese Leute von geschickten Agenten der „Vereinigungskirche" regelrecht eingewickelt worden, sind ihrer vermeintlichen neuen Heimat regelrecht hörig geworden.

Was steckt hinter der „Vereinigungskirche"?

Gründer und Führer der „Vereinigungskirche" ist der heute etwa 60jährige Koreaner San Myung Mun. Hinter dieser „Religionsgemeinschaft" verbirgt sich bei der Mun-Sekte eine durch und durch faschistische Organisation. Kurz nach Gründung der Sekte 1954 avancierte Mun zum Busenfreund des bereits verblichenen südkoreanischen Diktators Park Chun Hee. Sämtliche Führer sind aktive und überzeugte Faschisten.

Gegenwärtig verstärken die Mun-Leute ihre Aktivitäten. Wenn sie vor deiner Haustür stehen — am besten: Tür zu, und zwar kräftig!

Roter Rebell — Jugendmagazin der Roten Garde



Bestellung an: Verlag Roter Morgen; Postfach 30 05 26; 4600 Dortmund 30; 40 Seiten, Preis nur: 1 Mark.

An alle Theaterfans!

Der Theatertrupp der Roten Garde Ruhr trifft sich regelmäßig dienstags um 18.30 Uhr in Oberhausen. Zur Zeit schreiben wir ein Stück, das den gemeinsamen Kampf gegen Strauß und seine Hintermannschaft zum Inhalt hat. Jeder kann mitmachen. Vor allem Musiker sind gesucht. Übrigens, wir nennen uns *Rote Ruhr Rebellen*. Näheres erfahren kann man über: **Bezirksleitung Rote Garde Ruhrgebiet, Stollenstr. 12, 46 Dortmund 1, Tel.: 0231/83 23 28.**

Volle Kraft voraus — gegen Strauß!

Dieses Jahr wird Dampf gemacht! Da darf es keine Verspätung geben. Kommt, macht mit mit den Roten gegen das braun-schwarze Pack! Gemeinsam schaffen wir es!

Jetzt aber schnell!

○ Ich möchte Mitglied der Roten Garde werden

○ Ich möchte Informationsmaterial über die Rote Garde zugeschickt bekommen

Name
Straße
Plz./Ort

Einsenden an:
ROTE GARDE
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30

In mehreren Artikeln der letzten Zeit hat sich der „Rote Morgen" mit Programm und Ideologie der „Grünen" beschäftigt. In dieser Ausgabe wollen wir uns mit denjenigen auseinandersetzen, die ein Bündnis von grün und rot zur historischen Aufgabe der Linken in der Bundesrepublik erklären und ein solches Bündnis als einzig mögliche Alternative für die diesjährigen Bundestagswahlen feiern.

Die „Grünen" und die „Linken"

Zunächst muß noch einmal festgehalten werden: Was sich jüngst unter dem Namen „Die Grünen" als Partei konstituierte, kann nicht den entferntesten Anspruch darauf erheben, fortschrittlich zu sein. Im Gegenteil — die „Grünen" leugnen vollständig den Charakter der gegenwärtigen offenkundigen Krise als einer Krise des kapitalistischen Systems. Sie behaupten stattdessen, es handle sich um eine „ökologische Krise", also um eine Krise im Verhältnis des Menschen zu seiner Umwelt, die hervorgerufen wäre durch ungehemmtes wirtschaftliches Wachstum.

Die „Grünen" orientieren auf ein Einfrieren der Produktion, auf einen Verzicht bestimmter Technologien wie etwa der Atomtechnik und erklären das zur Lösung aller gegenwärtigen Probleme. Den Werktätigen empfehlen sie, den Kampf zur Verteidigung ihrer materiellen Lebensinteressen einzustellen und stattdessen durch Konsumverzicht zum Wachstumsstop beizutragen. Angesichts eines so offen gegen die arbeitenden Menschen gerichteten Programms ist es auch nicht verwunderlich, daß die „Grünen" in keiner Weise die staatliche Ordnung der Bundesrepublik in Frage stellen. Ihr Chef, der ehemalige CDU-Abgeordnete Gruhl, fordert sogar offen einen „starken Staat" und die drastische Einschränkung demokratischer Rechte. Offenbar aus der richtigen Einschätzung heraus, daß die Werktätigen niemals freiwillig zu dem von den „Grünen" geforderten Abbau ihres Lebensstandards bereit sein werden.

Daß ein solcher reaktionärer Haufen wie die Führer und Ideologen der „Grünen" es sind, in den Geruch von Fortschrittlichkeit geraten, daß es ihnen gelingen konnte, viele Menschen aus dem kleinbürgerlichen Bereich zu täuschen und in ihren Dunstkreis zu ziehen — all das ist vor allem verschiedenen Strömungen der „linken Bewegung" zu verdanken, die seit geraumer Zeit nach Kräften die Werbetrommeln für die „Grünen" und deren reaktionären Unsinn rühren.

Bei den genannten Strömungen handelt es sich um reformistische Kreise aus dem Umfeld der SPD, um trotzkistische und neuerdings auch maoistische Gruppierungen. Ihnen allen ist gemeinsam, daß sie unter welchen besonderen Parolen auch immer gegen den revolutionären Klassenkampf arbeiten und dort, wo sie aktiv sind — zumeist unter kleinbürgerlichen Schichten — den Geist der Versöhnung mit der Bourgeoisie verbreiten.

„Deutscher historischer Kompromiß"

Anläßlich der Bürgerschaftswahl im vergangenen Jahr bildete sich in Bremen eine Initiative „Links für Grün", in der unter anderem der kürzlich verstorbene frühere Studentenführer Rudi Dutschke und der ehemalige IGM-Funktionär Heinz Brandt mitarbeiteten. Erklärtes Ziel dieser Initiative war es, die „Grünen" unter der kleinbürgerlichen Protestbewegung salonfähig zu machen und diese Bewegung auf die Unterstützung der „Grünen" zu orientieren.

Um das zu erreichen, bedienten sich auch die Dutschke, Brandt usw. der Tricks mit der sogenannten ökologischen Krise. Sie beschworen die Gefahr einer unmittelbar drohenden Katastrophe durch Umweltzerstörung und außer Kontrolle **geratener Atomenergie. Angesichts dieser Gefahr** — so erklärten sie — müßten alle anderen Kämpfe zurückstehen; man müsse sich jetzt vollständig auf den Kampf ums Überleben gegen die ökologische Krise konzentrieren.

Von dieser Krise aber sei nun einmal die gesamte Menschheit bedroht, also müsse man das alte Denken in Begriffen wie Klassenkampf überwinden. „Es geht", erklärte Dutschke, „nicht nur um ein Klasseninteresse." Und Brandt wurde nicht müde, all denen, die es immer noch nicht begreifen wollten, deutlich zu machen, daß die Atomenergie auch die Kapitalisten bedrohe, denn die würden ja schließlich auch krepieren, wenn irgendwo ein AKW explodiere.

Von dort her war es dann nicht mehr weit zur Forderung nach einem „deutschen historischen Kompromiß" wie sie vom Dutschke-Freund Horacek in Bremen erhoben und später auch von Rudolf Bahro wiederholt wurde. Gemeint ist damit ein Bündnis der „Linken" mit bürgerlichen Kräften, wie es beispielsweise in der „grünen" Partei hergestellt werden könnte. Aber worauf würde denn ein solches „Bündnis" hinauslaufen? Auf eine völlige Unterordnung der kleinbürgerlichen Protestbewegung unter die Interessen der Bourgeoisie.

Die Ursachen der Umweltzerstörung

Denn selbstverständlich hat die Entwicklung der Atomenergie nicht die Klassen unserer Gesellschaft und deren sich unversöhnlich entgegenstehende Interessen aus der Welt geschafft. Die Brandt und Dutschke stellen die Tatsachen nur einfach auf den Kopf. Natürlich gibt es für uns, die Werktätigen, eine Gefährdung durch Umweltzerstörung oder durch Atomkraftwerke, wenn auch kein Grund dafür besteht, angesichts dessen in eine Weltuntergangsstimmung zu verfallen.

Aber was ist denn die Ursache dieser Gefährdung? Doch nicht die Entwicklung bestimmter neuer Technologien, sondern deren Anwendung im **kapitalistischen Profitinteresse** zu Lasten der Werktätigen. Es sind doch etwa die Chemiemonopole, die Flüsse, Erde und Luft verseuchen, weil eine Reinigung der industriellen Schadstoffe ihre Profite schmälern **würde. Und es sind die Energiemonopole**, die ohne Rücksicht auf die damit verbundenen Gefahren störungsanfällige Atomkraftwerke betreiben, weil ihnen das märchenhafte Profite sichert.

Und was zeigen diese Tatsachen? Etwa, daß wir uns mit den kapitalistischen Umweltverbrechern in ein Boot setzen müssen, weil vielleicht auch einmal ihr Leben verseucht wird? Die Tatsachen zeigen doch im Gegenteil in aller Eindringlichkeit, daß **gerade auch in Umweltfragen ein kompromißloser Klassenkampf** geführt werden muß, gegen die kapitalistischen Umweltzerstörer und gegen den Staat, der sie begünstigt. Und abgesehen davon: Unsere Lebensbedingungen sind ja nicht ausschließlich durch die Verseuchung der Umwelt bedroht. Angesichts der **Verschärfung der kapitalistischen Krise greift die Bourgeoisie uns Werktätige auf breiter Front an.** Dazu gehört die Verschärfung der Ausbeutung in den Betrieben ebenso wie etwa die zunehmende staatliche Unterdrückung.



Die Partei der Grünen — keine Alternative.

Das Gerede vom „Atomstaat"

Aber auch das wird von den „linken" Freunden der „Grünen" geleugnet. Der erwähnte Heinz Brandt etwa führte kürzlich in der „Frankfurter Rundschau" aus, daß das deutsche Finanzkapital vor fünfzig Jahren den Ausweg aus der Krise in der Errichtung einer faschistischen Diktatur gesucht hätte. Heute aber wäre das ganz anders, heute würde der „atomare Ausweg" gesucht, die Entwicklung und der Export von Atomtechnologie.

Aber warum hat denn die deutsche Monopolbourgeoisie 1933 ihre faschistische Diktatur errichtet? Um die revolutionäre Arbeiterbewegung gewaltsam niederzuschlagen, um sich vor der proletarischen Revolution zu retten und um ihre Herrschaft über das deutsche Volk zu sichern. Und heute? Hat die Bourgeoisie auf diesen Ausweg aus der Krise verzichtet? Warum denn dann die ständige Verstärkung des staatlichen Unterdrückungsapparates, warum die Ausrüstung der Polizei mit Maschinengewehren und Handgranaten, die systematische Überwachung von Arbeiterfunktionären usw.? **Niemand, der Augen hat zu sehen,** kann doch leugnen, daß dieser **Staat Kurs auf ein neues '33** nimmt.

Und da schwätzen die „linken Grünen" vom atomaren Ausweg. Da reden sie, wenn sie die **zunehmende Unterdrückung** überhaupt zur Kenntnis nehmen, vom „Atomstaat" — so, als sei diese Unterdrückung nur eine Begleiterscheinung beim Aufbau von Kernkraftwerken. Also ohne Atomenergie auch keine politische Unterdrückung! Angesichts der hier dargestellten Haltung ist es auch nicht verwunderlich, daß die „linken Grünen" die vom Machtanspruch eines Strauß ausgehende Gefahr systematisch verniedlichen. Der zu den „Grünen" übergewechselte Daimler-Betriebsrat Hoss etwa erklärte kürzlich, Strauß könne unter den heutigen Bedingungen „keine extrem rechte Politik betreiben."

Was die „linken Grünen" unternehmen, ist der Versuch, ihre Anhängerschaft vollständig **vom Weg des Klassenkampfes abzubringen, deren Protest** ausschließlich auf Atomenergie- und Umweltfragen zu konzentrieren und auch hier jede Frontstellung gegen die Bourgeoisie und den kapitalistischen Staat abzubauen. Mit einem Wort, sie wollen die kleinbürgerliche Protestbewegung vom Klassenkampf des Proletariats isolieren und aus ihr eine Reserve der Bourgeoisie machen. Und da versteht es sich fast von selbst, daß diese Leute, die der kleinbürgerlichen Bewegung den „historischen Kompromiß" mit der Bourgeoisie vorschlagen, zu den fanatischsten Antikommunisten in unserem Land gehören. Was die Hetze gerade gegen Stalin und die von ihm geführte Sowjetunion betrifft, können sie es getrost mit Strauß und Stoiber aufnehmen. Da ist es dann auch kein Wunder, wenn Heinz Brandt in der CSU-Parole „Freiheit statt Sozialismus" noch einen „wahren Kern" entdeckte, oder wenn er erklärt, die „Stalinisten" stünden noch weiter rechts als Strauß. Man kann die Losung dieser Leute getrost so umschreiben: „Lieber Strauß als Sozialismus."

Bündnis der Maoisten und der „Grünen"

Abschließend noch einge Bemerkungen zu den maoistischen Zirkeln KB und GRF, die hinter einer Reihe von „Bunten" und „Alternativen Listen" stecken. Wenn die Führer dieser Zirkel das Geschäft der Absage an den Klassenkampf und des Antikommunismus auch nicht so offen betreiben wie die „linken Grünen", so läuft doch ihre Tätigkeit auf das gleiche hinaus — den „historischen Kompromiß" mit der Bourgeoisie im Gewand einer „Grünen Partei". Wie stellt sich etwa der KB angesichts der drohenden Machtergreifung von Strauß? Da heißt es im „Arbeiterkampf", dem Organ dieses Zirkels: „Die Realisierung einer gemeinsamen Kandidatur (von „Grünen, Bunten und Alternativen" — RM) erscheint uns als Schlüsselfrage eines erfolgreichen Eingreifens zur Bundestagswahl."

Selbstverständlich kennt man beim KB ebenso wie bei der GRF den reaktionären und arbeiterfeindlichen Charakter der „Grünen Partei" des Herrn Gruhl. **Genausogut ist man** dort über die Tatsache im Bilde, daß es in dieser Partei vor Faschisten nur so wimmelt. (Das konnte man auch im „Arbeiterkampf" des öfteren nachlesen.) Und dennoch haben diese Zirkel alles daran gesetzt, mit den Gruhl-Leuten zu einer einheitlichen Partei zu verschmelzen, haben sie die Einheit mit der „grünen" Reaktion sogar zur Schlüsselfrage erklärt.

Angesichts dieser Tatsache **sind doch „Stoppt Strauß"-Parolen** aus der Ecke dieser Zirkel nur ein Hohn. Wollen sie im Ernst behaupten, Arm in Arm mit Gruhl und seinem reaktionären Anhang ließe sich der Vormarsch des CSU-Kanzlerkandidaten aufhalten? **Strauß stoppen — das kann nur ein** Bündnis aller wirklich demokratischen und antifaschistischen Kräfte, ein Bündnis, das **sich am Kampf und den Forderungen der Arbeiterklasse ausrichtet. Wer heute Strauß** stoppen will, der muß die VOLKSFRONT stärken, die den Kern eines solchen Bündnisses darstellt.

Oder betrachten wir die zahllosen Forderungen gegen die Verschlechterung der Lebenslage der Werktätigen, gegen die politische Unterdrückung, wie sie in den Programmen von „bunt/alternativen" Listen auftauchen. Diese Forderungen sind für sich genommen oft durchaus richtig und decken sich teilweise mit denen, die im Wahlprogramm der VOLKSFRONT erhoben werden. Nur — wem will man denn **weismachen, daß man sich** ernsthaft für Lohnerhöhungen der Arbeiter einsetzen will, wenn man sich gleichzeitig mit den „Grünen" zusammenschließt, die ja bekanntlich eine ihrer Hauptaufgaben darin sehen, die Arbeiter zum materiellen Verzicht zu bewegen (und das — siehe Gruhl — notfalls mit Gewalt)?

Gerade vor dem Hintergrund des völlig prinzipienlosen Bündnisses der maoistischen Zirkel mit den „Grünen" erweist sich die ganze Latte der Forderungen ihrer „bunt/alternativen" Listen in aller Deutlichkeit als unverbindlicher Warenhauskatalog, der nicht einmal das Papier wert ist, auf dem er geschrieben wurde. Zudem hat die opportunistische Anbiederung von KB und GRF an die Gruhl-Leute längst dazu geführt, daß sich diese Listen zunehmend auflösen und deren Mitglieder der neuen „Grünen Partei" beitreten.

So haben also auch die maoistischen Zirkelführer dazu **beigetragen, vielen Kräften der** kleinbürgerlichen Protestbewegung den Weg zu einer wirklichen Alternative gegen Strauß — wie sie die VOLKSFRONT darstellt — zu versperren und sie auf das Gleis bürgerlicher Politik zu ziehen. Das letzte Wort jedoch ist auch hier noch nicht gesprochen. Sicher werden im Verlauf der kommenden Klassenkämpfe manch einem, der jetzt in den „Grünen" noch eine Alternative zu Strauß und zur Bonner Politik sieht, die Augen aufgehen.

„Um so nötiger scheint es, die Anekdote in ihrer ursprünglichen Bedeutung wiederherzustellen: als pointiert vorgetragene, merkwürdige (das ist des Merkens würdige) Kurzgeschichte, die Vorgänge, Verhaltensweisen und Charaktere gewissermaßen blitzartik erhellt, dergestalt, daß die Mit- und Nachwelt den Kern eines Menschen, die Quintessenz einer Situation, den Herzpunkt eines gesellschaftlichen oder historischen Zustandes präsentiert bekommt. Dabei ist die Skala der Ausdrucksmittel und Gefühle, die dem Anekdotenschreiber zur Verfügung steht, ebenso unbegrenzt wie der Raum, auf dem er sie zur Geltung bringen muß, begrenzt ist: er kann ironisch oder pathetisch, heiß oder kalt sein, Mitgefühl oder Furcht oder Lachen erregen — nur Weitschweifigkeit, Langeweile und Verschwommenheit sind ihm verwehrt. (...) Gerade die Anekdote, die vermöge ihrer geschliffenen Fassung und ihres novellistischen Charakters dem verwöhnten wie dem einfachen Geschmack Befriedigung bieten kann, ist offenbar wie für unsere Zeit geschaffen, in deren Zuge es liegt, Präzisionsinstrumente für den Massengebrauch herzustellen.“ (F.C. Weiskopf)

F.C. Weiskopf *(1955)*

Anekdoten

Beispiele von Sorge um den Menschen

Soweit überhaupt durch unsere Kraft etwas für die Beseitigung der Folgen geschehen kann — ich denke hier an die materiellen Schäden, die der Nationalsozialismus den von ihm Verfolgten zugefügt hat —, hat das deutsche Volk die heilige Pflicht, zu helfen, auch wenn dabei von uns, die wir uns persönlich unschuldig fühlen, Opfer verlangt werden, vielleicht schwere Opfer.
(*Bundeskanzler Konrad Adenauer*)

1

In dem badischen Städtchen S... lief zu Beginn des Jahres 1953 folgende Redensart um: „Ein Mann ein Wort, ein Kanzler ein Wortbruch.“

Das kam so:

Zur selben Zeit, da bekannt wurde, daß der wegen Beihilfe zu Mord und Totschlag im Lager von Bergen-Belsen verurteilten Oberwachtmeisterin Hertha Ehlert von einem Adenauerschen Ministerium die sogenannte Heimkehrerentschädigung zugesprochen worden war, wies die Wiedergutmachungsbehörde des Landes Baden-Württemberg den um eine Rente ansuchenden Markus W... aus S... mit der Begründung ab, die fettarme Kost im Konzentrationslager müsse seiner Gesundheit förderlich gewesen sein. Markus W... hatte, als die Nazis ihn hinter Stacheldraht setzten, ein schweres Gallenleiden.

3

Als die sechsundsiebenzigjährige Rose L... in Bonn um eine Rente einkam, weil ihr Mann von den Hitlerschen nach Riga verschickt und im dortigen Getto ermordet worden war, wurde sie aufgefordert, urkundlich zu nachzuweisen, daß L... tatsächlich zu der angegebenen Zeit und an dem angegebenen Orte den Tod gefunden habe. Diesen Nachweis konnte die Witwe nicht erbringen. Man hatte das Getto in großer Eile liquidiert und keine individuellen Totenscheine ausgestellt. Doch ließ sich einwandfrei beweisen, daß alle 27 000 Insassen des Gettos ermordet worden waren. Allein dieser Umstand gereichte Frau L... zu besonderem Nachteil. Sie konnte nämlich keine Zeugen nennen, die den Tod ihres Mannes hätten bestätigen können, und so wurde sie abschlägig beschieden.

Merke: Nichts wäre falscher, als den Bonner Behörden Voreingenommenheit gegen Frau L... vorzuwerfen. Nur einen Tag später entzogen sie mit dem gleichen unwandelbaren Respekt vor dem Buchstaben des Gesetzes der Witwe eines im letzten Jahr der Hitlerherrschaft hingerichteten Arbeiters die bisher gewährte Rente, weil eine Nachprüfung ihres Falles ergeben hatte, daß der Hingerichtete Gelder für die Hinterbliebenen Ernst Thälmanns gesammelt und sich dergestalt „der Unterstützung einer Gewaltherrschaft“ schuldig gemacht habe.

Immer dasselbe

Mütter bringen Kinder zur Welt. Keine gleicht der anderen. Und doch ist es immer dasselbe.

Blumen sprießen im Frühling. Jede unterscheidet sich von der anderen. Und doch ist es immer dasselbe.

Warum sollte es uns wundern, daß Menschen in derselben Weise für den Frieden kämpfen, auch wenn sie verschiedene Gesichter haben, verschiedene Sprachen sprechen und in verschiedenen Landstrichen wohnen?

Im Dorfe Mutsuras auf der griechischen Insel Kreta rotteten sich, als amerikanische und britische Soldaten darangingen, auf dem Dorfanger einen Flugplatz für die Nordatlantischen Streitkräfte anzulegen, die Frauen mit ihren Kindern zusammen und erklärten dem fremden Kommandeur, daß sie dieses Vorhaben nicht dulden würden.

Als die Soldaten die Bäume auf dem Anger fällen wollten, wurden sie mit Steinen beworfen.

Als sie Wasser aus dem Brunnen schöpften, fand sich Kot darinnen.

Als sie mit Traktoren und Erdbaggern angefahren kamen, versperrten ihnen die Frauen und Kinder mit ihren Leibern den Weg.

Nach drei Tage gaben die Eindringlinge ihr Vorhaben auf.

Raymonde Dien legte sich auf die Schienen einer französischen Eisenbahn, um den Transport von Krigesmaterial für den „schmutzigen Krieg“ in Vietnam zu verhindern. Die Einwohner des japanischen Fleckens Uzinada hockten hundertundacht Tage und Nächte auf ihrer Straße und blockierten so die Zufahrt zu einem im Bau befindlichen Schießplatz der Besatzungstruppen. Badische Jungarbeiter mauerten, ohne der Gefahr für Leben und Freiheit zu achten, viermal die von den Amerikanern angelegten Sprengkammern unter den Brücken der Neckartalbahn zu. Eskimos auf Grönland zerbrachen ihre Schlitten, um nicht Vorräte für eine Gruppe amerikanischer Militäringenieure fahren zu müssen, die das Terrain eines neuen Stützpunktes vermaßen.

Mütter bringen ihre Kinder zur Welt. Blumen sprießen im Frühling. Menschen kämpfen für den Frieden. Daß sie es in derselben Weise tun, auch wenn sie verschiedene Gesichter haben, verschiedene Sprachen sprechen und in verschiedenen Himmelsstrichen wohnen — wen könnte das wundern?

Die Zauberurne

Bei den Wahlen, die von der mit amerikanischer Hilfe zur Macht gelangten Regierung des iranischen Generals Zahedi veranstaltet wurden, um ein Parlament zu erhalten, das willfährig genug wäre, die Verstaatlichung der Ölfelder rückgängig zu machen und das flüssige Gold des Landes aufs neue den ausländischen Erdölgesellschaften auszuliefern, besuchte Loy Henderson, Botschafter der Vereinigten Staaten, das Wahllokal in der großen Teheraner Moschee Sepahsalar, um sich „von dem demokratischen Charakter der Wahl“ zu überzeugen.

In der Moschee befand sich, als der Botschafter mit einem ganzen Troß amerikanischer und britischer Zeitungskorrespondenten dort eintraf, nur ein einziger Wähler, ein kleiner spitzbäuchiger Basarhändler. Er wurde angesichts der hohen Gäste von der Kommission mit besonderer Höflichkeit registriert und durfte, ohne erst das übliche Kreuzfeuer drohender Fragen bestehen zu müssen, seinen Stimmzettel einwerfen. Nachdem er dies besorgt, verneigte er sich vor der Wahlurne dreimal bis zur Erde.

„Warum tut er das?“ fragte der Botschafter aus Amerika.

Seine Frage wurde dem Händler übersetzt, worauf dieser nach einer weiteren Verneigung, in vollem Ernst antwortete: „Ich erweise dieser geheimnisvollen Urne nur den Respekt, der ihr gebührt. Sie verfügt über Zauberkräfte. Wenn man eine Stimme für die Opposition hineinwirft, wird sie drinnen in eine Stimme für Zahedi verwandelt. Das ist doch ein Wunder, wie man es nicht alle Tage erlebt.“

Es gibt Zeugen, die beschwören können, daß diese Geschichte der Wahrheit entspricht. Dagegen gibt es keine Zeugen, die mitzuteilen vermöchten, was nachher mit dem Spitzbauch geschehen ist.

Preisrätsel '79: Die Gewinner sind ermittelt!

Das Kreuzwort-Preisrätsel in der Nummer 51/52/1979 des „Roten Morgen“ hat bei unseren Lesern großen Anklang gefunden. Aus den zahlreichen Einsendungen — alle gaben das Lösungswort „Josef Stalin“ richtig an — mußten wir die drei Gewinner auslosen. Es sind die Genossen Manfred aus Wilhelmshaven, Hans-Dieter aus Wuppertal und G. aus Ludwigshafen. Der ausgeschriebene Gewinn — jeweils eine Langspielplatte „Maria Farantouri LIVE“ — geht ihnen in den nächsten Tagen zu.

Allen Einsendern vielen Dank für die Teilnahme, und den Gewinnern herzlichen Glückwunsch. Die Redaktion.

Künstler kritisieren die „Politik des kleineren Übels“

Freiheit statt Strauß — ja. Aber welche Freiheit?

Volland: Die SPD ist keine Alternative

Daß Strauß gestoppt werden muß, ist keine Frage. Die Frage ist: wie?

Gerade unter den westdeutschen Intellektuellen und Künstlern ist der Glaube weit verbreitet, man könne gleichsam zähneknirschend durch die Wahl des „kleineren Übels“ SPD, durch die Unterstützung der Kandidatur eines Helmut Schmidt, Strauß und sein Programm stoppen. So hat zum Beispiel der Grafiker Klaus Staeck Ende 1979 die Initiative „Freiheit statt Strauß“ aus der Taufe gehoben, mit der auf Schmidt als Alternative orientiert wird.

Staecks Haltung ist jedoch bei verschiedenen Intellektuellen und Künstlern auf scharfe Kritik gestoßen. So schrieb der Grafiker Ernst Volland an Staeck einen entsprechenden offenen Brief. Darin heißt es unter anderem:

Ernst Volland an Klaus Staeck

Du hast mich vor ein paar Tagen eingeladen, mich an der von Dir konzipierten Initiative „Freiheit statt Strauß“ zu beteiligen. Ich glaube, es gibt nach allem, was sich dieser Kanzlerkandidat in dreißig Jahren Bundesrepublik Deutschland geleistet hat, ein „Naturrecht“ auf Widerstand gegen ihn (...)

Contra Strauß — eine demokratiehygienische Maßnahme wie die Morgentoilette: gebongt.

Lese ich nun Deinen Begleittext zur Parole und studiere Dein Interview in der „Frankfurter Rundschau“ vom 7. November dieses Jahres, so muß ich Dir sagen: So geht's nicht. Knapp ein Jahr vor der Wahl die quasi Gratis-Flagge der Strauß-Gegnerschaft zeigen und widerspruchslos und unbedingt den Schmidt-Hafen anlaufen? Die SPD, suggerierst Du, ist die Alternative zu Strauß und seiner Gang. Welche SPD eigentlich? Die uns Mitglieder und Sympis vor zehn Jahren „Mehr Demokratie“, versprach und drei Jahre später die Berufsverbote kreißte? (...)

Darf ich in meiner „Zensiert!“-Mappe blättern?

Während der „Documenta“ 1977 untersagte mir die „Deutsche Städtereklame (Sitz Frankfurt), zehn meiner satirischen Motive an Kassels Litfaß-Säulen zu plazieren. Widerspruch mit juristischem Beistand half nicht. Wer ist Aufsichtsratsvorsitzender der „Städtereklame“? Dregger? Nein. Der prominente Sozialdemokrat Rudi Arndt.

Als vor der „Documenta“ meine „Schleyer“-Postkarte verkauft wurde, schlug CDU-MdB Böhm bei der Staatsanwaltschaft Alarm. Um den berühmten „Konsens aller Demokraten“ bemüht, schlossen zu seiner, Böhm's, Strafanzeige sowohl der sozialdemokratische Oberbürgermeister von Kassel wie der hessische Justizminister, ebenfalls Mitglieder der Partei Bebels und Brandts, auf. Genug? Nein BILD trat den Vorgang bundesweit breit. Der sozialdemokratische Wissenschaftsminister Rau suspendierte mich daraufhin von meinem Lehrauftrag an der Fachhochschule für Design in Bielefeld.

Mir liegt ein Packen Briefe vor, in denen Schüler und Lehrer berichten, daß ihnen die Schulbürokratie verboten habe, Volland-Arbeiten auszuhängen oder in Schülerzeitungen abzudrucken. Diese Briefe kommen zum großen Teil aus sozialdemokratisch regierten Bundesländern.

Kaum war PG Carstens zum Bundespräsidenten gewählt, beschlagnahmte die Polizei fast zeitgleich in sieben Städten mein Plakat „NSDAP-Mitglied als Bundespräsident?“ Nicht nur im bayerischen Bamberg, auch in Oldenburg, einer Stadt, die seit Jahren von der SPD regiert wird.

Als vor einiger Zeit am Checkpoint Herleshausen fast mein komplettes Oeuvre, Bücher, Aufkleber, Postkarten, Plakate etc. beschlagnahmt wurde, befand ich mich auf sozialliberal regiertem Boden, nicht im Lande des „Kandidaten“.

Ich bin kein Grüner und bin mir der Gefahr des Stimmverlustes für die Sozialliberalen (wenn die Grünen unter der Fünf-Prozent-Hürde bleiben) bewußt, aber ich sehe doch ein bißchen rot, wenn ich merke, wie der Kampf gegen den schwarzen Riesen so blauäugig geführt wird.



Fotomontage von Ernst Volland



Samstag, 26. Januar, 19.30 Uhr, ZDF

Direkt. Thema: **„Leben auf dem Lande — was bedeutet das für Jugendliche?“** — „Direkt“ besuchte junge Bauern im Sauerland. Sie haben oft die Qual der Wahl zwischen der Übernahme des elterlichen Hofes und ihrem eigentlichen Berufswunsch.

Sonntag, 27. Januar, 14.40 Uhr, ARD

Die rote Zora und ihre Bande, 5. Folge der 13teiligen Fernsehserie nach dem gleichnamigen Jugendbuch des revolutionären Schriftstellers Kurt Kläber (Pseudonym: Kurt Held).

Sonntag, 27. Januar, 20.15 Uhr, ARD

Die Weber. Schauspiel von Gerhard Hauptmann. Das 1891/92 geschriebene Drama „Die Weber“ ist Hauptmanns bedeutendstes Werk. Unter dem Eindruck des Aufschwungs der Arbeiterbewegung bezog Hauptmann darin das einzige Mal in seinem Schaffen eine revolutionäre Position mit dem in der deutschen Literatur erstmaligen Versuch, das sich entwickelnde Proletariat als kollektiven Helden auf die Bühne zu bringen. Noch führen Ausbeutung und Unterdrückung der schlesischen Weber in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts nur zu spontaner Rebellion, aber Hauptmanns aufwühlende künstlerische Gestaltung läßt bereits die revolutionäre Kraft der Arbeiterklasse in den kommenden Klassenkämpfen erkennen. „Die Weber“ begründeten Hauptmanns Weltruhm.

Montag, 28. Januar, 20.15 Uhr, West III

Landwirtschaft heute. Dritte Folge: **Die Bauern und die Agrarindustrie oder Der Verlust bäuerlicher Selbständigkeit.** — Lohnmast — viele Bauern sind nicht mehr Eigentümer der Tiere in ihrem Stall. Sie versorgen sie im Auftrag von Produktionsgenossenschaften. Diese liefern Jungvieh und Futter, der Bauer und seine Familie stellen die Arbeitskraft. Um dieses Thema geht es diesmal in der Dokumentation.

Nach der ersten Folge der Serie zu urteilen, trägt die durchaus realistische und wahrheitsgemäße Darstellung der reportageartigen Dokumentation gründlich dazu bei, eingefleischte Vorurteile über den angeblich mit Subventionen vollgestopften Bauern, der auf Kosten der Stadtbevölkerung in Saus und Braus lebt, zu widerlegen.

Die Serie mach deutlich, daß „Bauer nicht gleich Bauer“ ist. Ohne daß die Klassengegensätze beim Namen genannt werden, wird doch deutlich, daß auch in der Landwirtschaft das kapitalistische Wolfsgesetz herrscht. **Sehr zu empfehlen.**

Mittwoch, 30. Januar, 20.15 Uhr, ARD

Die Welt in jenem Sommer. Film von Robert Muller nach seinem gleichnamigen Roman. Regie: Ilse Hofmann. „Die Welt in jenem Sommer“, ist nach „Als Hitler das rosa Kaninchen stahl“ der zweite Film, in dem sich Ilse Hofmann mit dem Schicksal von Kindern in der Nazi-Zeit auseinandersetzt.

Deutscher Gruß heute

Dargestellt am Modell



Betreffs des deutschen Grußes mancher denkt:
es ist um ihn so, wie's das Foto zeigt, bestellt:
der Mann ist schlaff, und schlaffer hängt
der Arm, der dienstbar einst emporgeschnellt.



Indes — der Eindruck täuscht. Der Geist, versteckt,
wagt sich, sobald Gelegenheit, hervor;
der Arm, korrekt gewinkelt und gestreckt,
schiebt probeweise sich ein Stück empor.



Am Pult, wo er die Mikrofone bleut,
den Saal erfüllend mit Gebrülle,
zeigt sich der Mann auch stets zum Gruß bereit,
doch oft getarnt. Als Tarnung dient hier eine Brille.

4 Tage vor den Stammheimer „Selbstmorden"

Strauß forderte das Standrecht

Ein „Stern"-Redakteur enthüllt

Mord an wehrlosen politischen Gefangenen — das ist der Inhalt eines Vorschlags, den der CSU-Vorsitzende und mittlerweile auch zum bayerischen Ministerpräsidenten und Kanzlerkandidaten der CDU/CSU avancierte Franz Josef Strauß am 14. Oktober 1977 auf einer Sitzung des Großen Krisenstabs gemacht hat.

Damals bestand folgende Situation: Der Arbeitgeberpräsident Schleyer befand sich seit fünf Wochen in der Hand eines Kommandos der „Roten Armee Fraktion" (RAF), das die Freilassung einer Reihe von politischen Gefangenen erpressen wollte. Am 13. Oktober war zudem die Lufthansamaschine „Landshut" entführt worden; die Entführer stellten ähnliche Forderungen wie das RAF-Kommando. Am 14. Oktober fand die Sitzung des Großen Krisenstabs statt, und hier unterbreitete Strauß den genannten Vorschlag.

Der stellvertretende „Stern"-Chefredakteur schreibt darüber in seinem im November 1979 erschienenen Buch „Das Duell": „Verkleidet in der Form der Wiedergabe von Volkes Meinung wirft Strauß den Vorschlag in die Diskussion, Standgerichte zu schaffen und für jede erschossene Geisel einen RAF-Häftling zu erschießen." Koch beruft sich bei seinen Angaben auf „Informationen der Spitzenklasse", auf Aussagen von Teilnehmern der Krisenstabsitzungen.

In einer Sendung von Radio Bremen verschärfte Koch später seine Darstellung noch: „Ich habe inzwischen von meinen Informanten eine noch härtere Version dieses Vorganges bekommen... Nach dieser erhärteten Version ist es eindeutig Straußens eigener und sich zu eigen gemachter Vorschlag gewesen, diese Standgerichte zu schaffen und für jede erschossene Geisel einen RAF-Häftling zu erschießen." Daß Strauß für bestimmte politische Gegner eine „Sonderbehandlung" fordert, war schon bekannt. Die Äußerung vom 14. Oktober aber stellt das bisher Gehörte in den Schatten; sie stellt mit ihrer unverhüllten Brutalität, ihrem Zynismus und ihrer offenkundigen Mordlust eine besondere Ausprägung im Arsenal Straußscher Auslassungen dar.

Eine eigenartige Bedeutung gewinnt die Enthüllung Kochs dadurch, daß am 18. Oktober 1977, knappe vier Tage nach dem in der Krisenstabsitzung erhobenen Vorschlag Strauß', politische Häftlinge zu erschießen, in ihren Stammheimer Zellen die politischen Gefangenen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe einem „Selbstmord" — wie die Sprachregelung lautet — zum Opfer fielen. Die „Selbstmordtheorie" hat von Anfang an in der Öffentlichkeit wenig Glauben gefunden, und sie ist zuletzt durch die Untersuchungen der Ensslin-Schwester Christel vollends unglaubwürdig geworden (siehe „Roter Morgen" 31/79). — Von dem Strauß-Vorschlag zu den Stammheimer „Selbstmorden" läßt sich nun zwar eine praktische und handgreifliche Verbindung nicht nachweisen; der geistige Zusammenhang aber liegt auf der Hand. Und dieser Mann ist nun angetreten, um der Kanzler der Bundesrepublik zu werden!

Auffällig ist weiter, daß der sonst so prozeßfreudige Strauß gegen die Veröffentlichungen Kochs bisher keine juristischen Schritte unternommen hat. Strauß, der wegen eines unvollständig wiedergegebenen Zitats (!) mit der IG Metall durch mehrere Instanzen prozessiert; Strauß, der wegen zweier Buchstaben — auf einem Flugblatt waren die Buchstaben „ss" aus seinem Namen in Runen geschrieben — gegen die KPD/ML Anklage erhoben hat; — dieser Strauß läßt gleichzeitig ein Zitat passieren, das ihn als Mordhetzer ausweist. Merkwürdig! Strauß' Verhalten ist das eines Mannes, der sich zurückhält, um die schlafenden Hunde nicht zu wecken. Was hat er zu verbergen?

Strauß nach Alaska!

Mit diesem originellen Flugblatt führte die Ortsgruppe Dortmund-Schüren/Aplerbeck der VOLKSFRONT eine Propagandaaktion durch. „Liebe Mitbürger!", heißt es auf der Rückseite, „mit diesem Werbeblatt möchten wir dazu beitragen, Franz Josef Strauß seinen langgehegten Jugendtraum verwirklichen zu helfen: Er muß endlich Ananasfarmer in Alaska werden!" Das Flugblatt führt eine Reihe stichhaltiger Gründe und Argumente an, die eine Auswanderung von Strauß nach Alaska dringend geboten erscheinen lassen. „Wer allerdings", heißt es in dem Flugblatt anschließend, „trotz all dieser überzeugenden Argumente der Ansicht sein sollte, F. J. Strauß würde seine Jugendträume trotz unserer tatkräftigen Unterstützung zurückstellen und unbeirrt auf eine Kanzlerschaft zusteuern, dem können wir nur raten, mit uns gemeinsam dagegen etwas zu tun und in der VOLKSFRONT mitzumachen!" — Worauf das Flugblatt noch kurz Ziele und Charakter der VOLKSFRONT darstellt.

An dem Informationsstand, an dem das Flugblatt verteilt wurde, wurde unter anderem auch „Alaska-Punsch" angeboten.

Demnächst frisch:

Ananas aus Alaska

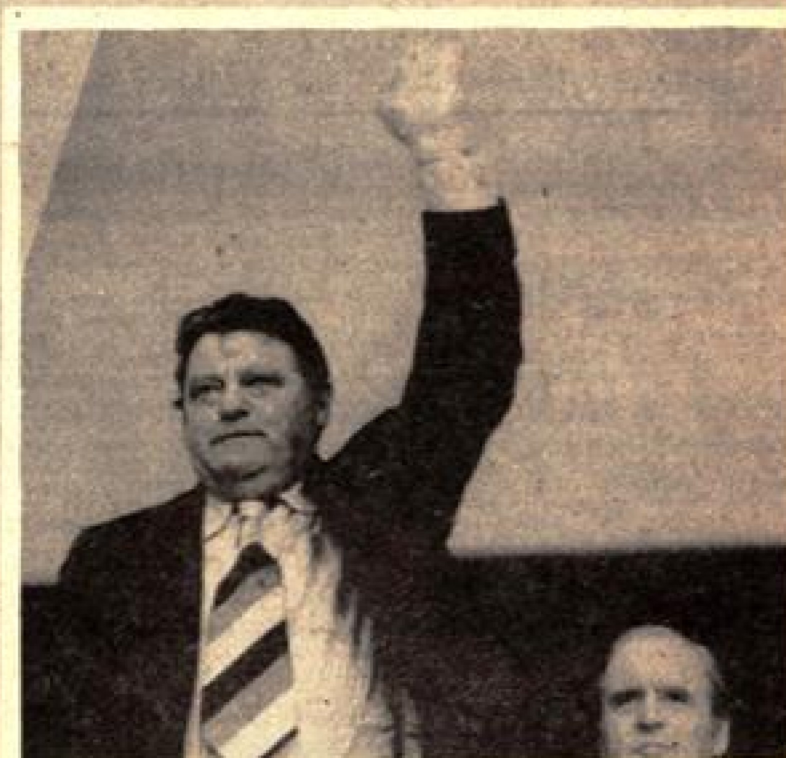
„Lieber würde ich Ananas in Alaska züchten, als in Deutschland das Bundeskanzleramt zu übernehmen!" (Franz Josef Strauß laut Stern 17/75)

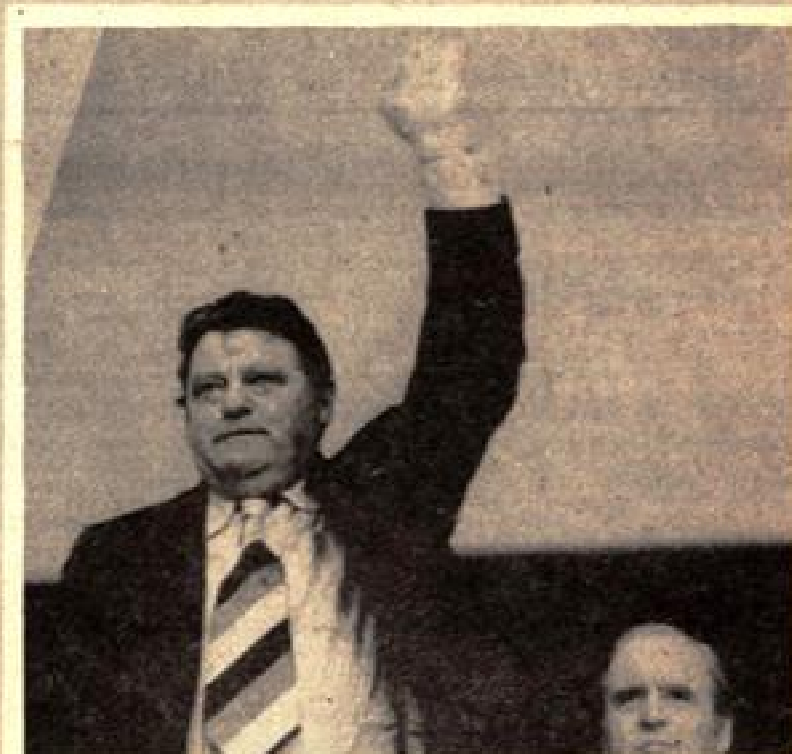
„Ich bin nach wie vor der Meinung, daß die Aufgabe, in Alaska Ananas zu züchten, für einen Naturfreund wie mich höheren Reiz hat, als Bundeskanzler zu werden." (Strauß, Mai 1979 in der Fragestunde des Bayrischen Landtages)





Die Tarnung fällt im Kreise der Getreuen.
Der Arm fliegt hoch, sieghaft und ungeniert.
Jedoch der Nachbar scheint sich noch zu scheuen;
er lächelt etwas säuerlich-geziert.





Und hoch den Arm! Zu neuen Herrlichkeiten!
Es ist schon fast die Pose, die man kennt.
Sie hat nichts Gutes zu bedeuten.
Doch Beifall klatscht der Bundespräsident.



Das Vorbild steht; die Pose: absolut.
So kann er's nicht — noch nicht! —, der neue Mann.
Wer zweifelt aber, daß er's einstens tut?
Stoppt Strauß! damit er's nicht mehr kann!